INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

Indianerfrau; Bestien; Abk.: an der; Wissensdurst, Schaulust; Beständigkeit; Öl-schiff; ein Bindewort; die Bestengruppen; Bau-, Schreibweise; Teil des Eßbestecks; lat.-franz.: und; Glockenblumengewächs; röm. Göttin; Reitersitz; Fußglied; Bewohner eines Erdteils; Abk.: Handelsvertreter

Menge, Masse; österr.: Schienenstrang; Seemannsruf; Krokodilart; ruhelos umherirrend. Mensch; schott. Hafenstadt; Gebrauchsgegenstand; Zeitabschnitte; Gartenanlagen; Keimgut; ital. Tonsilbe; portugiesisch: Bergkette; engl. Schauspieler (David) †; hinweisendes Fürwort; Rhône-Zufluß; Gesellschaftszimmer; schraubstockähnl. Werkzeug; Oasengruppe i.d.Lib. Wüste; Schiff Noahs; westafrik. Fluß; Thema eines Werkes; Ältestenrat; fruchtbare Stellen i.Wüsten; veralt.: Einzelhändlerin; nützliches Insekt; Pflanzenfaser; frühere Längeneinheit; Holzstift; Bodenfläche; einen Motor frisieren; Haarbogen über d. Auge; Müll, Abfall; ital. Name v. Meran; mager, trocken; erster dt. Reichspräsident; Schlagader; Republik in Nordostafrika; in der Tiefe; Ausbildungszeit; Farbton; Sammelbuch; Teil des Bogens; Mahlrückstand; Traubenernte; Material des Fußballs; Hundeschar z. Hetzjagd; Grazie, Liebreiz; spanische Anrede: Herr; niederdt.: gemütlich plaudern; Wachszellenbau der Biene; Saiteninstrument; Streifen, dünnes Blättchen; fertig, bereit; Elbezufluß; festliches Mahl; Zeughaus, Waffenlager; ugs.: schreien, lärmen; Hauptstadt in Südostasien; Postsendung; wörtl. angeführte Stelle; erreg.od. trauriges Geschehen; Gebiet südlich der Sahara; Flüssigkeitsmaß; menschlich; Teil eines Buches; wörtlich anführen; nicht ohne; eigenartig, kurios; fettarm; Bindewort; französisch: klein; Kfz-Z.: Saarlouis; Sucht,; Bittsteller

Vorwort

Was wir noch zu melden haben:

1. das Stören des Bundeswehrgelöbnisses in Berlin gelang auf ganzer Breite. Kein Wunder, das Feldjäger und Polizei jetzt unter Druck geraten sind und versuchen sich mit einigen übelen Machenschaften wieder aus der Schußlinie zu bringen: ihre Art der Revanche war (Stand Sa. 18 Uhr) mehrere Hausdurchsuchungen in verschieden Objekten. Mangelnde Ergebnisse ließen sie sich in einem Haus gleich mehrmals blicken. Beim ersten Mal benutzten sie wie uns zu Ohren kam den Haustürschlüssel einer vorläufig festgenommenen Person, den diese mit zur Demo genommen hatte. Von diesem Schlüssel haben sich die Bullen wahrscheinlich ein Duplikat gezogen und versuchten damit am anderen Tag wieder unangemeldet im Haus zum Abendbrot zu erscheinen. Aber die WG nicht faul, hätte natürlich die Schlösser ausgetauscht. Hat der Polizei Mehrarbeit gescheit. Was fragt sich der besorgte Bürger: Dürfen Polizisten heimlich Duplikate von unsere aller Haustürschlüssel fertigen ? Sollten wir nicht besser unsere Schlüssel nicht mit zu den diversen Aktionen (plakatieren, demonstrieren, randalieren) nehmen ?
2. Demonstriert die NPD am 30.7. in Eisenhüttenstadt oder nicht ? Gibt es von unserer Seite Protest dagegen ? Wir haben bis jetzt nix diesbezüglich gehört. Also Augen und Ohren auf !
3. Zur AOK-Erklärung in diesem Heft: in HH, Bremen und im Wendland gab es auch mehrere Durchsuchungen. Diese nicht vergessen und solidarische Grüße an alle Betroffenen. Wir machen weiter !
4. den Artikel zu den Roma im Kosovo haben wir aus der `swing` geklaut. Uns erschien es wichtig, noch mal darauf hinzuweisen, daß jetzt mit Rückendeckung der NATO anscheinend die UCK eine rassistische Politik im Kosovo durchsetzten kann und jetzt sie es zu sein scheint, die das Kosovo ethnisch säubert.
5. für die nächste Zeit wäre es toll, wenn wir mal was zu den anstehenden Kommunalwahlen (u.a. in NRW) und den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin zu lesen kriege. Gerade in NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland mit einer

„Olaf, das hätte ich nicht von Dir gedacht!"

Ein Rekrut zu einem der Störer, als dieser im feierlichsten Moment über den Rasen stürmte

„Hut ab, die Aktion war professionell und militärisch straff vorbereitet"

Ein Offizier über die Bundeswehrgegner

„Mit der Berliner Polizei wäre das nicht passiert"

CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky, der die Bundeswehr den „Berliner Chaoten" für nicht gewachsen hält

NPD-Demo in Wittstock

Starkes Polizeiaufgebot

Unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen hat die rechtsextreme NPD am Samstag in Wittstock

den ermordeten gedenken wir, den mördern nicht

am 27.6.93 wurde der antiimperialist wolfgang grams von gsg9 schergen durch einen aufgesetzten kopfschuss in bad kleinen hingerichtet. der gsg9 bulle michael newrzella kam bei dieser aktion ums leben. nicht nur das die mörder ungestraft bleiben und als opfer von "terroristen" präsentiert werden, sondern ihrer "heldentaten" gedacht wird. aus diesem grunde haben wir die unangebrachte ehrenbekundung in form einer gedenkschärpe für den gsg9 killer vom bahnhof bad kleinen entfernt.
-glaubt den lügen der mörder nicht
-gegen die herrschende geschichtsschreibung
-kein friede mit deutschland

die zwei mit der kneifzange

08. 08. 99
der LesbenFrauen Tag im E X bleibt heute zu!

14. 08. 99
LESBEN LESBEN PARTY ab 21°° Uhr

22. 08. 99
LesbenFrauen Abend im E X
ab 18°° Uhr - Grillen auf großer Sommerterasse
ab 20°° Uhr – ‚Lübecker Brandanschlag' - Infos zum neu aufgerollten Prozeß gegen Safwan Eid

antifa-konzert
mit
freundeskreis
Mr. Gentlemen | Deborah
steakknife | Mlozan u a
29. August in straussberg
achtet auf weitere ankündigungen!
infos demnachst unter www.antifa.de
sowie antifa-infotel. 030.2756 0756

Terroristen sind die, die Atomkraftwerke bauen, nicht die, die sie bekaempfen!

Berlin, 14.7.99

Autonome Pressemitteilung

Durchsuchungen und Repression gegen die Anti-AKW-Bewegung! Unsere Antwort:

In den vergangenen Jahren gab es zahlreiche Aktionen der Anti-AKW-Bewegung im Zusammenhang mit den Catortransporten. Es wurden Gleise demontiert, blockiert und unterhoehlt, Fahrscheinautomaten zertoert, Strommasten gefaellt, Hakenkrallen eingehaengt, Plakate geklebt, Flugblaetter verteilt, es wurde auf Bahnhoefen demonstriert, Oeffentlichkeitsarbeit gemacht und vieles mehr.

Keine dieser Aktionen hat in irgend einer Weise Menschleben gefaehrdet.

Diese Aktionen richteten sich gegen die Deutsche Bahn AG und das nicht ohne Grund. Die Bahn ist Teil der Atomwirtschaft. Die Bahn transportiert Atommuell und ist selbst an Atomkraftwerken beteiligt.

Der Atomwirtschaft sind schon viele Menschenleben zum Opfer gefallen und unser aller Leben ist staendig durch das kapitalistische Diktat dieser Mafia in Gefahr.

Die Deutsche Bahn AG ist ein legitimes Ziel der Anti-AKW-Bewegung!

Der momentane Erfolg der Anti-AKW-Bewegung ist, dass Staat und Kapital heute um die Atomwirtschaft streiten wie nie zuvor. Das Aus fuer die Atomenergie bedeutet das allerdings noch nicht. Der naechste Castor kommt bestimmt.

Wir werden auch in Zukunft Gleise demontieren, blockieren und unterhoehlen, Fahrscheinautomaten zerstoeren, Strommasten faellen, Hakenkrallen einhaengen, Plakate kleben, Flugblaetter verteilen, auf Bahnhoefen demonstrieren, Feste feiern - den ganzen Fahrplan durcheinanderbringen bis wir unser Ziel erreicht haben.

Heute Nacht haben wir in Berlin Mitte ein Fahrzeug der Atommafia abgefackelt.

Fuer die Abschaltung aller Atomkraftwerke und die Stillegung der herrschenden Klassen weltweit!

Scheiben eingeworfen - Staatsschutz ermittelt

Anschlag auf Vorsitzenden der Republikaner

Wegen Beleidigung und Sachbeschädigung ermittelt der polizeiliche Staatsschutz nach einem Anschlag auf eine Wohnung am Bruktererhang in Überruhr: Unbekannte haben in der Nacht zum gestrigen Dienstag zwei Scheiben mit Pflastersteinen zerstört, drei mit grüner Farbe gefüllte 0,33-Liter-Mineralwasserflaschen ins Innere geworfen und die Worte „Faschisten angreifen" auf die Hauswand gesprüht. Wie die Polizei gestern bestätigte, handelt es sich um die Wohnung des Essener Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden der Republikaner, Wolfgang Frieb-Preis. Auf die Täter gebe es bislang keinerlei Hinweis.

J.m.

Farbflaschen in Wohnung von REP-Chef

Zwei Fenster der Wohnung von Wolfgang Frieb-Preis, Vize-Landeschef der Republikaner, wurden gestern gegen 1.15 Uhr mit Ziegelsteinen eingeworfen; danach flogen vier mit Farbe gefüllte Sprudelflaschen (0,33 l) in die Wohnung. An die Hauswand wurde mit Hilfe von Schablonen „Faschisten an-[...] Die Polizei

„kein mensch ist illegal" und das Problem des großen JA

Es ist nicht mehr lang hin bis zum Sommercamp der Kampagne „kein mensch ist illegal" im Zittauer Gebirge. Trotz dem weitgehend unsichtbar erscheinenden Grenzregime ist es dort wunderschön: das gut gekühlte Schwarzbier an den Imbißständen ‚schmeckt lecker', die anderen Touristen sind auch irgendwie nett, und überhaupt werden wir da ganz sicher einen Haufen Freunde und Freundinnen treffen. Oh ja, da schwimmen wir alle erst mal in einem riesig großen „Ja". Ja zu allem, ja zu Urlaub, ja zu Fun , ja eben: Wer könnte auch zum Slogan „kein mensch ist illegal" öffentlich „Nein" sagen. Er stammt immerhin von jemandem, dem die eigene grausige Erfahrung in diesem Jahrhundert sehr viel Recht gibt, nämlich von dem Auschwitzüberlebenden, Antirassisten, Friedensnobelpreisträger, Freund des Staates Israel und Dichter Elie Wiesel: „Ihr sollt wissen", schrieb er, "daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?" Ist das nicht eine schöne Sache? „kein mensch ist illegal" ist so wahr und schön wie der erste Satz des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar". Und noch nicht einmal ein gewiefter Bundesgrenzschutzoberbulle würde diesen beiden Sätzen widersprechen. Denn auch für eine solche Charaktermaske sind es nicht die Menschen, die illegal sind. Lediglich deren Handlungen sind illegal, z. B. strafbarer Grenzübertritt ohne Konzession und Reisedokumente: deshalb unternimmt der BGS auch einige Anstrengungen dafür, Migranten und Flüchtlinge mit einem als legal bezeichneten Verfahren wieder aus Schengenland herauszukanten. In diesem Sinne hat diese Organisation im Verlauf der 90er Jahre die Abschiebmaschinerie in der BRD ordentlich auf Touren gebracht: Allein am Jahr 1996 wurde die Zahl der Abschiebungen auf über 90.000 hochgeschraubt. Das heißt: Pro Jahr wird also inzwischen in diesem schönen Land eine Zahl von Leuten zunächst vogelfrei gemacht, und dann abund weggeräumt, die der Bevölkerung einer mittleren Großstadt gleichkommt.: eine ungeheure Organisations- und Effiziensleistung der deutschen Bürokratie. Ihre Maschinerie läuft wie geschmiert. Für die, die darin exekutieren, ist diese Praxis inzwischen wohl „das normalste von der Welt". Dennoch eröffnet der Widerspruch zwischen den 'Härten' dieser normalen staatlichen Praxis auf der einen

unterworfen sein sollen? Da reiben wir uns heftig die Augen, denn die „Assoziation der Freien und Gleichen" wäre das bestimmt nicht.

Das Camp bei Zittau findet zu keinem guten Zeitpunkt statt: (Nicht nur) Antira-AktivistInnen sind mit einer Situation konfrontiert, in der das ursprünglich geplante doppelte Staatsbürgerschaftsmodell ohne nennenswerten Widerstände durch die rassistische Unterschriftenkampagne der CDU/CSU hinweggefegt worden ist. In den „befreiten braunen Zonen" des Ostens sind „anders aussehende" Leute für die Nazis und Rassisten so gut wie vorgelfrei; und die Grüne Staatsbürgerpartei an der Regierungsmacht zieht nicht nur in den Kosovo-Menschenrechts-Krieg, sondern entzieht demzufolge auch in genau diesem Zusammenhang vielen Antira-Initiativen jedwede Unterstützung, oder kriminalisiert sie sogar - wie geschehen bei der jüngsten Besetzung des Grünen-Büros in Köln.

Demgegenüber ist eine politische Antira-Strategie, die moralisch an die Gesellschaft oder die staatlichen Behörden appelliert und sich dabei auf die Menschenrechte beruft, zunehmend in die Defensive geraten. Und zwar dadurch, daß rechtsstaatliche Verfahrens- und Sozialhilfegarantien, die auch einmal für MigrantInnen und Flüchtlinge existiert haben, immer weiter abgeräumt werden. Und diese staatlich unterstützte Entrechtung der MigrantInnen und Flüchtlinge frißt sich quer durch die „Gesellschaft fort. Folgerichtig sind dann auch schon (deutsche) Taxifahrer für die Ausübung ihrer normalen Berufspraxis in die staatliche Repressionsmühlen und von dort aus in den Knast geraten. Und niemand hat ernsthafte Zweifel daran, daß dieser Prozeß des staatlichen Einkassierens von Rechten bald weitere „arm Gemachte" erfaßt, das Herausschieben bestimmter Menschen aus dem öffentlichen Raum ist einer von vielen Anfängen. Und wo sich die Verfassung nicht mehr gegen das politische Herrschaftssystem ausspielen läßt, klingt das im Namen von Verfassungsnormen ausgesprochene „NEIN" der Antira-Politik" einfach wie ein Gedicht, eben: „kein mensch ist illegal!"

... und was „keine Störung ist illegal" damit zu tun haben könnte

Wenn sich die Camp-AktivistInnen bislang auf etwas verstanden haben, dann war es ein aktionistischer Pragmatismus, in dem die Postmodernisten, Autonomen, Antirassisten, Antifas und Feministinnen politischen Auseinandersetzungen und damit einander aus dem Weg gegangen sind. Dabei ist es nicht ohne Ironie, das selbst für die Leute

bekanntermaßen ein Ermittlungsparagraph und dient vorallem der Ausschnüffelung unserer Strukturen, der Erstellung von Persönlichkeitsprofilen und dem Einschüchtern von politisch Aktiven. Außerdem sollen wir lieber monatelang mit Antirepressionsarbeit beschäftigt sein, und so weniger Zeit für andere Aktivitäten haben. Wir gehen auch davon aus, daß die Durchsuchungen nicht der letzte Besuch der Bullen bei einzelnen sein werden.

Abgesehen davon, daß wir uns auch weiterhin nicht von unseren Aktivitäten abhalten lassen wollen, befinden wir uns in einem Dilemma: seit einigen Wochen haben wir uns als AOK aufgelöst. In nächster Zeit schreiben wir dazu eine ausführlichere Auswertung. Hier und jetzt seien einige Gründe der Auflösung nur kurz aufgezählt:

Schon seit längerem fanden wir kein gemeinsames Thema, an dem wir dranbleiben wollten. Bei der vor diesem Hintergrund geführten Perspektivdiskussion ergab sich auch keine gemeinsame Herangehensweise oder Strategie. „Ältere" AOKlerInnen stiegen aus, nur wenige neue kamen hinzu. Es gab eine kleine Gruppe, die sich lieber erstmal grundsätzlich mit Politikansätzen beschäftigen wollte, und nicht mehr kontinuierlich mitmachte. Nach acht Jahren AOK stellten wir auch eine gewisse Überlebtheit fest (gute Halbwertszeit für eine autonome Gruppe), und der ehemals soziale Zusammenhalt verlor an Bedeutung. Aber vor allem frustriert auch uns die allgemeine gesellschaftliche Situation wie auch die zunehmend marginale Bedeutung der Linken.

Auch wenn es im Einzelnen immer wieder Spaß macht zu organisieren, zu stören, zu diskutieren, so braucht mensch doch dafür eine gehörige Portion Ausdauer. Trotzdem wollen wir uns nicht auf die faule Haut legen oder uns gemütlich in unseren leergeräumten Zimmern einrichten. Wir stellen uns vor, uns demnächst mit anderen neu zu orientieren, Perspektiven zu suchen, Zusammenhänge aufzubauen. Was wir anläßlich des Kriminalisierungsversuchs noch organisieren möchten, ist ein Tag der Diskussionen um Perspektiven und Praxis autonomer Politik in dieser Stadt. Dieser Tag soll mit einer tollen Party enden und wird voraussichtlich am 18.9. stattfinden.
Wir werden uns also nicht als Antirepressionsgruppe neu konstituieren und uns auch nicht von unserer politischen Arbeit, unseren Ideen und Aktionen abhalten lassen.



Das AOK als terroristische Vereinigung?
Ähnlich wie andere öffentlich arbeitende linksradikale Gruppen, haben wir hier in Berlin in den letzten Jahren Politik gemacht. Sei es in Bündnissen auch mit etablierten Parteien wie der PDS und B90/Grüne, oder in den Vernetzungs- und Diskussionsversuchen der autonomen Szene. Genannt seien da: der Autonomiekongreß '95, die LEGO-Treffen (Linksradikale Entwicklung Gemeinsam

Das Urteil gegen Abdullah Öcalan ist mittlerweile gesprochen worden. Ob das Todesurteil auch vollstreckt wird ist unklar. Viele Menschen versuchen dieses durch vielfältige Aktionen zu verhindern. Dabei fällt eine notwendige Auseinandersetzung über die Prozeßstrategie des Angeklagten und dessen inhaltlichen politischen Stoßrichtung hinten runter. Interessiert uns tatsächlich nur wie die kurdische Bewegung in der Türkei und im Exil auf das Urteil und eine mögliche Vollstreckung reagiert ? Wie sieht der weitere Weg der PKK aus, bleiben wir weiter fast kritiklos pro-PKK ?
Und wie sieht unsere Solidarität mit den kurdischen Freunden aus, die gegen Öcalans mysteriöse Verschleppung auf die Straße gegangen sind ? Dieser Protest war aus der Situation heraus verständlich und gerechtfertigt.
Trotzdem soll den Beteiligten der Prozeß gemacht werden. Aber was sind eingeschlagene Scheiben gegen die 4 Toten von Berlin. Dessen Mörder werden wohl nie einen Richter zu Gesicht kriegen.

Keine Abschiebungen in die Türkei !
Einstellung aller Verfahren !
Freiheit für alle kurdischen politischen Gefangenen !
Weg mit dem „PKK-Verbot" !
Das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk !

Spendenkonto:

Azadi, Ökobank BLZ 500 901 00, KtoNr. 54 00 279

Zum Prozess gegen Abdullah Öcalan

Dass der auf der Insel Imrali im Marmarameer stattfindende Prozess gegen den Vorsitzenden der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) gegen jegliche international anerkannten Rechtsnormen verstösst, braucht hier nicht noch einmal breit dargelegt zu werden. Allein schon die Tatsache, dass Abdullah Öcalan in die Türkei verschleppt wurde, um ihn dort vor Gericht zu stellen, ist ein derartiger Verstoss gegen das Völkerrecht, der

worfen wurde und er gut behandelt werde? Nun, das Kurdistan-Komitee stellte sich hinter die Aussagen Öcalans, vermutlich um in dieser sehr angespannten Zeit keine Widersprüche und Risse offen zu machen und



Türkei zwischen dem Balkan und dem Kaukasus und den Zentralasiatischen Republiken und im Süden gegen Irak und Syrien ist allzuwichtig, als dass sich die USA hier auf irgendwelche Spielchen einlassen würden.

Vielmehr passt die Entführung genau in ihr Konzept. Aufräumen mit der PKK und dann mal den Spielraum für Demokratisierungsschritte ausloten.

Augenfällig ist ebenfalls das Fehlen von sozialen Themen und Fragestel-

Der ort des angriffes hatte offensichtlich das ziel, die demo von den schaufensterscheiben des einkaufsviertels fernzuhalten. Dafür sprechen auch befehle der bullenleitung, die dahingehend lauteten, die demonstranten „ nach 36 zu treiben." Die tatsache, daß das bullenkonzept an diesem punkt aufgegangen ist, ist nicht zuletzt auf das fehlen von organisierten zurückzuführen, die sich verbindlich und diszipliniert in die demo eingereiht hätten. Es hat sich auch dieses jahr wieder gezeigt, daß die „autonome front"der ablehnung des 1. mai auch dieses jahr immer noch recht stark war. Das zeigte sich schon in der vorbereitung. Diejenigen, die dann doch noch gekommen sind, sollten sich überlegen, ob es ihren linken ansprüchen genügen kann, wenn auf einer der wenigen großdemonstrationen der radikalen linken im jahr dermaßen wenige organisierte gruppen verantwortung übernehmen. Es ist allerdings auch eine tatsache, daß der zustand der demo ein spiegelbild des zustandes der organisierten linken ist: wenige ketten heißt auch, wenige linke organisierte gruppen.
Wir fordern in diesem zusammenhang organisierte gruppen, die sich nicht an der vorbereitung beteiligt haben, auf, ihre haltung im nächsten jahr zu überdenken. Damit meinen wir auch die massenmilitanten, die in der interim heftige kritik an der demo bzw den organisatorInnen üben: es liegt auch an euch, diesen zustand zu verändern.
Darüberhinaus finden wir es gut, wenn nicht nur organisierte oder „straighte politmenschen" sich an der demo beteiligen, auch wenn dann bestimmte abläufe, wie z.b. alk auf der demo oder verhalten gegenüber bullenangriffen, schwerer zu organisieren sind. Darüber sollte man sich keine illusionen machen: beides zusammen ist schwer zu haben.

4.Auch in diesem jahr hat es festnahmen und verhaftungen gegeben, allerdings deutlich weniger als im vergangenen jahr. Darüberhinaus gab es eine ziemlich große anzahl von verletzten. Teilweise wurde deutlich, daß es den bullen wesentlich darum ging, leute zu verunsichern und zu verletzen. 4 leute sitzen immer noch im knast, es ist wichtig, daß sie unterstützung und solidarität erfahren, auch im hinblick auf die zukunft. Anders als in den jahren zuvor war es diesmal leider nicht möglich, sofort mit flugblättern und knastkundgebung zu reagieren und den gefangenen unsere solidarität zu zeigen. Die zusammenarbeit mit dem ea und mit der pds hat jedoch dazu geführt, daß die bullen wenigstens etwas öffentlich unter druck gerieten wie nach der sitzung des innenausschusses zum 1. mai. (Die tatsache, daß ein bullenschlagstock auf dem kopf einer demonstrantin zerbrach, was pressemäßig dokumentiert wurde, hat dazu geführt, daß alle holzschlagstöcke bei den bullen durch unzerbrechliches material ausgetauscht werden sollen.)

5. Einige schlußbemerkungen: Die meisten kneipen, cafes, restaurants etc verhielten sich solidarisch,

Gelöbnix 99-eine Nachlese
Hausdurchsuchungen in der Reiche







In der Nacht zum Mittwoch den 21.7.99 wurde die Reichenberger Str. 63 a durchsucht. Anlaß dafür waren die Aktionen zum Gelöbnix am 20.7.99.
Gegen 0.15 hielten drei Wannen vor dem Advena, (Wiener Str.) und standen dort mehrere Minuten , kurz darauf fuhren sie zur REICHE. Dort wurden drei Wannen, ein roter Bus, ein beiges Auto und ein T-Wagen (Materialwagen) gesehen.
Die Bullen stürmten mit Taschenlampen in den Innenhof und öffneten durch einen geklauten Schlüssel einer inhaftierten Bewohnerin die Wohnungstür.
Sie stürzten sofort in den ersten Stock, öffneten alle Zimmertüren und fanden nur eine schlafende Bewohnerin vor. Diese wurde von den Bullen geweckt. Als sie sich nach dem Grund ihrer Anwesenheit erkundigte antworteten die Bullen, daß eingebrochen worden sei und sie nur mal gucken wollten ob auch alles in Ordnung sei, ha ha ha. Die Bullen haben dann einem Bewohner einen Durchsuchungsbefehl gezeigt, der auf "Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz" lautete. Kurze Erklärung: Hierbei handelte es sich um einen batteriebetriebenen Krachmacher....gefährlichhhhhhhhhhhhhhhh. Das Zimmer der Betreffenden wurde über zwei Stunden penibelst durchsucht und verwüstet. Die Sprengstoffexperten konnten lediglich so wichtige Dinge wie ein BEWAG Straßenschild und einen Telefoncomputer sicherstellen, dessen Rausgabe sie seit drei Tagen verweigern. Mittlerweile liegt er der Staatsanwaltschaft zur Beweisaufnahme vor.
Aber dem nicht genug: zwei Tage später, also am Freitag, den 23.7.99 hielten sie es für nötig, um ca. 18.45 Uhr uns bei den Simpsons zu stören und das komplette Haus mit ca. zwanzig Bullen und etwa fünf Kripo-Bullen zu stürmen. Zeitgleich wurden in Berlin mindestens 6 Privatwohnungen sowie die Büroräume der JungdemokratInnen, wo sie zwei Computer beschlagnahmten, durchsucht. Diesmal lautete die Begründung "Verdacht auf Urkundenfälschung". Der Durchsuchungsbefehl in der Reiche richtete sich gegen zwei Personen, nach einer Dritten wurde die ganze Zeit gefragt. Diesmal waren sie weniger gründlich beim Durchsuchen, gingen aber in alle Stockwerke und fertigten Grundrisse an. Nach ca. einer Stunde verließen sie uns mit den Abschiedsworten "Wir sehen uns bald wieder, das war nicht das letzte Mal."
Für uns war's das LETZTE Mal, die kommen hier nicht mehr rein, zweimal ist mehr als genug.
Nur weil Bundeswehr und Politiker sich blamiert fühlen, lassen wir uns nicht schikanieren.

Wenn ihr das näxte Mal marschiert - kriegen wir euch garantiert !!!

WIR FORDERN:
DIE SOFORTIGE RAUSGABE ALLER BESCHLAGNAHMTEN SACHEN
DIE EINSTELLUNG ALLER LAUFENDEN ERMITTLUNGSVERFAHREN
SCHLUSS MIT DEN DURCHSUCHUNGEN HIER UND ANDERSWO!!

WENN MÖRDER GELOBEN - FLIEGEN RÖCKE NACH OBEN !!!

V.i.S.d.P.: M.ÖRDER, Gelöbnixstr 123a, 10999 Berlin

21.7.1999

Offener Brief zu den Hausdurchsuchungen vom 6.7.1999, die mit „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder „gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" begründet wurden.

Am 6.7.1999 durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 10 Wohnungen, einen Betrieb und ein Institut in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannenberg und im Landkreis Lüneburg. Der Vorwurf lautet „Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a) oder „gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" (§315). Nach der Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes (vom 6.7.1999) waren 9 StaatsanwältInnen, 100 BKA-BeamtInnen und weitere 200 PolizistInnen der Länder beteiligt. Die angetroffenen Beschuldigten wurden erkennungsdienstlich behandelt, teilweise wurden ihnen noch zusätzlich Speichelproben für DNA-Analysen entnommen. In eine Wohnung in Berlin drangen vermummte SEK-BeamtInnen mit Stahlhelm und gezogenem Revolver ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit 'verbracht'.
Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion „intensive Ermittlungen der 'Arbeitsgruppe Energie' beim Bundeskriminalamt" voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) zurückzuführen sind.

Begründet wurde der Vorwurf mit den Hakenkrallenaktionen gegen die Deutsche Bahn AG, die laut Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes am 7. Oktober 1996 an 12 Orten im Bundesgebiet und am 25. Februar 1997 an 8 weiteren Orten in Norddeutschland stattfanden, sowie dem „Kommuniqué autonomer Gruppen" zu diesen Aktionen und weiteren BekennerInnenschreiben. In dem breit veröffentlichten Kommuniqué heißt es dazu: „Ziel der Anschläge war es, die Deutsche Bahn AG unter Druck zu setzen, um die CASTOR-Transporte auf dem Schienennetz einzustellen."
Aus der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamer Erklärungen schließt die Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation „Autonome Gruppen", deren „Führungskader" sie in den Beschuldigten gefunden zu haben glaubt.
Es gibt eine weitere Beschuldigung wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel.

Nachbetrachtung zum 1. mai99

Obwohl eigentlich die meisten mit dem ablauf des revolutionären 1. mai ganz zufrieden waren, gab es auch einiges an kritik bzw kritischen überlegungen, auch bei uns.

Zufrieden sind wir mit der mobilisierungskampagne und mit der tatsache, daß nach mehreren jahren der spaltung und der streitereien bis auf die maoistischen kräfte alle gruppen der vorjährigen getrennten demonstrationen wieder gemeinsam agiert haben.

Es gab einen aufruf, in dem stand, unsere demo sei nur ein ablenkungsmanöver und unsere veröffentlichungen „gezielte falschmeldungen, um verwirrung zu stiften". Trotzdem lag die teilnehmerInnenzahl mit über 15000 im optimistischsten bereich unserer erwartungen. Damit war die demo 99 die größte 1. mai-demo in der gesamten brd, gewerkschaftsdemos eingeschlossen.

1. Auch wir haben das problem „alkohol auf der demo" vorher diskutiert. Wir sehen im alkoholkonsum allerdings eher ein gesellschaftliches problem als ein problem der linken bzw der demo. Zu einem problem der linken wird es erst dann, wenn, wie jedes jahr am 1. mai die linke es schafft, mehr leute zu mobilisieren als in den autonomen polit-haushalten wohnen. Dann zeigt sich, wie wenig diese linke in der lage ist, mit gesellschaftlichen problemen umzugehen geschweige denn sie abzuschaffen. Für uns gilt jedenfalls, daß wir uns nicht von gesellschaftlichen problemen einfach distanzieren. Das wäre ja auch absurd. Davon abgesehen sind natürlich auch viele autonome oft und gerne in kneipen anzutreffen.

Es ist illusorisch gewesen, davon auszugehen, daß eine große anzahl speziell aus der punk- oder anderen subkultur-scenes sich von durchsagen vom lauti aus in ihrem verhalten beeinflussen lassen würde. Speziell dann, wenn eine demo erst in den abendstunden anfängt, was aber auf grund des fakts von naziaktivitäten nicht anders hinzukriegen ist. (Ein teil der linken wird sich erinnern, daß eine der ersten kritiken am revolutionären 1. mai die nichtbeachtung von möglichen naziaufmärschen war.) Durchsagen vom lauti hat es trotzdem gegeben, es sind auch einzelne leute angesprochen worden. Wir haben es aber abgelehnt, leuten die bierflaschen wegzunehmen bzw sie massiver anzumachen. Unserer einschätzung nach hätte dies schnell zu auseinandersetzungen in oder am

Die Pressionen verschärften sich als seit Ende der 80er Jahre serbischer und kosovoalbanischer Nationalismus die Entscheidung suchen, schließlich sogar militärisch .Was immer eine Romafamilie versucht, ob sie sich als Serben, Albaner oder selbstbewußt als Roma ausgeben, sie waren lange vor dem Kosovokrieg immer die Verräter, für die eine oder die andere Seite. So wird selbst die Tatsache, daß sich Roma sowohl in albanischen Vereinigungen engagierten als auch in politischen Institutionen der Serben von der jeweils anderen Seite als Verrat gewertet. Daß Romavertreter zur serbischen Verhandlungsdelegation in Rambouillet gehörten (!), wurde ihnen von der UCK als Hochverrat angekreidet, wie umgekehrt die Tatsache, daß Rugova versuchte,Romavertreter für sich zu gewinnen.

2. ROMA keine einheitliche Gruppe

Roma im Kosovo sind sozial wie politisch eine äußerst heterogene Gruppe. Sie werden zwar in der Außenwahrnehmung von Politikern und Journalisten in der Regel als einheitliche "ethnische Volksgruppe " definiert. Dies waren sie aber auch im Kosovo zu keinem Zeitpunkt. Es gibt orthodoxe, muslimische, nichtreligiöse Roma und Derwischroma. Neben denjenigen, die als Nationalität (freiwillig oder gezwungen)"Albaner", "Serben" oder "Roma" angaben, formierte sich auch noch die Gruppe der "Ägypter", muslimisch-albanisch geprägte Roma, die einen eigenen politischen Status beanspruchten. Es gibt traditionsbewußte Romafamilien und assimilierte, die selbst ihre Sprache das Romanes verloren haben. Darüberhinaus gab und gibt es unter der Romabevölkerung auch erhebliche Unterschiede, ja Gegensätze, was die wirtschaftlichen Verhält- [illegible] geschlossen werden konnten. So gesehen sind die Roma, deren Verwandtschaft in der Regel über alle jugoslawischen Teilrepubliken verstreut ist, die Hauptopfer der Ethnisierung der Balkanstaaten. Was das Kosovo betrifft so erklärten kosovoalbanische Nationalisten schon in den 80er Jahren, daß das Ziel ihrer Politik die "ethnisch Reinheit" des Kosovo sei. Die Parole „Kosova Republika" zitiert die Frankfurter Rundschau 1984 „maßgebende kosovoalbanische Kreise" „ist durch die Losung vom ethnisch reinen Kosovo ergänzt worden. Danach soll das Kosovo in ein rein albanisches Territorium, frei von anderen Nationalitäten umgewandelt werden." FR 8.10.84 (vgl. FR 10.12.83; FAZ 4.4.85, Die Welt 17.1.86). Diese Parole richtete sich nicht nur gegen Serben, sondern auch gegen allen anderen nichtalbanischen Minderheiten, die - wie die Roma - als unzuverlässig galten.

4. Die ROMA sind im Grunde die letzten "echten" Jugoslawen, dh Bürger eines Vielvölkerstaates, die an der Illusion festhalten, daß ein multikulturelles Zusammenleben möglich sein muß

Daher genießt der Kroate Tito bis heute unter den Roma einen legendären Ruf, weil er nach ihrer Meinung Nationalismus und Rassismus in allen Republiken entschlossen entgegentrat. Unter der faschistischen Besatzung Jugoslawiens, waren die Roma mit den Juden die ersten Minderheiten-Opfer. Viele von ihnen verteidigten die Ehre ihres Volkes, in dem sie zusammen mit antifaschistischen Serben, Kroaten und Albanern als Partisanen den deutschen Besatzern und ihren kroatischen, bosnischen und albanischen Verbündeten entgegentraten. Es gibt zahlreiche Denkmäler für Romapartisanen anders als die hungernden Deutschen nach dem 2. Weltkrieg.

Es entspricht dem Hochmut von medialen Schreibtischtätern jetzt darüber zu Gericht zu sitzen oder gar die rassistische Begründung für die Säuberungs- und Racheakte der UCK zu kolportieren. Der Hauptgrund hinter den Vorwänden ist sowieso die Tatsache, daß die UCK die Roma grundsätzlich als unzuverlässig im jetzt anstehenden Endkampf um die Unabhängigkeit des Kosovo sieht und für zukünftige Volksabstimmungen endgültige Fakten schaffen will. Roma, Serben und andere Minderheiten sollen im Kosovo keine Rolle mehr spielen dürfen. Die Mordaktionen gegen die Roma und ihre Vertreibung durch den Natopartner UCK und kosovo-albanischen Mob sind offen rassistisch, auch deswegen, weil sie mögliche Straftaten einzelner als Vorwand für die Verfolgung eines ganzen Volkes nehmen. Diese Begründung entspricht bis ins Detail der NS Begründung für die Deportationen der "Zigeuner" als "Verbrecherrasse", mit der bekanntlich den Sinti und Roma noch bis in die 60er Jahre die Wiedergutmachung verweigert wurde. Es ist ein Symptom für den noch immer virulenten Antiziganismus, daß alle Medien gedankenlos oder gar bewußt diese globale Diskriminierung der Roma als ausreichende Begründung weitergeben, ohne sich über die Hintergründe dieses neuen Versuch einer (End?-) Lösung der Romafrage im Kosovo zu informieren. Nachdem kosovoalbanische Nationalisten - wie oben erwähnt - schon in den 80er Jahren die "ethnische Reinheit" (s.o.) des Kosovo forderten, finden sie jetzt endlich, die Chance diese auch umzusetzen: an Roma, Serben und anderen Minderheiten. Ein französischer Kfor-Offizier äußert die Vermutung, daß bestimmte

Diese Staatsschutzaktion steht für uns im ganz konkreten Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie.

Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüchtert, in „friedliche" und „gewalttätige" gespalten und dadurch geschwächt werden. Das bekommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung:

- Weil sich die Grünen und die SPD von Ihrer Kritik an der Atomtechnologie mit der Übernahme staatlicher Macht immer stärker zu den Garanten der Atomindustrie entwickeln.
- Weil demnächst wieder Atomtransporte von den AKW zu den Wiederaufarbeitungsanlagen LaHague (F) und Sellafield (GB), bzw. von diesen Anlagen in die „Zwischenlager" Gorleben oder Ahaus rollen sollen.
- Weil außerdem fast täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Uranhexafluorid für die Brennelementeproduktion durch die BRD fahren.

Abschließend wollen wir betonen:

Unsere Widerstandsformen gegen die menschenfeindliche Atomtechnologie bestimmen wir selbst. Wir lassen sie uns nicht von den VertreterInnen der Atomindustrie und deren staatlichen UnterstützerInnen vorschreiben!

Egal, welche „Farbkombination" in Berlin regiert: Wir werden solange gegen Atomanlagen und –transporte kämpfen, bis alle Anlagen stillgelegt sind!

Wir wissen: Gemeint sind wir alle – aber wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht spalten. Entscheidend für Veränderung war immer nur der Druck, den wir selbst erzeugen konnten.

Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!
Einstellung aller Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen!
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

UnterzeichnerInnen *(Stand: 21.7.1999)*:

Anti-Atom-Aktuell – Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, Anti-Atom-Büro Hamburg, Anti-Atom-Plenum Berlin, Antifaschistische Aktion Oldenburg, Antifa-Ammerland, Antifa-Café im Alhambra - Oldenburg, Anti-

Die Beherrschung verlieren!
EXPO demaskieren!

Der EU-Gipfel und der WWG sind vorbei, alle packen ihre Sachen, die Diskussions- und Aktionsstrukturen, mühsam genug aufgebaut, zerfallen. Bis zur nächsten Kampagne, zur nächsten Mobilisierung... Währenddessen arbeiten die Strukturen, gegen die wir eben noch angekämpft haben, weiter.

Die Weltausstellung lädt ein

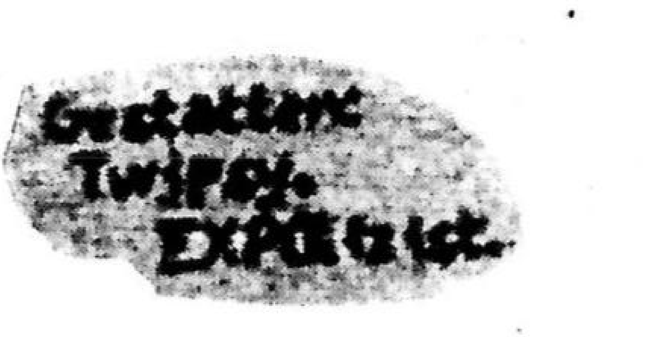
Ab Juni 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Angelegt als bundesrepublikanisches Prestigeobjekt haben sich die MacherInnen nicht weniger vorgenommen als "Lösungen" für die globalen Menschheitsprobleme wie Armut, Hunger, Umweltzerstörung zu präsentieren. Anders als in Köln, wo die Gipfel als "closed shop" aufgezogen wurden, inszeniert man die EXPO weltoffen, dialogfähig und BesucherInnenorientiert. Wir sollten diese Einladung nicht ausschlagen.

In der Nachfolge von Köln steht die EXPO

Die Politik, die in Köln und anderswo gemacht wird, soll in Hannover konsumgerecht aufgearbeitet einem staunden Publikum verabreicht werden. Fünf Monate wollen 170 Regierungen, internationale Organisationen und Konzerne ihre Sicht der Dinge darstellen. 40 Millionen prognostizierte BesucherInnen aus aller Welt erwartet der multimediale Overkill: Die "Neue Weltordnung" präsentiert sich im Disney-Look.

Weltausstellungen sind in ihrem Kern Akzeptanzmaschinerien, die Zukunftsentwürfe vorstellen, Fortschrittsglauben verbreiten und die Identifikation mit dem herrschenden Kulturverständnis befördern sollen.

Unter dem Motto "Mensch Natur Technik" soll die EXPO 2000 die eine Botschaft verkünden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus, nur durch "Globalisierung", "Liberalisierung" und "freien Welthandel" ließen sich die Probleme der Welt lösen.



Dieses Maskottchen, der EXPOlizist, klebt in Hannover jetzt schon auf allen Bullenwagen...

Wegen „unübersichtlichen Waldgeländes“ die Observierung eingestellt

Autonome sollen „Genrapsversuchsfeld“ niedergetreten haben / Zivilbeamte wußten nichts von einem gefährdeten Objekt

Von Reinhard Voss (Düsseldorf)

Die sechs Staatsschützer aus Wuppertal und Hagen, laut Polizeiprotokoll vier in „bürgerlicher Kleidung“ und zwei „in Zivil“, verharrten auf freier Flur bei Meschede. Den ganzen Tag über hatten sie die Teilnehmer des 3. Transbergischen Triathlon der Wuppertaler Autonomen observiert. Zunächst beim Radrennen in Wuppertal-Elberfeld, dann am Stausee in Wuppertal-Beyenburg. Und danach waren die Triathleten mit Bus und Pkw in Richtung Meschede gefahren, hatten an einem Feldweg angehalten und waren in einem Wäldchen verschwunden.

Die Staatsschützer am Wegesrand: ratlos. „Auf konkrete und mehrfache Nachfrage“ bei ihrer Leitstelle, ob es hier in der Gegend „gefährdete Objekte“ oder gar „Reizobjekte“ für die Autonomen gäbe, mußte die Leitstelle passen. Den Triathleten in den Wald nachzuspüren erschien den Polizisten aber doch zu gewagt, wegen des „unübersichtlichen Wald- und Feldgeländes“, wegen der „bekannten Gewaltbereitschaft“ dieser Spaß-Triathleten und wegen der bürgerlichen bzw. zivilen Kleidung.

Aus taktischen Gründen, so war nachher im Polizeiprotokoll zu lesen, habe man deshalb darauf verzichtet, die Observierung im Wald fortzusetzen. Die Staatsschützer legten sich statt dessen in der Nähe von Bus und Pkw auf die Lauer. Nach einer guten Stunde kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Transbergischen Triathlons wieder aus dem Wald heraus, bestiegen ihre Fahrzeuge und fuhren zurück nach Wuppertal, und die Polizisten brav hinterher. In ihrem Büro angekommen, verfertigten sie eine Liste all jener Teilnehmer, die sie mit Hilfe ihrer Ferngläser identifiziert hatten.

Sie waren mit ihrer Arbeit noch nicht ganz fertig, da wurde der Polizeileitstelle in Meschede von zwei Spaziergängern gemeldet, daß ganz in der Nähe des besagten Wäldchens „ein Genrapsversuchsfeld niedergetreten wurde“.

Das war nun Sache der uniformierten Polizei. Sie sauste zur „Tatörtlichkeit“, die sich hinter dem Wäldchen auf einem 200 mal 200 Meter großen, durch einen hohen Zaun geschützten und ringsum mit Wintergerste getarnten Feld versteckte. Dort fanden sie den Zaun durchschnitten und mit zwei Bettlaken geschmückt, auf denen zu lesen war: „Weg mit dem Gen-Tech-Scheiß“ und „Ich bin ein Freilandversuch“. Die Wintergerste und ein Teil der Rapsblüten waren niedergetrampelt.

Die beiden Zeugen hatten zwar niemanden am Tatort gesehen. Wohl aber, so heißt es in dem Polizeiprotokoll, eine jugendliche Personengruppe, die in der Nähe am Straßenrand geparkte Fahrzeuge ansteuerte. Die jungen Leute wurden als dunkel gekleidet mit etwas längeren Haaren beschrieben. In dem Protokoll heißt es dann lakonisch weiter: „Nach Angaben der Zeugen handelte es sich vermutlich um Autonome.“ Der uniformierte Beamte, der am Tatort war, hält schließlich noch schriftlich fest, er sei durch die Einsatzleitstelle von der Tatsache informiert worden, „daß die oben genannten Fahrzeuge zur oben genannten Tatzeit an der oben genannten Tatörtlichkeit durch Polizeikräfte observiert wurden“. Dadurch habe man zwar die Kennzeichen der Fahrzeuge, in denen die vermuteten Autonomen weggefahren seien, die Sachbeschädigungen aber hätten die observierenden Polizeikräfte leider nicht beobachtet.

Den Strafverfolgungsbehörden ist das einerlei. Immerhin hätten die observierenden Polizeikräfte ja einige alte Bekannte in den Fahrzeugen wiedererkannt. Für Justitia in Wuppertal genügte das, zur Jagd auf die Teilnehmer des 3. Transbergischen Triathlon zu blasen. Am Montag soll vor dem Amtsgericht der erste Prozeß stattfinden. In einem Aufruf der Autonomen heißt es: „Bringt Rapsblumensträuße und Gentechnik-Schafe mit.“

Summer

Skinheads versammeln sich trotz Verbots

Hanau (AP) – Trotz polizeilichen Verbots haben sich am Wochenende im Kreis Offenbach rund 250 Skinheads getroffen. Wie ein Polizeisprecher gestern mitteilte, wurde die Veranstaltung in Egelsbach „aus taktischen Gründen“ erst am Samstag vormittag aufgelöst. Den Angaben zufolge wurden sieben Personen festgenommen, darunter die beiden Initiatoren der Kundgebung.

time!!!

taz 26.7.

„Ethnische Säuberung“ - jetzt der ROMA im Kosovo

Folgender Presseerklärung der Roma e.V. Köln haben sich der Verein zur Schaffung eines Roma Gemeindezentrums und die

Brandschatzungen in Obilic, Mitrovica, Pec, Pristina; Vertreibungen und Morde durch "Albaner" überall. Die verleugneten Hinter-



7. und 8. August 1999
14.00 Uhr Waldbühne Hardt

Samstag:
We killed Bambi
Amen 81
Steakknife
Rantanplan
Skaos

Sonntag:
The Buttwalk Devils
Mark Fogg's Skasters
Scrapy
Loaded
The Skalatones

Keine Grenze ist für immer! Nach Wuppstock auf zum Grenz-Camp bei Zittau. Infos beim Vorbereitungstreffen am 27.7.99 oder beim Infotisch bei Wuppstock. Kein Mensch ist illegal!!



Infoladengruppe im BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V.
Christburger Str. 3
10405 Berlin
Tel.: 030/4426174
Fax: 030/44359066

Berlin, 19.07.99

Bekanntmachung:

Internationalisten vereinsschädigend

BAOBAB schließt Mitglieder aus

Der Verein "BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V" hat auf seiner letzten Mitgliederversammlung drei langjährige Mitglieder aus dem Verein ausgeschlossen.

Die Vereinsmitglieder hätten sich nicht mehr für die Vereinszwecke engagiert und sich vereinsschädigend verhalten, so der mit knapper zwei Drittel Mehrheit gefaßte, nicht naher begründete Beschluß der Versammlung. Brisant an diesem Beschluß: alle drei Ausgeschlossenen sind aktive Mitglieder der "Infoladengruppe im BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V.". Unsere internationalistische Gruppe innerhalb des Vereins hatte in der Vergangenheit u.a. Informationsveranstaltungen gegen die sich für uns bereits im Oktober vergangenen Jahres abzeichnende NATO-Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien organisiert, ebenso wie Veranstaltungen zum NATO-Krieg gegen die Kurden in der Türkei, zu den Hintergründen der Festnahme des PKK-Vorsitzenden Öcalan, zum Jahrestag des faschistischen Militärputsches in Chile oder zum Krieg der internationalen faschistischen Reaktion gegen die demokratische spanische Republik von 1936 bis 1939. Die Infoladengruppe ist über den Vereinsausschuß dreier ihrer Mitglieder um so mehr bestürzt, als diese an der Organisierung solcher Aktivitäten maßgeblich beteiligt waren.

Einige dieser Veranstaltungen führten zu kontroversen Diskussionen innerhalb des Vereins, der sich seit langer Zeit als Domizil für unterschiedliche Gruppen verstand, die entsprechend ihren Arbeitsfeldern ihre jeweils eigenen Inhalte erarbeiten und dazu Öffentlichkeit herstellen. Trotzdem diese Art der Zusammenarbeit nicht immer unproblematisch war, konnte der Verein jedoch seinem linken, pluralistischen Anspruch lange Zeit gerecht werden.

Mit diesem skandalösen Vereinsbeschluß ist jedoch ein Bruch vollzogen worden, der den langjährigen links-pluralistischen Konsens vollends in Frage stellt. Weiter ist der Versuch unternommen worden, durch selektiven Ausschluß ausgewählter Mitglieder eine Gruppe in genehme und nicht-genehme Personen zu spalten, mit dem Ziel, deren Wirkungsmöglichkeiten innerhalb des Vereins zu beenden. Wir befürchten eine massive Eingrenzung des Internationalismusverständnisses, das der BAOBAB nicht zuletzt aus der Verschiedenartigkeit

Strategie für die Anarchie?

Provozierende Statements und Vorschläge für eine notwendige Debatte

Der Grund dieses Textes: Ich habe es satt, immer wieder zu denken: "Unsere Ideen sind richtig – eine Welt von unten ist das, was ich will", aber dann auch immer wieder einzusehen: "Wir sind einfach ein Haufen Leute in Sturm-und-Drang-Phase oder mit viel Wut, aber ohne Strategie. Die andere Seite, von den Machtzentralen in Regierungen und Konzernen bis zu den akzeptanzbeschaffenden BeraterInnen in den NGOs, ist uns strategisch meilenweit überlegen". Ich will da raus und möchte, daß wir nicht nur die, wie ich finde, besseren Ideen für eine zukünftige Gesellschaft und konkrete Projekte jetzt haben, sondern auch die besseren Strategien.

Der Anlaß dieses Textes: Nie zuvor habe ich die strategische Unterlegenheit politischer Bewegung insgesamt gegenüber der Normalität von Staat, Wirtschaft, Medien usw. so kraß erlebt – nie zuvor aber auch das Desaster selbstorganisierter Politikstrategien gegenüber dem hierarchischen modernisiertem Apparat (durch viele jüngere, früher selbst oft radikaleren Zusammenhängen aktive Leute) der NGOs und sonstiger zentraler Organisationen so deutlich wahrgenommen. Die Vorbereitungen waren in beiden großen Bündnissen von wenigen zentralen Figuren dominiert, die mit Ausgrenzung, finanziellen Androhungen bis hin zur Drohung einer wachsenden Konfrontation mit der Staatsmacht das Geschehen steuerten. In den Demos sammelten sich selbstorganisierte Gruppen freiwillig (!) in abgegrenzten Blöcken und reduzierten so ihre Außenwirkung auf ein Minimum. Die Nische ist nicht nur da, sie wird auch noch nach außen dokumentiert!

Daher fordere ich eine selbstkritische Debatte.

Hinweis: Den Begriff "autonom" benutze ich im Sinne von selbstorganisiert-unabhängig, was nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit dem Selbstverständnis "der Autonomen", die oft ihre Autonomie nur in äußerlichen Verhaltensweisen (Kleidung, Aktionsformen) finden, aber intern nicht nur Hierarchien aufweisen und damit von Einzelpersonen abhängen, sondern auch mit ihren Strukturen und Ressourcen von anderen abhängen (z.B. finanziell).

Im ersten Teil des Textes möchte ich einige provozierende Kritiken an der strategischen Schwäche autonomer Bewegung formulieren, im zweiten Teil dann einige mögliche Perspektiven benennen. Dabei soll der Text nicht mehr sein als ein möglicher von verschiedenen Anknüpfungspunkten für die De-

rufs und die Anbiederung an die Stadt Köln oder die Polizei hin, obwohl diese mit den typischen, üblen Methoden der NGOs durchgesetzt wurden (Androhung von Geldentzug usw.). Nicht viel besser sah es im linksradikalen Bündnis aus, wo ebenfalls wenige Gruppen einen klaren Dominanzanspruch hatten und diesen nach allen Regeln der Kunst (Ausgrenzung, Nichtinformation anderer Gruppen usw.) durchsetzten.

2. Desorganisation: Wer immer zwei Stunden zu spät kommt, kann keinen Einfluß nehmen

Der ohnehin vorhandene Unwille zu einer prägenden Rolle innerhalb politischer Bewegung wird in der Wirkung noch gesteigert durch die Art, wie dann in Ausnahmen doch an zentralen Prozessen teilgenommen wird. Ständiges Zu-spät-Kommen, keinerlei Überblick über Tagesordnungen, Hintergrundinformationen usw. machen selbstorganisierte Gruppen oft zu unorganisierten Einzelpersonen, die in Besprechungen nur wenig einbringen können.

Folge: Zentrale Organisationseinheiten teilen die durch Unorganisation willfährigen autonomen Gruppen nach ihren Vorstellungen oft einfach ein.

Beispiel Köln: Selbstorganisierte Gruppen waren in den beiden bundesweiten Bündnissen nur Beiwerk. Die zentralen Entscheidungen fielen in anderen Runden, wo die zentralen Organisationen (Ökoli & Co. im linksradikalen Bündnis, WEED, Euromarsch & Co. in Köln 99) allein schalten und walten konnten. Aus selbstorganisierten Gruppen gab es kaum oder gar keine Gegenpositionen oder organisierte Kritik.

3. Ein-Punkt-Bewegungen bilden keine Gegenmacht von unten

Einfache Feindbilder mobilisieren, für alles andere fehlt der Wille zur politischen und strategischen Auseinandersetzung. Als Schlüsselreiz funktionieren vor allem glatzköpfige Faschohorden (während die Auseinandersetzung mit dem faschistoiden Kern der Gesellschaft selten ist) oder gutbewachte Castorbehälter, zum Teil überhaupt die martialisch aufgerüstete "Bullerei". Aktionen gegen solche Symbole oder offen sichtbaren Extreme sind wichtig. Aber sie sind auch einfach und gefährden den Kern dieser Gesellschaft nicht. Darin dürfte einer der Gründe liegen, warum der Staat bis auf Übergriffe während der Aktionen autonome Gruppen nicht nur weitgehend in Frieden läßt, son-

5. Anarchie und autonome Aktionen sind meist nicht mehr als der Bruch zwischen Jugend und Etablierung

Für die meisten Menschen endet der radikalpolitische Abschnitt im Leben so abrupt, wie er begonnen hat. Politik hat wenig mit tatsächlichem Veränderungswillen zu tun, meist setzen sich selbstorganisierte Gruppen genauso wenig wie etablierte Organisationen mit alternativen Entwürfen für eine Gesellschaft von unten, die eigene Gruppenstruktur oder auch das eigene Leben auseinander.

Folge: Eine klare politische Kritik fehlt oder wird nicht öffentlich genannt (siehe Punkt 3), wodurch der politischen Arbeit eine wichtige Wirkung genommen wird. Innerhalb der Gruppen spiegeln sich meist die klassischen Dominanzstrukturen der "normalen" Gesellschaft wieder: MacherInnen und AbhängerInnen/MitläuferInnen, Männer und Frauen, Ältere in der Dominanz zu Jüngeren usw. Am schwerwiegendsten macht sich der Mangel im privaten Leben bemerkbar. Meist führen Menschen aus autonomen Zusammenhängen genauso ihr Leben auf der Grundlage der Zerstörung und Ausbeutung an anderen Orten wie die FunktionärInnen etablierter Organisationen – zumindest tritt das mit zunehmendem Alter verstärkt sich das, bis der Lebensweg ganz in der bürgerlichen Normalität endet.

Perspektiven

1. Vielfältige, selbstorganisierte Aktionskonzepte durch- und umsetzen

Köln war Scheiße – jedenfalls im Großen und Ganzen. Das Wenige, was davon abwich, waren selbstorganisierte Einzelaktionen (Parteibürobesetzung oder Besetzung eines autonomen Zentrums) und bestätigten zum einen eher die Regel, zeigten aber, daß solche Aktionskonzepte viel eher öffentlich wahrgenommen und diskutiert werden als die großen, zentralistisch organisierten Abläufe. Während die 30.000-Leute-Demo kaum und die linksradikale Demo bundesweit kaum in den Medien erschienen (die politischen Aussagen schon überhaupt nicht – was teilweise auch besser so war angesichts von Appellen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen z.B. beim Auftakt am 29.5.), konnten die kleinen Aktionen am Rande immerhin eine gewisse Aufmerksamkeit erringen.

Diese Logik ist auch aus anderen Zusammenhängen bekannt. Als Beispiel führe ich die Anti-Atom-Bewegung an. Das beste und wertvollste, was dort entwickelt und dann breit akzeptiert wurde, was das Konzept einer Aktionsvielfalt ("Streckenkonzept"), nach dem verschiedene Gruppen die ihnen lie-

für die politische Arbeit. Rein private Häuser oder Plätze sind privat und damit nicht-politisch – egal ob sie von BänkerInnen oder Anarcha/os bewohnt werden! Das Private ist wichtig, aber es ist nicht politisch!

Es muß unser Anliegen sein, an unabhängigen Orten Arbeitsmöglichkeiten für politische Gruppen, selbstorganisierte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit usw. zu schaffen: Medienwerkstätten, Bibliotheken und Archive, technische Infrastruktur, Werkstätten und mehr in jedem Ort!!!

Durch geschickte Formen kollektiver Verfügungsgewalt über die politischen Räume müssen diese auf Dauer vor Privatisierung und Kommerzialisierung geschützt sein – also im Zweifelsfall müssen wir sie auch vor uns selbst schützen, da wir davon ausgehen müssen, daß jedeR von uns zu der Mehrheit politisch Aktiver gehört, die nach einiger Zeit politischer Arbeit etablieren und dann das mit politischen Zielen Geschaffene für die eigene Lebensidylle bzw. -absicherung nutzen wollen.

b. Medien und Veranstaltungen

Der inzwischen fast abgeschlossene Niedergang selbstorganisierter Medien nimmt uns eine wichtige Möglichkeit der Einflußnahme in das gesellschaftliche Geschehen. Als Alternativen bleiben einem nur noch die Anbiederung an die bürgerliche Presse (deren Ausrichtung der Krieg gegen Jugoslawien nicht veränderte, wohl aber mal wieder besonders deutlich machte!) oder der Rückzug in eine Nische ohne Wahrnehmung von außen.

Dabei ist unsere Gesellschaft eine Mediengesellschaft. Viele grundlegende Ideen lassen sich nicht auf Spucki oder Plakat unterbringen. Daher müssen wir wieder eigene Zeitungen, Radioprojekte (legal oder illegal ist scheißegal, wichtig ist: selbstorganisiert und politisch) und auch Bildungsarbeit organisieren – von Einzelveranstaltungen bis zu Ideen wie Volkshochschulen von unten u.ä.

Auch bei Aktionen können zeitlich befristete Zeitungen oder ein Piratensender bzw. ein Kanal im vorhandenen Radio sinnvoll sein. Wir haben gute Ideen – aber niemand bekommt es mit!

c. Betriebe, Verlage usw.

Was für Medien gilt, kann auch für Betriebe im allgemeinen gelten – von Verlagen über Kneipen bis zum Kino. Betriebe sollten als politische Plattform begriffen werden. In vielen Kommunen oder ähnlichen Projekten dienten Betriebe vor allem der finanziellen Absicherung der AkteurInnen. Nur wenige Jahre später waren sie eine Ansammlung von kommerziellen Einheiten zum

me Wohn- und Lebensformen entstehen, die die einzelnen Menschen herauslösen aus den Zwängen der Normalität und ihnen damit erst die Freiheit geben, Leben und politisches Engagement sowie auch das Ausprobieren alternativer, u.a. herrschaftsfreier Zusammenlebensformen zu verbinden. Die bisherigen Versuche (Kommunen, Ökodörfer, Öko-WGs, Wagenplätze usw.) konnten den Prozeß nicht aufhalten, da mit zunehmendem Alter von Personen und Gruppen der Hang zu Absicherungen, mehr Luxus und Einnischung in die Normalität nicht durch ein positives Gegenmodell aufgehoben wurde. Hier gilt es, eine strategische Debatte zu führen. Alternative Lebensprojekte müssen Willen und Fähigkeit der Einzelnen zur Auseinandersetzung mit der Gesellschaft erhöhen und selbst Plattform dazu sein. Dumpfe Rückzugsprojekte, legitimiert über "unsere Existenz ist politisch", "echte Veränderung kommt von innen" oder den Glauben an spirituelle bis esoterische Kräfte, sind entpolitisierend und befrieden kritisches Potential. Was wir brauchen sind Projekte, die Gegenmodelle darstellen, sich öffentlich zeigen und reiben an der Realität, sich selbst als politische Speerspitze einer Veränderung und Teil politischer Bewegung begreifen – und trotzdem nicht eine unverbindliche WG ohne langfristige Perspektive für die Einzelnen sind, wo es sich für die paar Jahre der Unzufriedenheitsphase vor der Etablierung aushalten läßt, aber mehr auch nicht.

4. In politische Bewegung einmischen

Aktionen, Zeitschriften, Veranstaltungen und mehr sind Teil der politischen Arbeit. Unsere Positionen haben fast überall ein Schattendasein. Nur selten kümmern sich Menschen auch schon in der Vorbereitung darum, daß Aktionen, Zeitschriften, Veranstaltungen u.ä. basisdemokratisch bzw. nach Autonomiestrategien organisiert werden (positives Beispiel: Bemühungen einzelner (!) Personen aus verschiedenen selbstorgansierten Gruppen im Jugendumweltbereich, Kongresse radikalpolitisch und selbstorganisiert zu gestalten, z.B. JUMJA; schlechtes Beispiel: Köln). Autonome Strategien und Inhalte sind es wert, prägend zu sein für politische Bewegung und sich als durchsetzungsfähig gegenüber reformistischen bis kapitalismuskompatiblen Positionen, vor allem aber gegenüber herkömmlichen Organisationsmodellen in Bündnissen zu erweisen. Dafür aber müssen selbstorganisierte Gruppen sich in die politischen Zusammenhänge, Medien, Netzwerke und Aktionen einmischen, um ihre Vorstellen politischer Organisation dort einzubringen.

5. In gesellschaftliche Prozesse einmischen

Emanzipatorische Politik steht heute sehr stark am Rande der Gesellschaft,

chen. Nicht die anderen Personen auf den Podien oder die VeranstalterInnen sind unsere Zielgruppe (Kritik an ihnen kann daher auch kein Grund der Verweigerung von Debatten sein!), sondern die Menschen, die zu solchen Veranstaltungen kommen. Sie der "anderen Seite" zu überlassen, ist schlicht dumm!

6. Modelle und Kristallisationspunkte schaffen

Kaum eine politische Idee wird ohne Symbolik durchsetzungsfähig sein. Symbole können der Aufhänger für die Kritik am Bestehenden oder dem Entwurf neuer Ideen, Konzepte oder Visionen dienen – im Einzelfall sogar für beides. Sie haben vielfache Bedeutung für die politische Arbeit:

- als Mobilisierungspunkt, an dem die verschiedenen Gruppen, die sonst "nur" auf ein Thema spezialisiert sind, zusammen agieren und so Kräfte bei den umfassenden Zielen bündeln.
- als öffentlich wahrnehmbares Modell für Alternativen oder Symbol für die aktuelle Normalität, d.h. die Herrschaftsformen, Ausbeutungsstrukturen u.ä.
- Bündelung verschiedener politischer Stoßrichtungen, um gemeinsame Ziele zu formulieren.

Beispiele für folche Modelle und Kristallisationspunkte können die besonderen Symbole von Herrschaft und Ausbeutung sein (Knäste, SpitzenpolitikerInnen-Gipfel, thematisch passende Veranstaltungen, Knäste, Wahlen, Banken, großtechnische Baustellen oder Objekte, Expo 2000). Ebenso können es positive Modelle sein, also Visionen, Versuche alternativer Projekte mit politischen Zielen und als ein Kern politischer Bewegung usw. Solche gemeinsamen Aktionen ersetzen nicht die weiter notwendigen Ein-Punkt-/Ein-Themen-Gruppen und -Initiativen, sondern bieten die Chance zum gemeinsamen Agieren – beides zusammen ergibt die sinnvolle Mischung.

7. Die Debatte anzetteln

Eine Debatte um Strategien muß selbstkritisch sein, d.h. schonungslos aus eigenen Erfolgen und Fehlern lernend. Sie kann und sollte auf die Erfahrungen aus den vielen Jahren selbstorganisierter politischer Arbeit schöpfen, aber nicht daran kleben. Die autonome Politik hat zur Zeit nicht nur gegenüber der herrschenden Politik und Normalität das Nachsehen, sondern auch gegenüber der Art nichtautonomer politischer Arbeit, wie sie von den etablierten, meist staats- und oft wirtschaftsnahen Verbänden (neudeutsch: NGOs) betrieben wird. Autonomie bzw. Selbstorganisation ist aber nicht das reine Wegbleiben von Strategie – genausowenig wie Anarchie nur das Wegfallen des Staa-

Keine Grenze ist für immer...

Landtagskandidat NPD, Delegierter in Mulda

Strathausen, Detlef — Bautzner Str. 48
Inhaber der Kneipe „Knobelbecher“ im selben Haus; er selbst sowie die BesucherInnen seiner Kneipe gehören zum NPD-Umfeld

NPD-Immobilie — Rothenburger Str. 52
wird gerade instandgesetzt; inzwischen wohnen da auch Leute drin
Besitzer: Erwin Kemna, Waldweg 14, 49549 Ladbergen (bei Steinfurt/NRW), Delegierter beim NPD-Bundesparteitag in Mulda; Verwalter: Michael Kubitzki

Zittau

Janik, Gregor — Neißstr. 9
Rechtsanwalt (Kanzelei: Johannisstr. 2)
seit Bundesparteitag im Februar 1998 in Stavenhagen im NPD-Bundesvorstand; Delegierter in Mulda

Hiekisch, Torsten
Kreisschatzmeister und Pressesprecher des NPD-Kreisverbandes Löbau-Zittau, koordiniert unter seinem Pseudonym „Kravallo“ die Internet-Aktivitäten des KV .
(http://home.t-online.de/home/npd_kv_loebau_zittau/start.htm)

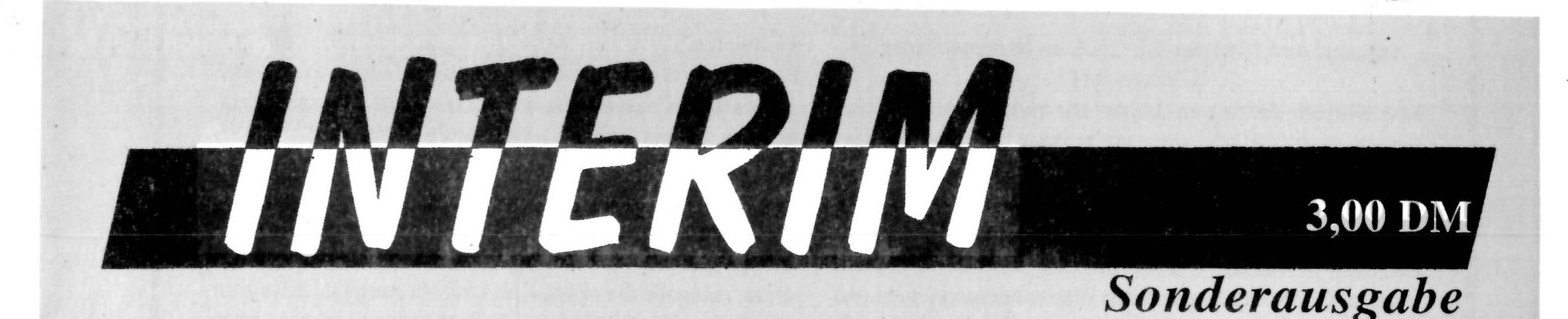
Zimmermann, Torsten
02788 Hirschfelde (nördlich von Zittau), (ex-)Vorsitzender NPD-KV Löbau Zittau, nach Informationen der „Frente“ aus Leipzig ist dies nun Janik, Gregor

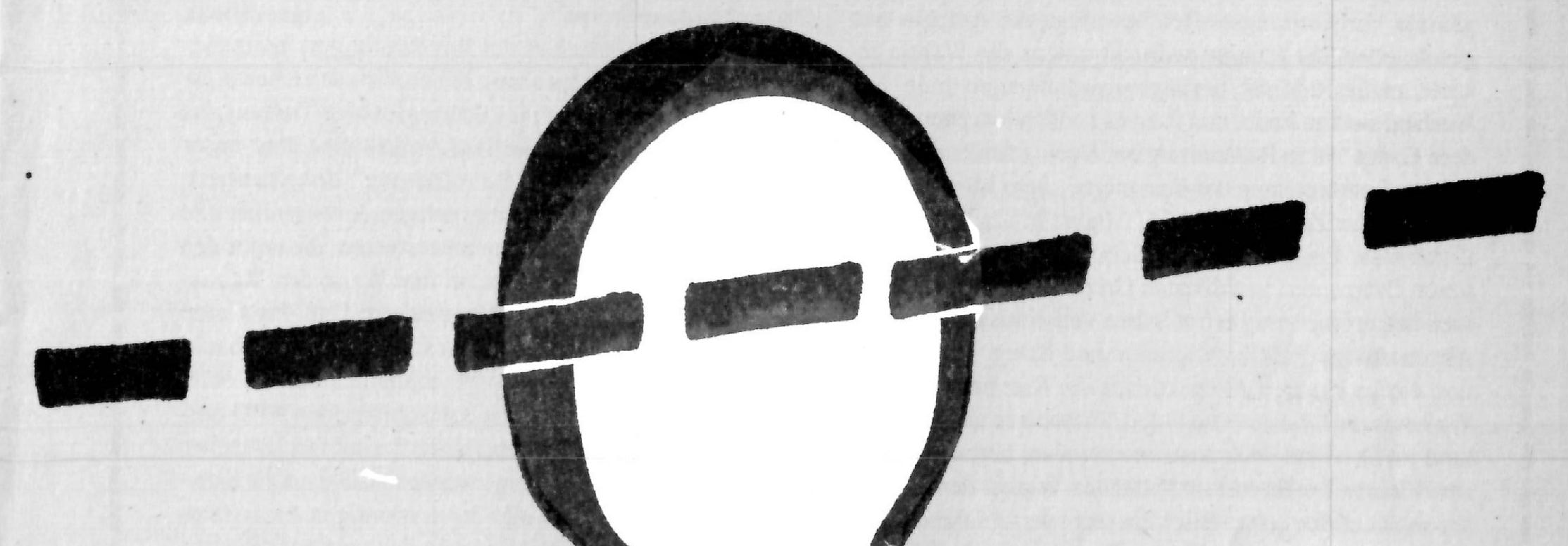
Wittmann, Rene
02788 Hirschfelde, seit der Kommunalwahl im Juni im Gemeinderat von Hirschfelde

Fascho-Strukturen

Die ostsächsischen Kreise, besonders Löbau-Zittau und Görlitz gelten als Paradebeispiele rechter, nicht nur kultureller Überlegenheit. Schon frühzeitig konnten sich hier Nazistrukturen gründen (z.B. Nationaler Jugendblock e.V., gegründet 4.1.1992) und durch kontinuierliche Arbeit in Form von politischen, kulturellen sowie kriminellen Aktionen in den letzten Jahren die Vorraussetzungen zur Erklärung einer „national befreiten Zone“ schaffen.

Zu Beginn der neunziger Jahre existierten in Städten wie Bautzen (Steinhaus) und Zittau (Milchstraße) noch größere, autonome Zusammenhänge antifaschistischer / antirassistischer Personen, deren Anzahl sich in den letzten Jahren - z.T. unter dem Druck, aber auch durch die „Attraktivität“ des rechten Spektrums - auf eine Handvoll reduziert hat. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Häufig spielten und spielen dabei brutale, gewalttätige Übergriffe (Jugendclubs, Vereinshäuser, Wohnungen und Einzelpersonen) eine wesentliche Rolle. Der NPD-Kreisverband Löbau-Zittau gehört zu den aktivsten Kreisverbänden in Sachsen. Neben regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen wie Demonstrationen („Holger Müller-Trauermarsch“, jährlich Anfang Juli), Diskussionsrunden („Runder Tisch“ in Zittau), Mitgliederversammlungen (u.a. Gäste, Vorträge) und weiteren „kulturellen Höhepunkten“, bieten sie auf ihrer ständig aktualisierten Internet-Homepage die Möglichkeit, zu aktuell-politischen Themen „Stellung“ zu beziehen,





Keine Grenze ist für immer...

Auf, auf und Mut zur LÜCKE im Sommercamp in Lückendorf !

Mit diesem Heftchen könnt ihr nun starten in das Grenzcamp `99. Zu allererst kommt ein kleiner Einführungstext, dem folgen ein paar weitere Texte zu Inhaltlichen Fragen und zum Schluss kommen Schriftwerke zu der Umgebung und zur Lage vor Ort. In der Mitte befinden sich 3 Karten. Um sie bestmöglich zu verwenden müsstet ihr die mittleren beiden Blätter herausnehmen und dann Karte 1 oben an Karte 2 anlegen, et voila, dann paßt auch 3 an 4!

So, ein paar Diskussionen sind geführt, mehrere überregionale Vorbereitungstreffen bewältigt, die Aufrufe sind geschrieben, die Plakate gedruckt und an die Wände geklebt, an die 30 Mobilisierungsveranstaltungen im In- und Ausland sind zu Ende, nun kann es endlich losgehen: Nach dem Camp '98 in Rothenburg bei Görlitz findet das diesjährige Sommercamp der Kampagne „kein Mensch ist illegal“ in der Zeit vom 7. - 15. August in Lückendorf bei Zittau statt. Passend zum 10. Geburtstag des an den deutschen Ostgrenzen installierten Grenzregimes und den aktuell in Europa wenig erfreulichen Verhältnissen zwischen Abschottungs-Politik, Migration und Krieg. werden sich dort einige Hundert AktivistInnen der Kampagne treffen.

Wo heute die Grenzen von Polen, Tschechien und Deutschland im Dreiländereck zusammenstoßen, herrscht an diesem kleinen Luftkurort im hintersten Winkel der Bundesrepublik auf den ersten Blick ein recht verschlafenes Idyll. Zunächst kann man den Eindruck gewinnen, als ließe sich wenisgstens hier endlich einmal in aller Ruhe ausatmen. An der Grenze stehen zwei Blumenkübel aus Beton und motivieren.

Es gibt also für uns alle Grund genug, zu dieser Praxis und diesen Verhältnissen, die wir auch in einem kurzen Artikel zum „Grenzregime“ näher beschreiben, ein deutliches NEIN zu formulieren. Konzerte und Parties, Umzüge und Prozessionen, Kommunikationsguerilla und möglichst direkte Störaktionen werden den aktionistischen Rahmen des Camps bilden. . Dabei werden euch die vielen Karten in dieser Ausgabe die praktische Orientierung in der Region erleichtern. Hinsichtlich der Außenwirkung soll das Camp dazu dienen, an einer der Schnittstellen des herrschenden Ausbeutungsgefüges die behördlich mit einem immensen Propagandaaufwand geschürte Denunziationsbereitschaft.der Bevölkerung zu denunzieren. In diesem Zusammenhang haben wir auch einen Ausriß aus einem Protokoll eines überregionalen Treffens aus dem Februar `99 in der Berliner Volksbühne über unser „Verhältnis zur örtlichen Bevölkerung“ dokumentiert.

Wichtig ist uns, mit unserer einmaligen Anwesenheit alle diejenigen Leute „vor Ort“ zu unterstützen, die unter den dort gegebenen Verhältnissen auf ihre Weise dem Rassismus und den Rassisten widersprechen. Daß das Camp zwischen der Kommunal- und der Landtagswahl in Sachsen stattfinden wird, und das benachbarte Zittau zu einer der logistischen Zentren der neofaschistischen NPD ausgebaut wurde, wird das Camp Plänen der antifaschistischen Kräfte vor Ort zufolge um eine weitere aktionistische Komponente bereichern. Um alle diese wichtigen Aktivitäten zu unterstützen haben wir für euch auch ein paar Rechtshinweise ausgebreitet. Sie werden uns allen helfen, uns ein wenig besser in dieser Region zurecht zu finden, und

...Rassisten auf die Finger!

Zittau	Polizeirevier	Haberkornplatz 2 03583/62-0
Justiz		
Bautzen	Justizvollzugsanstalt	Breitscheidstr.4 03591/5890 Fax: 03591/42239
	Staatsanwaltschaft	03591/3610·
Görlitz	Amtsgericht	Postplatz 18 03581/469-0 Fax./469-299
	Landgericht	Jakobstr. 4a 03581/4846-0 Fax./4846-66
	Staatsanwaltschaft	Obermarkt. 12 03581/46960 Fax:/469800
	Justitzvollzugsanstallt	Postplatz 18 03581/46230-0
Zittau	Amtsgericht	Lessingstr.1 03583/759100 Fax: 03583/759030
	Staatsanw. Görlitz (ZwSt)	Lessingstr.1 03583/759100
	Geschäftsstelle	03583/759211
Bundeswehr		
Bautzen	Kreiswehrersatzamt	K. Kollwitz-Str.15 03591/607066
Nochten	Truppenübungsplatz	Muskauer Forst 035774/246601
	Muskauer Forst	
Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge		
Niesky/Kollm		Jahmener Weg 4 03588/2620 Fax: 03588/262199
Bündnis 90/Die Grünen		
Bautzen	Kreisverband	Hohengasse 11
Weißwasser	Kreisverband Schlesien	03576/208098
Zittau	Kreisvorstand	03583/704864
Gemeinde-/Stadtverwaltungen:		
Zittau	Landratsamt Löbau-Zittau	Hochwaldstr. 29 03583/720 Fax.: /721100
	Stadtverwaltung	Am Markt 1 03583/7520 Fax.:/510370
Ebersbach		Reichstr. 1 03586/763-0
Eibau		Hauptstr.62 03586/7804-0
Görlitz	Stadtverwaltung	Untermarkt 6 03581/67-0 Fax.:/405135
Jonsdorf		Auf der Heide 11 035844/70627
Lückendorf	Bauhof	Oberaue 3a 035844/72810
	Kultur/Erholungswesen	035844/72812
Neugersdorf		Hauptstr. 39-41 03586/7808-0 Fax.:/7808-50
Ostritz		Markt 1 035023/884-0 Fax.:/86584
Oybin		Freiligrath Str. 8 035844/70224
Seifhennersdorf		Rathausplatz 1 03586/4515-10
Sonstiges		
Zittau	Lockalnachrichten Verlag	Neustadtstr.16 03583/700070

Keine Grenze ist für immer...

Die Touri - Infos

Hier also die langersehnten touristischen Urlaubsziele. In Zittaugibt es wirklich einige wunderschöne Sachen zusehen, Anziehungspunkt für viele, vielleicht auch für uns. Z.B: gibt es im bunten Städtchen Zittau den Marktplatz, der laut Prospekt italienisches Flair verbreitet, leider auch, wenn sich hier hin und wieder mal ein paar Nazis rumtreiben. Ziehen wir weiter durch die Innenstadt, kommen wir weg von dem nach Schinkels Plänen erbautem Rathaus hin zu einem weiteren alten, aus dem 16. Jahrhundert stammenden Gebäude, dem sogenannten Salzhaus. Verlassen wir dieses gibt es noch die altehrwürdige Blumenuhr, ein Kleinod Zittauer Gartengestaltung, mit ihrem Meißner Porzellanglockenspiel. Ebenso sehenswert ein weiterer Schinkelbau, die Hauptkirche von Zittau, die Johanniskirche. Von Ihrem Turm bietet sich ein wunderschöner Blick auf Zittau und die angrenzende Umgebung. Doch genug von diesen Gebäuden, hin zu den wahren Attraktionen des städtischen Lebens, denn es gibt ja zur Zeit zwei attraktive Veranstaltungen, für die sich die Reise schon lohnt. Die erste ist die Ausstellung des „Großen Zittauer Fastentuchs 1472" in der restaurierten Kirche zum heiligen Kreuz. Zu bestaunen ist ein eindrucksvolles textiles Kunstwerk der abendländischen Überlieferung. Öffnungszeiten sind täglich außer Montags von 10.00 bis 17.00 Uhr. Wer das heilige Stück Stoff sehen will, muß jedoch Eintritt zahlen, aber es gibt immerhin eine Gruppenermäßigung ab 10 Personen. Wen dies nicht so sehr anspricht, der/die kann sich auch ein weiteres Kunststück der Zittauer

		03581/48230
Hirschfelde	Grenzschutzamt Frankfurt (Oder)	
Rosental	Kaserne des BGS	Waldweg
		035843/26101
Hochkirch	Grenzschutzfliegerstaffel Ost	035939/8260
Löbau	Grenzschutzamt Frankfurt (Oder)	03585/860823
	Grenzschutzamt Pirna	03585/832322
Neugersdorf	Grenzstelle	03586/702006
Ostritz	Grenzschutzamt Frankfurt/O.	Bahnhofstr.
		035823/86880
Pechern	Grenzschutzamt Frankfurt (Oder)	035775/4080
Podrosche	Grenzübergang	035775-40137
Rothenburg	Grenzschutzamt Frankfurt (Oder)	
	Grenzschutzstelle	Friedensstr. 154
		035891/482-0
Seifhennersdorf	Grenzschutzstelle	Rumburger Str. 143
		03586/45010
		03586/404751
Zittau	Grenzschutzamt Frankfurt/O.	Chopinstr.
		03583/77080
	Grenzübergange	Friedensstr.
		03583/681007
		03583/681008
		Friedensstr.35d
		03583/683050
	Bundesgrenzschutzamt	Bahnhof
		03583/510507

Grenzübergänge um Zittau

	nach Tschechien	Hartau (FußgängerInnen)
		Friedensstr. (PKW und FußgängerInnen)
	nach Polen	Friedensstr. (PKW und FußgängerInnen)

...Rassisten auf die Finger!

Programm

Motto. Das der Tod uns lebendig findet, und uns das Leben nicht tot. Dem Rassismus und den Rassisten auf die Finger ! Energisch gegen den Normalzustand!

*

Samstag, den 7.8.99 Move the borderline!
Umzüge auf beiden Seiten der Grenze: Mit Lautsprecherwägen,
Soundsystems, deutschen und polnischen DJ's

*

Sonntag, den 8.8.99 Auf freiem Feld
Eröffnungsplenum unter dem Motto. „Was heißt: kein mensch ist illegal?"
Außerdem: Diskussionen und Auseinandersetzungen über Europa und den Krieg.

*

Montag, den 9.8.99 Tag der Flüchtlinge
Flüchtlinge berichten über die Barbarei der Grenzregime

*

Dienstag, den 10.8.99 Keine Grenze überall
Spektakuläre Neueröffnungen von unbewachten Übergängen

*

Mittwoch, den 11.8.99 Tag des Zorns
Ein Jahr nach dem Unfall in Freiberg / „Auch hier wurden Kosvo-Albaner gejagt": Aktionen gegen die

Position, die Menschen in der Grenzregion verkörperten „den rassistischen nationalen Konsens (...) durchaus bewußt", weshalb die Camp-TeilnehmerInnen eine Konfrontation mit ihnen erzwingen müßten, trat die Kritik gegenüber, eine solche Position verneine die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung vorab und organisiere ein Verhältnis zu den Verhältnissen, durch das lediglich die Grenze zwischen 'denen' und 'uns' bestätigt und verschärft werde. Der Begriff „rassistisch nationalistischer Konsens" wurde nach diesen Einwänden präzisiert: Hiermit sei nicht eine Totale - im Sinne von: alle sind RassistInnen - gemeint, sondern eine Hegemonie rassistischer und nationalistischer Positionen. Weitgehende Einigkeit bestand darüber, daß es in den Grenzregionen - wie überall sonst auch - Leute gibt, die nicht rassistisch sind und Unterstützung gegen den verbreiteten Rassismus gebrauchen können. Wahrscheinlich - so wurde angemerkt - gibt es auch Widersprüche, die mitten durch die Leute hindurchgehen. Es ist auch denkbar, daß Leute, die rassistisch reden, gleichzeitig Auffassungen haben, die zu ihrem eigenen Rassismus in Widerspruch stehen. Insofern muß es darum gehen, den *Rassismus* anzugreifen und nicht einfach die *Leute* in der Grenzregion.

Es gab eine Diskussion, ob die Leute im Grenzgebiet rassistischer sind als an anderen Orten in der BRD. Es wurde - wohl zurecht - die Frage gestellt, ob die Bevölkerungen in den westlichen Ländern nicht ebenso rassistisch sind wie im Osten. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern die Grenznähe diesen Rassismus

Keine Grenze ist für immer...

dargelegt und der Rahmen, in dem sich die Aktionen bewegen sollen, festgelegt wird. Vorgaben darüber gemacht werden, welche Art von Aktionen nach Auffassung der Vorbereitung in Ordnung sind, und welche nicht in Ordnung sind. Bis zum nächsten Treffen wurde die Diskussion über diese Vorgaben in die Strukturen zurückgegeben. Darüber hinaus ist völlig klar, daß politische Aktionen, sobald sie Widerstand gegen staatliches Handeln ins Auge fassen, mit der „Gewaltfrage" konfrontiert sind. Schließlich „geht alle Gewalt vom Staate aus". Und wer sich in vom Staate nicht vorgeschlagenen Formen der Staatsgewalt entgegenstellt, muß mit dieser vom Staate ausgehenden Gewalt rechnen. Aber generell gilt sowieso, daß alle, die Politik machen, über ihre eigenen Gewaltformen (Streik, Anschreien, Stören, Provozieren sind auch Formen von 'Gewalt') nachdenken müssen. Einigkeit wurde darüber erzielt, daß differenziert geredet und gehandelt werden sollte, das heißt, daß die jeweiligen Aktionen und Auseinandersetzungen sich in ihrer Ausrichtung an den jeweiligen AdressatInnen, politischen Zielsetzungen und Situationen orientieren sollen.
Deutlich wurde, daß das Sommercamp '99 sich weniger als das Camp im letzten Jahr mit einem 'Minimalkonsens' begnügen wird, der gemeinsame Aktionen möglich macht, aber weitergehende Auseinandersetzungen zwischen den auf dem Camp vertretenen Positionen möglichst vermeidet. Eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Positionen - wie z. B. die oben genannte in Bezug auf Vermitteln und Konfrontieren - ist gewünscht. Es soll auch möglich sein, Scheinklarheiten aufzuklären und Grenzen

Radio. Jenseits der Grenzen und der ferngesteuerten Hörgewohnheiten. Sinnlos und dazu noch umsonst. Diese handelnden Personen sind daran zu erkennen, dass sie immer mit irgendwelchen Geräten hantieren oder gar nichts tun; Debatten führen, Fragen stellen, Mikrofone mit sich herumtragen, vielleicht auch Audiocassetten ausleihen und vergessen sie zurueckzubringen. Aus der Sicht der (informierten) Macht trudelt das [camp99radio] sehr chaotisch; das macht aber nix, „denn deren Chaos ist schliesslich nicht unser Chaos, so wie deren Ordnung nicht unsere Ordnung ist." (Agentur Bilwet) Salut, Andre Simon, Genc Greva, Gregor Mers und andere

---

Tips und Tricks, um gegen die Polizei und den Bundesgrenzschutz „die Nerven „ zu behalten

Da es das politisch begründete Recht der Camp-TeilnehmerInnen ist gegen den Rassismus so zu demonstrieren, wie sie es für richtig befinden, kann es passieren, daß Polizei oder Bundesgrenzschutz versuchen uns „ins Handwerk" zu pfuschen. Das finden wir zwar überhaupt nicht richtig, kann aber dazu führen, daß wir im Zusammenhang mit unseren Aktionen festgenommen werden können. Sollte das passieren, dann geht's vor allem um eins gegenüber dem Repressionsapparat:

Die Nerven behalten, die Klappe halten und nicht

...Rassisten auf die Finger!

mit seinen zwei Pensionen „Haus Schlesien" und „Haus Pommern" in der Bahnhofsstr. 2-4 in Ostritz.

Im nördlich von Görlitz gelegenen Niesky ist Udo Hempel (Wohnung: Rosenstr.19a), bis zu dessen Verbot Kader des Vereins „Die Nationalen", nun „Bundesführer" des „Jungnationalen Spektrum"/"Jungnationale Aktion" (jns/jna). Aus diesem Kreis stammt auch die konspirativ hergestellte Nazi-Zeitschrift „Die Kameradschaft". Hempel veröffentlichte nicht nur dort, sondern war auch Korrespondent für Sachsen der Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ) bzw. deren Regionalausgabe „Mitteldeutsche Rundschau". Hempel nahm am 3.7.99 im Braunhemd am Aufmarsch der NPD in Zittau teil.

In Görlitz hat der örtliche Kreisverband der NPD (Görlitz/Schlesien), dafür gesorgt, daß wie in Zittau andere Naziparteien praktisch bedeutungslos geworden sind. Seit der Gründung im Mai 1996 sorgte der KV immer wieder durch verschiedene kleinere Aktionen für Aufmerksamkeit. So forderte der Vorsitzende des KV Jürgen-Uwe Krumpholz (Sonnenstr.11) zusammen mit seinen Kameraden auf einem Transparent „Freiheit für Günter Deckert!" - am 9. November des vorigen Jahres vor der Görlitzer Synagoge...

Die Görlitzer NPD verfügt seit 1996 über eine eigene Immobilie auf der Rothenburger Str. 52. Eigentümer des Hauses ist Erwin Kemna aus Ladbergen (Waldweg 14). Die Funktion des Hausverwalters übt der Görlitzer NPD-Kader Michael Kubitzki (Steinweg 10) aus.

der Region ausradiert. Vor der Wende galt Zittau als Zentrum der Textil- und Textilmaschinenindustrie. Davon blieb fast nichts übrig: von ehemals 5.000 Beschäftigten des VEB Oberlausitzer Textilbetriebe blieben 300. Doch dies ist im Osten nichts Ungewöhnliches. Seit der Wende ist die Produktion auf unter 70% des Niveaus von 1989 gesunken, 85 % der Industriearbeitsplätze fielen weg. Bürgerliche Wirtschaftsforscher gehen davon aus, daß bis 2010 jeder Dritte Ostdeutsche arbeitslos sein wird. Zittau und Umgebung werden auch in Zukunft als strukturell abgekoppelte Region von staatlichen Zahlungen und damit auch einer zunehmenden Deregulierungs- und Spardynamik abhängig sein. Während die Kosten für Lebenserhaltung (Alltagsbedarf, Strom, Mieten) wie überall steigen werden, werden sich die Bedingungen von staatlichen Zahlungen weiter verschlechtern. Sozialhilfezahlungen werden stärker als bisher an verschiedene Formen des Arbeitszwangs gekoppelt, die versprochene Rentenangleichung auf Westniveau wird auf halben Wege gestoppt und auch wer einen Job hat, kann keinesfalls mit Tariflöhnen rechnen. Ausnahmen bilden dabei höchstens ein paar kommunale Verwaltungsangestellte, der BGS und die Polizei - und selbst die rekrutieren nur zum Teil junge Männer der Umgebung.

Doch Not macht erfinderisch - zumindest die Lokalpolitik: Wenn es mit dem Aufschwung Ost nicht klappen will, so reicht der Einfallsreichtum der Entscheidungsträger immer noch für nette Prestigeobjekte, die ein Lächeln auf die Gesichter der Ostdeutschen zaubern sollen. Mit kurz-

Keine Grenze ist für immer...

Fascho-Aktivitäten rund um Zittau

Es sind keinesfalls immer nur die zahlreichen touristischen Attraktionen und die reizvolle Landschaft, die in überregionalen Medien für Schlagzeilen über Zittau und Görlitz sowie das Umland beider Städte sorgen - neben der Repression gegen TaxifahrerInnen wurde in den letzten Monaten wiederholt über Nazi-Aktivitäten in der Region berichtet.

Zuletzt erregten die Vorfälle während des Zittauer Stadtfestes vom 9.-11.7. diesen Jahres Aufmerksamkeit. Am 9.7. überfielen ca. 50 Nazis eine Party des schwul-lesbischen Vereins Rosa-Power e.V. im Zittauer Rathauskeller, entwendeten die Kasse und verprügelten die anwesenden Gäste - drei der Opfer mußten mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. AugenzeugInnen zufolge kamen die meisten der Angreifer aus Zittau. Die Polizei hatte trotz eines vereinbarten Codewortes nach dem Eingehen des Notrufes zunächst nur einen Streifenwagen geschickt, der für das Rathaus zuständige Wachschutz hatte mit dem Auftauchen der Nazis das Weite gesucht. Am folgenden Abend griffen ca. 80-100 Nazis das alternative „Cafe Emil“ an. Vier Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, das „Emil“ wurde komplett entglast und vier Autos beschädigt. Die nach und nach angerückte Polizei nahm 51 Nazis fest. Beobachter des Geschehens gehen davon aus, daß der Angriff eine organisierte Aktion war. Die Nazis hätten mit einem Funkscanner den Poilzeifunk abgehört und sich über Handies abgesprochen.

Wittman für die Partei im Gemeinderat.

Bereits seit 1992 existiert in Zittau der der Nationale Jugendblock e.V. (NJB).

Dieser bekam von der Stadt das Haus auf der Südstr.8 zur Verfügung gestellt. Razzien des Staatsschutzes förderten dort regelmäßig Nazi-Propagandamaterial zu Tage. Das Haus wird nach wie vor ausschließlich von Nazis frequentiert, für deren Betreuung SozialarbeiterInnen (akzeptierende Jugendarbeit) sorgen. Es ist davon auszugehen, daß es zwischen NJB und NPD zahlreiche personelle Überschneidungen gibt. Die gemeinsame Teilnahme an Nazi-Aufmärschen deutet darauf hin - zuletzt marschierten Mitglieder von NPD und NJB gemeinsam mit anderen Nazis und RassistInnen zu Ehren des 1992 von einem Migranten in Notwehr getöteten Holger Müllers am 3.7.99 durch Zittau. Auch zeigte sich der bereits erwähnte Torsten Hiekisch gegenüber der Lokalpresse bestens informiert darüber, daß an den jüngsten Überfällen keine Mitglieder seiner Partei, dafür aber des NJB beteiligt gewesen seien. Diese Aussage läßt auf Querelen innerhalb der Zittauer Naziszene schließen. Zwischen NJB und NPD gab es zuletzt Streit wegen des Aufmarsches am 3.7. - der NJB wollte keine Instrumentalisierung durch die NPD.

RassistInnen und Nazis können sich in Zittau und Umgebung in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegen, das Widerspruch gegen Rassismus nicht in all zu starken Maße erwarten läßt. Beredtes Beispiel ist der vom Kreisjugend-

...Rassisten auf die Finger!

Punkt und noch mal Punkt. Danach mußt du unbedingt dein Recht auf Aussageverweigerung in Anspruch nehmen. Mit anderen Worten: Halt die Klappe, auch wenn es dir erstmal in dieser Situation wo du allein bist und dich zurecht bedroht fühlst, schwer fällt. Beiß´ dir dann notfalls die Zunge ab. Denk immer daran: Jedes Wort, daß du mit ihnen sprichst, kann nachher gegen dich verwendet werden. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, daß es in dieser Situation noch ein individuelles „Herausreden“ geben könnte. Sprich kein, aber auch wirklich kein weiteres Wort mehr mit der Polizei oder der Justiz ohne Beisein deines Anwaltes. Darüber hinaus solltest du nichts aber auch gar nichts unterschreiben.

* Wenn du in einer Gefangenensammelstelle mit vielen anderen Leuten eingesperrt wirst, sei vorsichtig mit Leuten, die du vorher noch nie gesehen hast oder nicht genau kennst. Das gilt in diesem Fall auch für Leute aus dem Camp. Du kannst nicht ausschließen, daß es sich um Zivilbeamte der Polizei handeln könnte. Auch hier gilt: Maul halten!

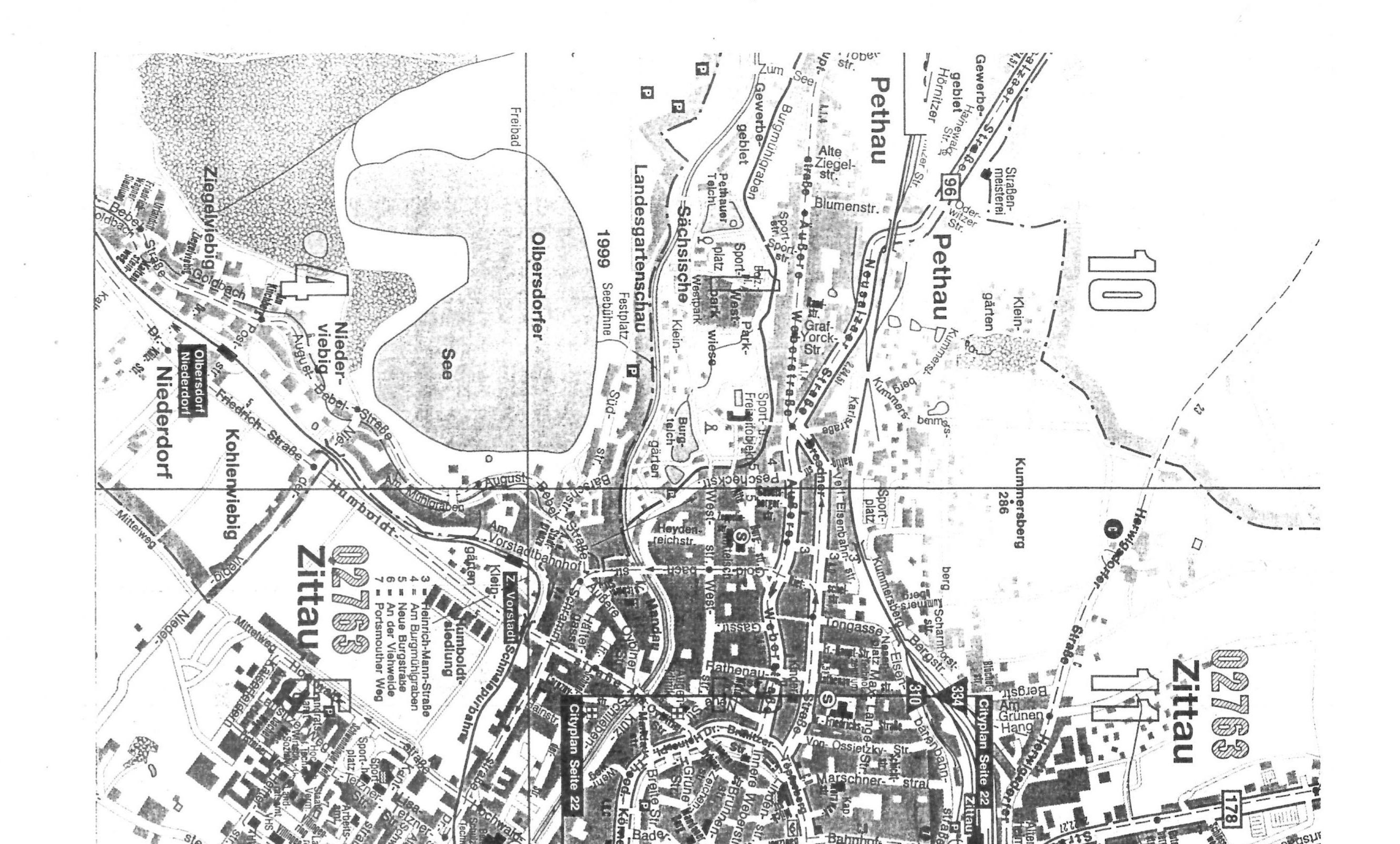
* Wenn du von der Polizei/BGS nicht nach dem ASOG eingesammelt worden bist, sondern dir ein Vorwurf nach der Strafprozeßordnung gemacht wird (z.B. Landfriedensbruch), kann es passieren, daß du nach spätestens 24 Stunden einem Haftrichter vorgeführt wirst. Auch hier gilt unter allen Umständen: Wenn dein Anwalt nicht bei dir ist, Maul halten!

* Merke dir die Umstände deiner Festnahme, die Namen der dich festnehmenden Beamten. Falls du dabei verprü-

(...) zu erreichen. Der BGS weist auch darauf hin, daß über diese Telefonnummer Informationen gegeben werden können.“

Märkische Oderzeitung vom 10.1.1998

Nach dem Fall der Mauer erhöhte die Bundesregierung die Ausgaben für den Bundesgrenzschutz von 1.3 Milliarden DM auf 3 Mrd (DM (1997). Derzeit sind etwa 30.000 Beamte bei dieser Organisation beschäftigt. Voller Stolz verkündete der ehemalige Bundesinnenverbrecher Kanther in einer Erklärung aus dem Jahre 1997: „Das Hauptkontingent mit 5.800 Kräften des BGS und 4.200 Bediensteten anderer Behörden ist an der Grenze zu Polen und Tschechien entsprechend der besonderen Migrations- und Kriminalitätsbelastung dieses Abschnittes stationiert. Eine höhere Polizeidichte besteht an keiner anderen Grenze in Europa“. BGS-Planer berechneten die Patrouillendichte an der ostdeutschen Grenze 1996 auf „etwa 2,4 Kräfte pro Kilometer Grenzlänge Grüne Grenze „ - an der südlichen US-Grenze zu Mexiko betrage dieser Faktor nur 0,18.
Da dem BGS völlig klar ist, daß eine absolute Abschottung der Grenze aufgrund der zu hohen Kosten als auch aus politisch-optischen Gründen nicht erwünscht ist, kalkuliert er in seiner Praxis gegenüber der Migration einen sogenannten „Sickereffekt“ ein. Daraus erklärt sich auch der Versuch des BGS, mehr und mehr das Hinterland der Grenze zu überwachen und die Praxis der Identitätskontrollen dorthin auszuweiten. In diesem Zusammenhang verabschiedet sich auch der Menschjenjägerapparat von alten



Keine Grenze ist für immer...

Soziologenchinesisch als „Einrichtung eines grenzüberschreitenden Sicherheitskooperationssystems“ beschrieben wird, ist nur die Formulierung eines Gedankens: Die Bevölkerung soll schon beim jagen mithelfen. Und da bittet dann auch schon mal Polizeihauptkommissar Manfred Körnig von der BGS-Inspektion Rothenburg um Verständnis dafür, „daß aufgrund der Größe des Gebietes nicht immer gleich in fünf Minuten eine Streife vor Ort ist. Wenn die Richtung bekannt ist, in die eine verdächtige Gruppe geht, versucht der BGS auch oft, ihr den Weg abzuschneiden. Dann tauchen die Beamten ganz woanders auf. Der BGS ist über jeden Hinweis dankbar. Dazu kann man die Grenzstellen oder bei der Polizei anrufen.“ (Sächsische Zeitung vom 19.7.1997) Die Kehrseite dieser so freundlich vorgetragenen Bitte zur Denunziation besteht auf der anderen Seite darin, daß die staatlichen Behörden, in diesem Fall die Staatsanwaltschaft Zittau die in dieser Region arbeitenden Taxifahrer als „Mosaiksteinchen im internationalen Schleusertum“ betrachtet, und mit Hilfe des BGS in den letzten Jahren eine entsprechende Kriminalisierungswelle in Gang gesetzt hat. Allein im Landkreis Zittau-Löbau war ein knappes Drittel aller Taxifahrer von strafrechtlichen Ermittlungen betroffen, die bereits für einige mit Knaststrafen bis zu zwei Jahren ohne Bewährung endeten.

Es spricht viel dafür, daß der Grenzraum als Laboratorium der Innen- und Sicherheitspolitik dient. Für die Zukunft steht begründet zu befürchten, daß die im

„Grenzregime“ ausgrenzen!

Kein „Grenzregime“ in Lückendorf, nicht in Zittau, nicht in Berlin, auch nicht in Buxtehude und auch nicht anderswo. Kein Grenzregime nirgendwo!

Alle Informationen in diesem Bericht wurden aus der hervorragend recherchierten und zum weiterlesen sehr zu empfehlenden Broschüre der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration eV. „Die Grenze / Flüchtlingsjagd in Schengenland“, Hildesheim 1998 entnommen.

Das Grenzcamp und unsere Motivationen

- **wir wollen ein unüberhörbares und deutliches NEIN zu den hiesigen Verhältnissen zum Ausdruck bringen, in denen Menschen illegal gemacht oder sonstwie aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden sollen**
- **wir hoffen, während des Grenzcamps den BGS so binden und beschäftigen zu können, daß Flüchtlinge die Chance zum Grenzübertritt wie auch zu einem ungestörten Weiterkommen in Richtung ihres Zielortes haben**
- **wir wollen Menschen in der Region durch das Durchbrechen des „Normalzu-**

Zeichenerklärung

- Staatsgrenze mit Grenzübergangsstelle
- Landesgrenze
- Regierungsbezirksgrenze
- Kreisgrenze
- Eisenbahn mit Bahnhof; Haltepunkt
- A4 Autobahn mit Nummer
- E40 B6 Straße mit Steigung und Nummer (Europa-, Bundesstraße)
- Landstraße; Buslinie mit Haltestelle
- Ortsverbindungsstraße
- Unterhaltener Weg
- Feld- und Waldweg
- Schneise; Fußweg mit Stufen bzw. Leitern
- Starkstromleitung
- Wanderweg mit Wegmarkierung
- E3 Europäischer Fernwanderweg Atlantik–Ardennen–Erzgebirge–Karpaten–Schwarzes Meer
- Lehrpfad
- Landschafts- und Naturschutzgebiet
- Gärten; Jungwald
- 112 Nadelwald; Jagenzahl; Laubwald
- Denkmal; Steinkreuz
- Hervorragende Bäume
- Wind-, Wassermühle
- Försterei
- Kalkofen
- Bergwerk außer Betrieb
- Höhle, Grotte
- Schutzhütte
- Geologischer Aufschluß
- Felsen
- Skiweg, Skiloipe
- Skilift mit Skihang
- Sprungschanze
- Kirche; Kapelle
- Baumgruppe; Wiese
- Burg, Schloß; Burg-, Schloßruine
- Museum; Ort mit Museum
- Ort mit Sehenswürdigkeiten
- Aussichtspunkt
- Gaststätte; Café
- Rettungsstation


ZITTAU
REPUBLIK
Sieniawka
Hörnitz
PETHAU
Os.
Piastowskie
Zittau Vorstadt
400,6
307,0
364,3
376,4
283,7
230,3
231,2
250,4
276,4
265,7
235,1


Oybin
Schuppenberg
Kurort Oybin
Luftkurort Lückendorf
HOSPITALWALD
Heidelberg
Lehnweg
Forsthaus
Alte Schanzen
Sommerberg
Kreuzbuche
Scheibenborrnweg
Dolní Sedlo
(Spittelgrund)
LOUČNÁ
(GÖRSDORF)
DONÍN
(DÖNIS)
Chotyně
(Ketten)
Dolní Suchá
(Nieder Berzdorf)
Roimund 6km
Grabštejn 0,5km


Kartentips:

Für gute Aktionen sind gute Karten selbstverständlich unerläßlich. Hier nun einige Tips. Zuerst der für die motorisierten Aktionistinnen. **Der ADAC - Großraum Städte und Gemeindeatlas Dresden / Görlitz** - hierbei handelt es sich um einen Straßenatlas mit Straßenverzeichnis im Maßstab 1:20000, der von Freiberg bis Görlitz und von Riesa bis Zittau reicht, leider ohne Höhenlinien und genauer Geländebeschreibung. Diesen Atlas bekommt Ihr in der Region an jeder Tankstelle und außerhalb im gut sortierten Fachhandel oder beim ADAC. Soll es ins Gelände gehen, werden **Topographische Karten** mit Höhenlinien und genauer Geländebeschreibung benötigt. Diese sind über guten Kartenfachhandel oder über das Sächsische Landesvermessungsamt Katastersicherung/ Kartenvertrieb in der Auer Straße 98 in 08301 Schlema zu beziehen. Fürs Campgebiet empfiehlt sich die **WK 25 Blatt 50 Zittauer Gebirge** (Wanderkarte 1:25000), weitere Karten der Region unten. Für den gröberen Überblick z.B. die TK 50 (1:50000) L4952 Bautzen, L4954 Görlitz, L5152 Neugersdorf, **L5154 Zittau.** Für den Feinblick z.B. TK 25 (N) 5053 Neugersdorf, 5054 Zittau-Nord, 5056 Hirschfelde, 5153 Waltersdorf, **5154 Zittau**. Für den absolut generalstabsmäßigen Feinblick gibt's dort auch **1:10000 sender Karten** und adäquate Karten für andere Bereiche des Freistaates Sachsen. Viel Spaß und viel Erfolg!

Blattübersicht der Topographischen Karte 1: 25 000 von Sachsen (Ausgabe mit Wanderwegen)
- WK 25 -




in Bearbeitung
1. Ausgabe liegt gedruckt vor
2. Ausgabe liegt gedruckt vor
Blattschnitt:
WK 50 C
WK 50 DD
(siehe Seite 21)
1 Vogtland/Plauen
2 Vogtland/Oelsnitz
4 Vogtland/Auerbach
5 Vogtland/Schöneck, Klingenthal
6 Elstergebirge/Bad Elster, Bad Brambach
7 Naunhof, Grimma
8 Colditz
9 Rochlitz, Penig, Burgstädt
13 Westerzgebirge/Aue,Schneeberg
14 Westerzgebirge/Geyer, Schwarzenberg
15 Westerzgebirge/Eibenstock, Johanngeorgenstadt
16 Westerzgebirge/Kurort Oberwiesenthal
19 Döbeln, Waldheim, Leisnig
20 Hainichen, Mittweida
22 Zschopau
23 Mittleres Erzgebirge/Annaberg-Buchholz
24 Nossen, Roßwein
25 Freiberg, Oederan
26 Flöhatal/Lengefeld
30 Wilsdruff
Tharandter Wald
Osterzgebirge/Frauenstein
Osterzgebirge/Kurort Seiffen
Lößnitz/Friedewald, Moritzburg
Laußnitzer Heide, Keulenberg
Dresdner Heide, Seifersdorfer Tal
Dippoldiswalde, Kreischa, Dohna
Osterzgebirge/Altenberg
Kamenz, Pulsnitz
Stolpen, Neustadt i. Sa.
Sächsische Schweiz/Pirna
Kurort Berggießhübel, Kurort Bad Gottleuba, Bielatal
Sächsische Schweiz/Bad Schandau Sebnitz
Lausitzer Bergland/Wilthen
49 Lausitzer Bergland/Löbau
50 Lausitzer Bergland/Neugersdorf
51 Zittauer Gebirge
Landschaftsschutzgebiet
TSCHECHISCHE
Hamr (Hammer)
Čtyřdomí (Vierhäuser)
Malý Ovčí vrch (Schafberg)
494,9
Naděje (Hoffnung)
Mařenice (Groß-Mergthal)
Zámecký vrch (Schloßberg)
536,4
386,8
479,3
Lesní vrch
444,9
445,8
641,0
565,7
Mittelberg
Křížová věž (Kreuzturm)
493,7
Trávník (Glasert)
Trávnický vrch (Glaserberg)
571,0
458,1
Kalvarie (Kalvarienberg)
445,0
478,8
Paseka (Geräumigte)
441,0
408,0
Mařenický (Klein-Mergthal)
Jelení vrch
458,1
665,4
U Bendu
440,6
Křížový vrch (Kreuzberg)
442,2



REPUBLIK
Lausitzer Gebirge
Petrovice (Petersdorf)
Vápenka
Sokol (Kalkenberg)
592,5
Starý Falkenburk
Na Šestce
469,3
Kunčí vrch
495,3
Strážný vrch (Hutberg)
462,1
391,1
Tobiášova bor
528,8
Loupežnický vrch
Liščí hora (Fuchsberg)
535,8
Petrovický vrch (Eckertsberg)
427,8
420,9
409,9
516,9
Pekařův kříž
Pískový vrch
547,4
Černý vrch
Skřivánčí vrch
387,8
Černá Louže (Schwarzpfütz)
Polesí (Finkendorf)
432,8
368,1
Hřebeny
Horní skály (Oberwegsteine)
530,1
Horní Sedlo (Paß)
388,6
Ostrý vrch (Spitzstein)
507,3
Vysoká
545,0
Bílé kameny (Weiße Steine)
ND
404,7
13
Havran (Rabenstein)
E3
392,9
Jítrava (Pankraz)
499,9
Kostelní vrch
430,6
Rynoltice (Ringelshain)
Žibřidice
361,8
Kněžice
Nad rybníčkem
387
Petrovické Domky
Ještěd 13km
50°
47'30"



POLEN
Porajów
Kopaczów
Oldřichov
(Ullersdorf)
283.7
Olbersdorf
308.3
318.6
327.8
298.1
334.2


KD ND Kultur-, Naturdenkmal
Hotel; Ort mit Hotel
Jugendherberge; Campingplatz
Theater
Turmartige Bauten, Aussichtsturm
Antennenanlage
Postmeilen-, Postdistanzsäule
Touristinformation
Parkplatz
Bootsverleih; Hallenbad
Quelle, Born
Wasserfall
Objekt mit Beschreibung auf der Rückseite der Wanderkarte
BGS
BGS/Kaserne
BGS/Grenzübergang
GÜG/Alg. Grenzübergang/Alg.
GÜG/LKW Grenzübergang/LKW
GÜG/PKW Grenzübergang/PKW
GÜG/F-G Grenzübergang/Fußgänger-Radfahrer
PP Polizeiposten
PD Polizeidienststelle
1 : 25 000
1000 m 750 500 250 0 0,5 1 km
Abstand der Höhenlinien 5m
(1 cm auf der Karte = 250 m in der Natur)
Im Gebiet der Tschechischen Republik befinden sich teilweise Kartenzeichen, die von denen im deutschen Gebiet abweichen.
TSCHECH
Waltersdorf
Kurort Jonsdorf
NEUSCHÖNAUER
BUSCH
Flügelweg
Herrenwalde
Hinterer Viebig
TRIXI Park Zittauer Gebirge
Niedere Folge
Saalendorf
Jägerwäldchen
Kuchelstein
Sängerhöhe
Oitoberg
Weberberg
Vogelherd
Buchberg
HEIDE
HEIDEL
Poche
KATZEN
Taubenberge
Steinbusch
Landschafts-
Lesne 3,5km
50° 52'30"
633,0
590,6
412,6
499,1
402,1
374,9
374,0
399,1
358,1
369,8
356,5
358,0
372,9
433,4
442,5
422,0
465,5
409,5
378,3
437,0
453,5
468,9
405,6
661,3
673,7

„Grenzregime“ nun schon seit einigen Jahren erprobten sozialtechnischen Verfahren und neuartigen Kontrollmechanismen verknüpft mit populistisch ausbeutbaren „Innere Sicherheits“-Kampagnen auch ins Landesinnere und in die Innenstädte transferiert werden. Die politisch hergestellten Feindbilder „Illegale“ und „Organisierte Kriminalität“ sollen eine latente Fahndungsbreitschaft auslösen, die sich zunächst gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und anderen „nicht deutsch“ aussehende Menschen richtet. Und wenn das „gut klappt“ kommt das „Grenzregime“ auch bei anderen „arm gemachten“ zum Zuge: Obdachlose, Straßenprostituierte, DrogenkonsumentInnen, Linke und andere Unangepaßte. Und das alles in einer Gesellschaft in der die Zugehörigkeit sich darin ausdrücken soll, ob man Angst vor Kontrolleuren haben muß, oder ob man sich neben ihnen sicher fühlt. Es ist keine Frage, das wir da, nicht mitspielen. Selbstverständlich werden wir in dem was wir tun und denken, d a s

„... das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden...“

- to cross the border 1999 -

Bilder, Zeitungsausschnitte, Diskussionen

eine Nachbereitung zum Grenzcamp bei Görlitz 1998

Vertrieb: c/o Forschungsgesellschaft, Flucht und Migration Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, fon.: 030/693 56 70; Lieferung gegen Briefmarken o. Vorkasse: Berliner Sparkasse; BLZ 100 500 00- Kto.-Nr. 61 00 24 264

standes“ zum Nahdenken bringen, aber auch denen das Gefühl geben, die sich z.B. an der Denunziationspraxis beteiligen, daß sie beobachtet werden

- **solche events wie das Grenzcamp können - zumindest für diese Zeit- unsere Ohnmachtsgefühle aufbrechen**
- **das Gefühl von sinnvoller politischer Intervention gepaart mit Spaß und Kreativität läßt die Lebensgeister aufleben**
- **Die Vorbereitung und die Durchführung durch eine bundesweite Vernetzung, sowie die internationale Zusammenarbeit, ist ein Weg, der ebenso schon z.B. bei den Kölner events und der Karawane eingeschlagen wurde, der uns hoffentlich mal wieder zu mehr Gegenmacht führt**
- **solch ein Zusammenkommen von Hunderten von Menschen birgt immer auch ein Stück Utopie in sich v.a. was das solidarische alltägliche Miteinanderumgehen anbetrifft**
- **solche events können emanzipatorisches Erleben ermöglichen, woraus wir Kraft schöpfen , die nötig ist, um dem tagtäglichen Wahnsinn kämpferisch begegnen zu können**

Die am Angriff auf das „Emil“ beteiligten Nazis stammten zum Teil aus anderen sächsischen Städten wie Pirna, Leipzig, Hoyerswerda und Görlitz. In der Nacht zum Montag sammelten sich erneut 30 Nazis auf dem Zittauer Marktplatz und versuchten anschließend, daß „Emil“ anzugreifen. Die Polizei erteilte Platzverweise und nahm einen Nazi fest.

Die jüngsten Ereignisse sind nur erneute Höhepunkte faschistischer Aktivitäten und Organisierung in der Oberlausitz. Federführend ist seit der Gründung des Kreisverbandes Löbau/ Zittau im April 1997 die NPD - deren sächsischer Landesverband mit etwa 1400 Mitgliedern der größte bundesweit ist. Der in Zittau wohnhafte Anwalt Gregor Janik (Anwaltskanzlei: Johannisstr.2, Wohnung: Mehrfamilienhaus Neißstr. 9) ist seit dem Parteitag im Februar_98 in Stavenhagen Mitglied im Bundesvorstand der NPD. Er war außerdem im Januar diesen Jahres Delegierter auf dem Bundesparteitag in Mulda und hat nach Information der Leipziger „Frente“ den in Hirschfelde bei Zittau wohnenden Holger Zimmermann als Kreisverbandsvorsitzenden des KV Löbau/Zittau abgelöst. Mittlerweile zeigt der KV auch rege Aktivität im Internet, für die der Schatzmeister Torsten Hiekisch unter seinem Pseudonym „Kravallo“ verantwortlich ist. Der NPD gelingt es in der Region zunehmend, das rassistisch eingestellte Potential der WählerInnen für ihre Parolen zu begeistern - bei der Europawahl erreichte die Partei mit 2,1 Prozent einen Stimmenzuwachs von 1,9 Prozent im Vergleich zu 1994. Bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten erhielt die NPD im wenige Kilometer von Zittau entfernten Hirschfelde 7,1 Prozent - seitdem sitzt dort der Nazi Rene ring initiierte „Jugendpolitische Stammtisch“. Regelmäßig dürfen hier Vertreter von NJB und NPD mit Vertretern der größeren Parteien und Jugendorganisationen über Themen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ (!!!), „Der Bundesbürger wird dümmer“ und dergleichen mehr diskutieren. Kritik kommt gegenwärtig nur von der PDS und vereinzelten AntifaschistInnen. Auch die Äußerungen von Stadtoberen zu den jüngsten Überfällen sprechen für sich. Anstatt einen ausreichenden Schutz zu veranlassen, untersagte der Zittauer Oberbürgermeister Jürgen Kloß, dessen Sohn Mitglied im NJB ist, nach dem ersten Überfall am Freitag die Durchführung weiterer Veranstaltungen im Rathauskeller. Den Betreibern des „Emils“ riet er, auf Veranstaltungen zu verzichten. Nach den Überfällen sagte er in einem Interview gegenüber der sächsischen Zeitung, man müsse nun Gespräche führen, um derartige Gewalttaten in Zukunft zu verhindern - „den Rechten“ hätte er bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert. Unterdessen versuchte sich Bürgermeister Jürgen Löffler in der Verharmlosung der Vorfälle. Die Medien würden die Tatsachen überdimensionieren, die genannten Zahlen entsprächen nicht der Wirklichkeit.

Nicht nur in Zittau haben Nazis Aufwind. In Ostritz (zwischen Görlitz und Zittau gelegen) fanden im Juni 1999 zum zweiten Mal die „Mitteldeutsche Vortragstage“ unter Regie des Nazi-Mulifunktionärs Jürgen Rieger statt. Wie auch im Vorjahr beteiligte sich neben der lokalen NPD-Prominenz wieder eine große Anzahl von bundesweiten Nazigrößen an der Veranstaltung, die als Fortsetzung der verbotenen „Hetendorfer Tagungswoche“ gilt. Wie auch im Vorjahr residierten die Nazis im Hotel „Neisseblick“

gelt oder sonstwie gequält worden sein solltest, verlange einen Arzt und laß dir deine Verletzungen attestieren. Wenn Polizei /BGS dir einen Arzt verweigern, dann hole das schleunigst nach deiner Freilassung nach. Fertige ein Gedächtnisprotokoll über deine Festnahme und „Erlebnisse“ in der Haft!

* Wenn du wieder freigelassen worden bist, melde dich so schnell als möglich beim Ermittlungsausschuß, damit wir einen genauen Überblick über die Leute gewinnen, die uns „noch fehlen.“

* Denk´ immer daran: Die Politik für die du festgenommen worden bist, ist nicht etwa dann zuende, wenn du in der Kiste hockst. Manchmal zeigt sich erst dann, ob sie überhaupt etwas taugt und „weiter gehen kann“ Wenn du einfahren solltest, wird es draußen auf jeden Leute geben, die sich um dich kümmern. Fall` ihnen nicht dadurch in den Rücken, daß du mit der Polizei/BGS/ Justiz individuell `rumsabbelst!

Was bedeutet das „Grenzregime“

„Der Bundesgrezschutz setzt verstärkt auf die Mitarbeit der Bewohner des grenznahen Raumes. >Gemeinsam mit der Bevölkerung soll die innere Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet gewährleistet werden<, sagte Polizeioberrat Friedrich als Leiter des Einsatzabschnittes Grüne Grenze in Oderberg. (...) Um dies zu erreichen, bieten sich die Beamten des Grenzschutzes zu Gesprächen auf Bürgerversammlungen, in Gemeinderäten oder bei anderen Veranstaltungen an. Termine können jederzeit vereinbart werden - der BGS ist rund um die Uhr unter der Rufnummer Einsatzkonzepten, die auf „Seßhaftigkeit“ und schlichter „Präsenz“ beruhten. Stattdessen sollen unberechenbare Streifengänge, „Zugbegleitung“ und ähnliches durchgeführt werden. Passend dazu wurde in dem BGS-Gesetz von 1994 eine 30-Kilometer-Zone hinter der Grenze zu einem „gefährdeten Ort“ erklärt. In diesem Bereich ist der BGS berechtigt, Identitätskontrollen ohne Anlaß oder konkrete Verdachtsmomente vorzunehmen, Häuser und Wohnungen ohne richterliche Genehmigung zu betreten, die - so das Gesetz im Wortlaut - „erfahrungsgemäß als Treffpunkt von Schleusern oder Personen ohne Aufenthaltserlaubnis genutzt werden“, verdeckte Foto- und Videoüberwachung zur präventiven Überwachung sowie nachrichtendienstliche Mittel und V-Leute einzusetzen. Landesweit ist es dem BGS seitdem erlaubt, Telefone zu überwachen, verdeckt Daten zu erheben und Grenzfahndungsdateien anzulegen. Dabei ist das Ausmaß der Identitätskontrollen, die der BGS wegen des Verdachts von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten an der deutschen Ostgrenze und im 30-Kilometer-Hinterland vornimmt, enorm. Allein im Jahre 1996 waren es an der deutschen Ostgrenze und in der Grenzregion (ohne Bayern) über 164.000 sogenannte „Aufgriffe“. Im Jahre 1996 wurden an der deutsch-polnischen und tschechischen Grenze rund 22.000 Personen vom BGS wegen „illegaler Einreise“ festgenommen, und - von wenigen Ausnahmen abgesehen - wieder nach dorthin zurück geschoben.

Doch weder BGS noch die Bundesregierung wollen sich bei ihrer Menschenjagd lediglich auf die technischen Möglichkeiten ihrer Jagdwerkzeuge beschränken. Was von der herrschenden politischen Klasse in dem ihr eigenen

zwischen den TeilnehmerInnen zu sehen und möglicherweise zu verschieben, Bewegung und Veränderung soll auch zwischen den Camp-TeilnehmerInnen stattfinden können.

We won´t kill the radio-star

Auf dem Grenzcamp wird es, wie letztes Jahr, wieder ein Camp-Radio geben. Es macht also Sinn Radios mitzubringen: Radiowecker fürs Zelt, fette Ghettobluster für die Wiese und tragbare für Unterwegs und auf Aktionen. Alle sind aber auch herzlich eingeladen, bizarre Toene mitzuschleppen und einen vagen Wundermix zu veranstalten, in der tiefen Nacht. (Eher kein Vinyl. Also, jenseits des 'Auflegens') Das [camp99radio] INFORMIERT - über letzte und ungültige Wahrheiten; UNTERHÄLT - den antirassistischen Widerstand gegen das herrschende Grenzregime; BILDET - Banden.

Das [camp99radio] ist ein freier, netter, kleiner Stein im Äther, ein Signal, das man/frau sich nehmen kann oder nicht, ein Argument, das niemals davoneilt und dennoch in den unendlichen Weiten des Grenzlandes entschwindet. (Erst wenn der oder die letzte durchs Ziel gelaufen ist haben wir gewonnen.) Das [camp99radio] handelt nicht strategisch, sondern taktisch - es ist jederzeit bereit zum Empfang und zum Senden. Dabei ist die Struktur von [camp99radio] vollkommen undurchsichtig; die Standardfrage der Macht: Wer ist hier verantwortlich? fällt in ein großes schwarzes Loch! Nirgendwo DJs, keine Anmoderation. Das kann doch gar sein! Dennoch gibt es handelnde Personen, die der festen Überzeugung sind: Wer nicht zuhört, hat gerade was besseres vor! Jenseits von

nervös werden!

Sachsen verfügt ähnlich wie Bayern über eines der strengsten ASOG-Gesetze (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) Das heißt: Es besteht prinzipiell für die Polizei/denBGS die Möglichkeit jeden 14 Tage in Gewahrsam nehmen zu können, ohne uns dabei einem Richter vorführen zu müssen. Soweit die Bestimmungen dieses finsteren ASOG-Gesetzes, mit dem der Staat in der Tat Leute für geraume Zeit „verschwinden“ lassen kann. Die gesellschaftspolitische Realität ist aber auch in Sachen (noch) ein andere. Als wir während des 1. Mai 1998 den Nazis in Leipzig eine tatkräftige Antifa-Lektion erteilt haben, wurden 360 Leute von uns in ASOG genommen. Die wurden aber spätestens am nächsten Tag wieder freigelassen. Es wäre insoweit im Falle des Camps eine neue Entwicklung, falls die Polizei und der BGS die Dauer des Unterbringungsgewahrsams gemäß ASOG wesentlich überschreiten sollte. Beim letzten Camp gab es lediglich eine Festnahme, die aber vom BGS nach einer Stunde wieder beendet wurde.

Für den Fall, daß du doch festgenommen wirst:

* Ruf´ bei deiner Festnahme anderen umstehenden Leuten laut deinen Namen zu, damit wir wissen, nach wem wir uns bei der Polizei/ BGS erkundigen müssen.
* Auf der Wache oder der Gefangenensammelstelle hast du hast das Recht mit einem Anwalt deiner Wahl zu telefonieren. Besteh' auf diesem Recht gegenüber der Polizei/BGS.
* Du bist verpflichtet, lediglich die Angaben zu deiner Person zu machen, die in deinem Personalausweis stehen.

Regelmäßig treffen sich Görlitzer NPD-Kader in der Kneipe „Knobelbecher“ in der Bautzener Str. 48, deren Inhaber Detlef Strathausen (wohnt im selben Haus) wie seine Gäste zum NPD-Umfeld gehört. Für den kommenden Landtagswahlkampf hat der Görlitzer KV Stephan Pietsch (Bahnhofsstr. 10) als Kandidaten aufgestellt.

Der Landkreis Löbau-Zittau - Eine ostdeutsche Krisenregion

Der Luftkurort Lückendorf ist mit 600 Einwohnern der kleinste Ort des Zittauer Gebirges. Lückendorf gehört zum Landkreis Löbau- Zittau (ehemals Landkreis Oberlausitz), der 47 Gemeinden mit insgesamt 160.900 Einwohnern umfaßt. Kreisstadt ist die Stadt Zittau. Zittau und die gesamte Region sind von massiver Abwanderung und Überalterung gekennzeichnet. Lebten 1989 noch ca. 60.000 Menschen in Zittau, so sind es heute noch 28.000 bei weiter fallender Tendenz. Die Entwicklung, daß vor allen Dingen junge Leute so bald als möglich aus der Region verschwinden, veranlaßte bereits vor einigen Jahren den SPIEGEL zur markigen Äußerung: „Zittau: nur die Alten und Doofen bleiben“. Viele Gründe zu bleiben gibt es nicht. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei 20,6%, ohne ABM und andere kurzfristige Maßnahmen würde sie bei 50 % liegen. Kaum vorzustellen, wie es in der Gegend aussehen würde, wenn alle Einwohner dort geblieben wären. Die Frauenarbeitslosenquote in Zittau wird auf 70% geschätzt. Innerhalb weniger Jahre wurden die industriellen Kerne fristigen Initiativen und subventionsabhängigen Sozialprojekten sollen die Folgen der Deindustrialisierung gedämpft werden.

So werden die Gründung der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen Zittau/ Görlitz sowie des Internationalen Hochschulinstitus Zittau als Erfolge der letzten Jahre gefeiert. Wenn die Jugend schon nicht in der Region Arbeit findet, soll sie wenigstens dort studieren. Genauso symbolisch werden auf dem Gelände eines stillgelegten Braunkohletagebaus im Rahmen der sächsischen Landesgartenschau vom 7. Mai bis zum 17. Oktober blühende Landschaften präsentiert. Ein anderes Projekt ist die „Euroregion Neiße“ in der sich Gemeinden aus Tschechien, Polen und Deutschland zusammengeschlossen haben. Diese freiwillige Interessengemeinschaft widmet sich der gemeinsamen Regionalplanung, dem Umweltschutz, dem Tourismus, Kultur, Bildung und Sport. Alles in allem also die Produktion von Potemkinschen Dörfern, die nicht nur an den materiellen Bedingungen nichts ändern, sondern zugleich eine schöne heile Welt vorgaukeln um jedes Protestpotential so früh wie möglich einzuschläfern. Bisher ist diese Rechnung aufgegangen: der Landkreis Löbau-Zittau bleibt CDU-Hochburg, in der sich „König Kurt“ (Biedenkopf) über eine absolute Mehrheit bei der letzten Europawahl freuen kann.

Gartengestaltung ansehen, nämlich die 2. Sächsische Landesgartenschau mit dem Motto „Landschaft nach dem Bergbau“. Besondere Anziehungspunkte hier sollen die Hallenblumenschauen der sächsischen Gärtner und Floristen sein, der Burgteich (auf dem wieder gegondelt werden kann), der Wasserspielplatz und die Uferpromenade. Die Öffnungszeiten sind täglich von 9.00 bis 20.00 Uhr, aber auch dieses Angebot ist mal wieder nicht umsonst. Nicht zu vergessen wäre, daß „für Jung und Alt die Gartenschau in jedem Fall ein unvergeßliches Erlebnis werden soll, welches durch ein vielfältiges Kulturprogramm noch untermalt wird“, so der Werbeprospekt. Auf dem Weg in unser Camp gibt es noch eine weitere touristische Attraktion, die uns unserem Ziel Lückendorf noch ein Stück näher bringt; die Schmalspurbahn von Zittau nach Oybin. Sie fährt regulär im Dampfbetrieb und bietet nochmal einen schönen Blick auf die Umgebung. Soviel also zu den

Adressen

Bundesgrenzschutz

Bad Muskau	Grenzübergang	Görlitzer Str.1 03571-5290
Bautzen	Grenzschutzamt Frankfurt (Oder) Grenzschutzstelle	 Tzschirner Str. 14 03591/481206
Ebersbach	Grenzschutzstelle / Kaserne	ca. Lutherstr.Ecke Camillo-Gocht-Str. 03586/76020
Görlitz	Grenzschutzamt Frankfurt (Oder) Grenzschutzstelle Görlitz Grenzschutzst. Ludwigsdorf	03581/48170 Parkstr.2 An der Autobahn 1 03581/36260
	Bundesgrenzschutzamt Pirna	Bahnhofstr.75

		Chopinstr. (PKW und LKW bis 7,5 t) Ostritz (FußgängerInnen)

Polizei

Bautzen	Landespolizeischule Sachsen	Kantstr.25 03591/2120
	Polizeidirektion	Lessingstr.7 03591/2120
	Kriminalpolizeiinspektion	Lessingstr.7 03591/494502 Käthe-Kollwitz-Str. 153591/29380
	Autobahnpolizeirevier	T.-Müntzer-Str.21 03591/3670
	(einige Reviere nicht aufgeführt)	
Ebersbach	Polizeiposten	Bergstr.6 03586/365345
Görlitz	Polizeidirektion	J.-von-Moltke-Str.7 03581/4680
	Kripo & Polizeirevier	Gobbinstr.5 03581/6500
	Landeskriminalamt	Jakobstr.15a 03581/47680
Großschönau	Polizeiposten	Hauptstr.54 035841/3320
Hagenwerder		Dorfstr.2 035822/4275
		035822/4292
Neugersdorf	Polizeiposten	Str. der Jugend 8 03586/77060
Ostritz	Polizeiposten	Schulstr. 035823/8190
Rothenburg	Polizeihochschule	Friedensstr.134 035891/46-0
Seifhennersdorf	Polizeiposten	Rathausstr.1 03586/404366

Menschenjagd an der Grenze

*

Donnerstag, den 12.8.99 Grenzen - Wohlstand - Armut

Schon allein unser Hunger nach einem anderen leben, läßt uns praktische Reflektionen zur sozialen Funktion des Grenzregimes betreiben

*

Freitag, den 13.8.99 Tag des Antifaschismus

Orts- und Besuchstermine bei lokalen Nazitreffs

*

Samstag, den 14.8.99 Spiel ohne Grenzen

Großes Finale und Abschlußparty

*

Sonntag, den 15.8.99: Tag der Desorganisation

Kaffetrinken, Frühstücken, Campabbau und Verabredung für eine riesige revolutionäre Sylvesterparty als „Tigersprung“ in das 21. Jahrhundert

*

Protokoll des Wintercamp-Plenums am 6. und 7.2.1999 zur Planung des Sommercamps 1999 in Zittau

Rassismus angreifen und >Angreifen< überhaupt

Die Debatte um 'unser' Verhältnis zur Bevölkerung in der Grenzregion entzündete sich unter anderem an dem Diskussionspapier aus Berlin, das u. a. aus der Kritik am letztjährigen Camp entstanden ist. Der dort formulierten

auf ganz bestimmte Weise 'aktiver' und damit sichtbarer macht.

Es wurde dafür geredet, das Funktionieren der Grenze über die in der Bevölkerung vorhandene Denunziationsbereitschaft zu thematisieren: Denunziationen denunzieren.

Es wurde auch darüber diskutiert, was genau „Angreifen“ für die TeilnehmerInnen der Vorbereitung heißt. Insgesamt schien klar, daß das Wort nicht im buchstäblichen Sinn von körperlichem Angreifen einzelner Personen gemeint ist, sondern im Sinne eines offensiven Umgangs mit Sicherheitswahn, Kontrollregime, Rassismus, Neonazismus ... Trotzdem bleibt eine Spannung zwischen zwei Extrempolen: einem, der (im übertragenen Sinn natürlich) als „kriegerisch“ bezeichnet wurde, und einem, der (ebenfalls im übertragenen Sinn) als „Marketingposition“ bzw. als „sozialpädagogisch“ bezeichnet wurde: Die einen legen den Schwerpunkt darauf, den Leuten in der Grenzregion, potentiellen DenunziantInnen, konfrontativ zu begegnen. Die anderen setzen den Akzent auf das Vermitteln, darauf, mit unserem Anliegen auf die Leute zuzugehen. Beide Positionen sind sehr unterschiedlich, doch wurden sie nicht als unvereinbar aufgefaßt. Letztlich haben wir uns darauf geeinigt, daß wir die Spannung zwischen diesen beiden Polen erhalten wollen und nicht zugunsten einer wie auch immer gearteten Festlegung auflösen wollen. Die Formel vom „spielerischen Umgang mit Militanz“ stieß schließlich auf allgemeine Akzeptanz. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, zu Beginn des Camps eine Art „Einführung“ zu machen, in der die Diskussion in der Vorbereitungsgruppe zu diesem Punkt

ein Hinweisschild. Für Fahrzeuge ist die Straße blockiert. Wer den Übergang aber bei Tageslicht zu Fuß passiert und ordentliche Papiere hat, darf sich bis zu fünf Tagen im Grenzgebiet aufhalten. Gedacht ist diese Regelung natürlich nur für Erholungssuchende, die im Zittauer Gebirge wandern und Fahrrad fahren wollen. Das ist alles sehr schön, eben zu schön um wahr zu sein: Denn wer in der Region um Lückendorf anstelle von Erholung Zuflucht, Schutz vor Verfolgung oder die Chance auf ein besseres Leben sucht, auf diese Menschen wartet ein paar Kilometer hinter der Grenze ein Überwachungsapparat, der mit den althergebrachten Kontrollen nur noch wenig zu tun hat. Bewaffnet mit CO2-Sonden, Infrarot- und Nachtsichtgeräten, verteilt auf Hauptverkehrsadern und Zubringerstraßen, ausgestattet mit immer weitergehenden Befugnissen versuchen Tausende von Grenzschützern jede Nacht, der sogenannten „illegalen Einwanderung“ Herr zu werden. Ein weiterer zentraler Bestandteil eines postmodernen Grenzschutzkonzeptes besteht für den BGS darin, die örtliche Bevölkerung mit rassistischer Hetze auf Flüchtlinge und gegen sogenannte Schlepperkriminalität zu Denunziation und Beihilfe bei der Grenzsicherung zu gegen die möglicherweise zu übereifrige Polizei oder den BGS die „Nerven zu behalten“. Wir werden uns darum bemühen während des Camps eine Telefonnummer des Ermittlungsausschußes verfügbar zu machen.

Gegenüber dem Camp vom Vorjahr rechnen wir mit mindestens der doppelten Anzahl kontinuierlich anwesender TeilnehmerInnen. Damit stellen sich für uns alle erhöhte Anforderungen, die unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten (Futter-, Wasserversorgung, Kinderbetreuung, Sanitär- und Schutzgeschichten) kollektiv zu organisieren. Klar, ist, daß wir in diesem Zusammenhang auch eine Camp-Solidaritätssteuer erheben müssen. Die wird aber hauptsächlich die „Reichen“ unter uns treffen, da uns die „Armen“ sehr willkommen sind. .Von besonderer Bedeutung wird diesmal die Binnenorganisierung des Camps selbst sein. In der gerade für die nächsten Zukunft wichtigen Bestimmung weiterer politischer Perspektiven besteht unser Anspruch darin, zwischen den CampteilnehmerInnen mindestens eine verrückte und vielstimmige Kommunikationspraxis „zu stiften“. Wenigstens auf dem Camp soll gelten: Anna und Arthur halten über das sie was in Zukunft politisch (nicht mehr) wollen, nicht das Maul, sondern machen es auf und hören sich danach zu!

Der „Politik“ auf die Sprünge und dem Rassismus auf die Finger !

Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E. (Berlin)

Last - minute Infoveranstaltung für das Camp in Lückendorf am Montag, den 2. August im Bandito Rosso, Lottumstr. 10 A, 21 Uhr, nicht nur für „günstige Reiseangebote“

		03591/460985
Görlitz	Fraktion	Untermarkt 6-8 03581/400701
Zittau		Bautzener Str.6 Fax:03583/510868
DSU		
Görlitz		Untermarkt 8 03581/400790
SPD		
Bautzen	Unterbezirk Oberlausitz	Kornstr.7 03591/47143
Görlitz	Fraktion	Luisenstr.8 03581/405163
	Bürgerbüro Ch.Müller MdB	Salomonstr.25 03581/405085
PDS		
Zittau	Kreisverband	Reichenberger Str.56 03583/700525
Görlitz		Hospitalstr. 12 03581/403005
CDU		
Bautzen	Geschäftsstelle Bautzen	Karl-Marx-Str.6 03591/41095
Görlitz	Kreisgeschäftsstelle	Dresdener Str.6 03581/406463
	Fraktion	Untermarkt 8 03581/400798
Zittau		Lessingstr.2 03583/790140
Bund der Vertriebenen		
Bischofswerda	Geschäftsstelle	Bischofstr.18 03594/700524

	MUK (Multikulti Zentrum)	Klingenbergplatz 1 03583/77960
Neugersdorf	Bundesanstalt f. Landwirtschaft u. Ernährumg	Hauptstr.96 03586/788072
	BMST(Brand-, Melde- u. Sicherheitstechnik)	03586/33160
Großschönau	Gefahrenmeldetechnik	Bahnhofstr. 8 035841/336-0
	Arlarmanlagen Gemtec-Zittau	035841/3360
Zittau	Sicherheitstechnik Hoffmann	Humboldtstr.10 03583/511051 Fax.:/709785

Touristisches

Zittau	Tourist - Information	Markt 1 (Rathaus) 03583/752137 Fax:/752161 http://www.zittau.de

Faschistenpack

Görlitz

Ansorge, Mario / Ansorge, Peggy — Konsulstr. 22
er organisiert Nazi-Konzerte, sie betreibt ein Brautmoden-Geschäft auf der Bismarckstr. 27, NPD-Umfeld

Krumpholz, Jürgen-Uwe — Sonnenstr. 11
Vorsitzender NPD-Kreisverband Görlitz/Schlesien, Delegierter beim NPD-Bundesparteitag im Januar 1999 in Mulda

Kubitzki, Michael — Steinweg 10
Hausverwalter Rothenburger Str. 52, NPD-Kader

Pietsch, Stephan — Bahnhofstr. 10

Nationaler Jugendblock e.V. Südstr. 8
gegründet 4.1.1992, der Verein steht der NPD nahe, das Haus in der Südstr. 8 wird ausschließlich von Nazis genutzt

Hotel „Neißeblick"
02899 Ostritz, Bahnhofstr. 2
1998 und 1999 Nachfolgeveranstaltungen von Hetendorf

Löbau

Jugendclub Glossen
(kleines Kaff nördlich von Löbau)
Kameradschaftsabende (u.a. mit Christian Worch), Konzert mit Frank Rennicke...

Niesky

Hempel, Udo Rosenstr. 19a
bis zu dessen Verbot Kader des Vereins „Die Nationalen"

Weiß, Enrico
aus Petershein bei Niesky; Delegierter des KV Görlitz beim Bundesparteitag der NPD im Januar 99 in Mulda

Weißwasser

Kalla, Siegfried Geschwister-Scholl-Str. 73
früher REP, jetzt NPD-Kader



vorne, von links nach rechts: Kubitzki, Krumpholz, Janik

aber auch Gedichte ihrer Anhänger zu veröffentlichen.

Der bereits oben erwähnte NJB e.V., der zum NPD-nahen Umfeld gehört, kann seit Jahren ein von der Stadt Zittau zur Verfügung gestelltes Haus in der Südstraße nutzen. Dessen Mitglieder treten massiv durch gewalttätige Aktionen und Überfälle in Erscheinung. Daneben gibt es noch eine Reihe loser Kameradschaften bzw. anderer Verbindungen im Raum Bautzen-Görlitz-Zittau, die ebenfalls immer wieder durch militante Aktionen mit faschistischen oder rassistischen Motiven auffallen.

Wie bereits bekannt sein dürfte, konnten die Nazis im Juni diesen Jahres zum zweiten Mal ungestört die Nachfolgeveranstaltung („Mittsommertreffen") der „Hetendorfer Tagungswoche" im „Neißeblick"-Hotel in Ostritz abhalten. Diverse Vereine in Nachfolge der „Germanischen Glaubensgemeinschaft e.V." riefen dazu auf. Inzwischen kann sich das rechte Spektrum auf eine breite Akzeptanz bzw. Unterstützung bei Bevölkerung und Behörden stützen. Selbst Zittaus Oberbürgermeister (CDU) ließ es sich nicht nehmen, bei den letzten Naziaufmärschen in seiner Stadt anwesend zu sein. Nicht unerheblich trägt der Bundesgrenzschutz als Instrument des Staates mit seiner rassistischen und fremdenfeindlichen Hetze zu diesem Zustand bei.

Antifa-Aktionstag am 13.August!
!!! We have to fight !!!
See you there!





genden Aktionsformen unabhängig voneinander umsetzen konnten. Niemand plant für alle mit, niemand schwingt sich auf, Führungselite für die Bewegung oder eine Aktion zu sein. Genau das hat die Stärke der Anti-Castor-Aktionen ausgemacht. Die Kölner Aktionen waren genau das Gegenteil: Peinlich genau wurde darauf geachtet, daß alles zentral in der Hand der jeweiligen Organisationsleitung lag. Bei den Anti-Castor-Aktionen gingen vorher genaue Landkarten und Hinweise über Telefonnummern, Anfahrtsmöglichkeiten von allen Seiten und zu allen möglichen Ort rum. Aber in Köln – nicht dergleichen. Zentralistische Organisation. Die Demo-TeilnehmerInnen waren nur die Masse, die für den eigenen Medienerfolg (der dann auch noch ausblieb ...) oder die zentral ausgewählten Redebeiträge nötig waren.

Dieses Konzept der denzentral organisierten, aber dennoch vernetzten Aktionen muß von uns (von wem denn sonst?) im politischen Raum durchgesetzt werden -wir müssen auch in der Lage sein, solche Aktionsformen gegen die zentralistisch agierenden Verbände u.ä. zu verwirklichen oder auch ohne sie

2. Autonome Strukturen aufbauen

Aktions- und Kommunikationsstrukturen für jede Aktion neu aufzubauen, wäre anstrengend und dumm. Daher ist es sinnvoll, autonome, d.h. selbstorganisierte und unabhängige Struktur zu schaffen, die neben den jeweils zu Aktionen aufgebauten Arbeits- und Vernetzungsstrukturen dauerhaft nutzbar sind.

a. Orte, Plätze, Zentren

Politische Freiräume braucht das Land! Infoläden, Projektwerkstätten, Wagenplätze, Kommunen usw. sind wichtig – wenn sie sich denn als politische Plattform begreifen und nicht nur als Rückzugsidylle, Fetenraum und/oder als Ort maximaler Anpassung an den Staat oder seine finanziellen Förderstrukturen). Katastrophal: Die meisten autonomen Zentren gehören dem Staat oder der Stadt. Dieser Zustand spiegelt wieder, wie weit entwickelt das strategische Potential autonomer politischer Bewegung ist. Wo Wagenplätze oder Zentren in Gefahr sind, wird nach Mami/Papi Staat gerufen, etwas Neues zu geben. Peinlich! Wir müssen stattdessen eigene, unabhängige Plätze schaffen – durch (kollektives) Eigentum oder durch politische Besetzung.

Wo wir aber solche Plätze haben, müssen sie auch Aktionsplattform sein

Jahre später waren sie eine Ansammlung von kommerziellen Einheiten zum allein privaten Nutzen. Teil einer politischen Bewegung aber sind Betriebe nur dort, wo sie ein politisches Ziel (Bildungs- oder Öffentlichkeitsarbeit, Bau von Aktionsmaterial, Renovierung von Häusern oder Wägen, Kommunikation usw.) verfolgen.

d. Kommunikation und Vernetzung

Welche Vernetzung existiert? Krampfhaft werden einige, bundesweit weniger bedeutsamen Zeitungen erwähnt (Interim, radikal usw.), wenn die Frage darauf kommt. Aber es gibt nur wenige Versuche, das breiter anzulegen, viele zu erreichen. Im Antifa-Bereich gibt es einige Vernetzungsblätter, im Umweltbereich seit kurzem die "Ö-Punkte", aber in vielen Bereichen nichts. Übergreifende Telefonketten: Fehlanzeige. Vernetzung zwischen Wagenplätzen, Infoläden und/oder Häusern: Schwach. Gegenseitige Hilfe oder Aufbau gemeinsamer Strukturen: Kaum. Dabei ist Informationsaustausch eine wichtige Grundlage strategischer Arbeit. Ihn zu schaffen, ist ein wichtiges Ziel. Dabei wird es, auch hier nach dem Konzept der selbstorganisierten Vielfalt, verschiedene Wege geben. Im Optimalfall ist das Geflecht von Zeitungen, Email-Vernetzung, Telefonketten, Rundbriefen usw. aber durchschaubar und jede Gruppe und Einzelperson kann sich dort einbringen, wo es ihr am sinnvollsten erscheint. Möglichkeiten der Koordination (auch hier muß es die Vielfalt der Selbstorganisation bringen): Adreßbüchlein, Kalenderprojekt(e) u.ä. Einiges gibt es schon und könnte weiterentwickelt werden – aber bislang sind fast alles Nischenprodukte, jede Szene bedient sich selbst.

3. Lebensperspektiven für die Einzelnen entwickeln

Autonome Wohnprojekte sind meist nichts anderes als unverbindliche WG, die ökonomisch von der Substanz der Orte, vom Überfluß der Gesellschaft oder, am häufigsten, aus ganz normalen Quellen gespeist werden: Eltern, BaFöG, Staatszuschüsse, Maloche oder Sozialamt. Solange aber für die einzelnen Menschen keine Perspektive besteht, das eigene Leben selbst zu organisieren, bleiben die Zwänge des Alltages ein wichtiger Grund für das ständige Wegetablieren der ehemals politisch Aktiven. Stattdessen müssen autono-

kaum noch wahrnehmbar. Schuld daran ist sie auch selbst, denn ihre VertreterInnen (d.h. Menschen, die eine solche Politik wollen) ziehen sich seit Jahren immer mehr aus der öffentlichen Debatte zurück und schmoren im eigenen Saft. Der (richtige) Wille zur inhaltlichen Konsequenz wird nicht so umgesetzt, daß emanzipatorische Ziele immer klar und unmißverständlich formuliert werden, sondern daß vor allem darauf geachtet wird, daß der Rahmen und die VeranstalterInnen z.B. von Diskussionen die politisch richtige Meinung haben ("pc" sind). Diese Strategie hat zur Folge, daß emanzipatorische Ideen zur Zeit (fast) nur innerhalb einer kleinen Szene überzeugter Menschen diskutiert oder verbreitet werden. In dem bedeutend größeren Teil etablierter Bewegungen und Organisationen, erst recht in der Normalität der Gesellschaft, auch in ihren Bildungs- und Diskussionskreisen (Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen, Verbänden und Vereinen, Bildungszentren, Medien usw.) gibt es die Themen Herrschaft, Ausbeutung usw. nicht. Es wirkt fast, also hätten Menschen mit emanzipatorischen Ideen Angst, sich in der Realität zu stellen und für ihre Ideen zu kämpfen. Oder fürchten sie im ihre sozialen Beziehungen in der "Normalität", in der die meisten von ihnen auch existieren wollen (Job, Hobbies, NachbarInnenschaft usw.)?

Emanzipatorische Politik muß aus der Isolation befreit werden. Dafür ist nicht notwendig, daß Inhalte oder Positionen aufgegeben werden. Es ist keine Anbiederung, auf einer Veranstaltung, die nicht selbst emanzipatorische Ziele hat, aber die Formulierung solcher zuläßt, für die eigenen Positionen zu kämpfen. Politischer Verrat geschieht erst dann, wenn Verhaltensweisen oder inhaltliche Positionen zwecks besserer Akzeptanz oder Anbiederung verändert werden. Notwendig ist aber, radikale, emanzipatorische Politikinhalte und Aktionsformen an vielen Orten dieser Gesellschaft offensiv einzubringen – und sich auch offen zu zeigen als Gruppe, Projekte, Kommune o.ä., die bewußt und sichtbar für eine Welt von unten eintritt. Kein Stammtisch, kein Podium, keine Vorlesung, kein Seminar, kein Arbeitsplatz, keine Schulstunde, keine WG oder Familie und kein anderer Ort ist zu schade für eine Debatte für eine Welt von unten. Wer anders agiert, isoliert sich im eigenen Saft und hat auch ein falsches Verständnis einer Welt von unten – denn "unten" sind sicher nicht die selbstisolierten linken Kader.

Die Menschen, die emanzipatorische Politik vertreten wollen, sollten sich in Veranstaltungen, Kongresse, Diskussionen und auf den Podien einmischen, wo über zukünftige Strategien geredet wird. Diese Plattformen sind gute Gelegenheiten, die Dominanz der kapitalismuskompatiblen Politikkonzepte der Marken Humanität, Nachhaltigkeit, Agenda oder Bündnis für Arbeit zu bre-

sen von Strategie – genausowenig wie Anarchie nur das Wegfallen des Staates und das Heraufkommen reiner Unorganisiertheit bedeutet. Nein: Eine politische Autonomie besteht sogar erst dann, wenn sie sich organisiert, denn "allein machen sie dich ein"!

Politischer Widerstand braucht eine wirkliche Qualität, die wehrhaft ist gegen Repression, Abhängigkeiten und Einverleibung, die Alternativen bietet zu den Wegen der Normalität (auch der normal-etablierten politischen Arbeit z.B. der NGOs). Autonome Politik ist nicht nur ein Inhalt, sondern auch eine Strategie. Und sie hat nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie die bessere ist, also der wirksamere Weg, diese Von-oben-Gesellschaft in Richtung einer Welt von unten, einem emanzipatorischen Ziel zu verändern. Die Existenz autonomer Gruppen als Selbstzweck kann und darf es nicht sein. Notwendig ist die Entwicklung einer Strategie, die den Aufbau von Infrastruktur, Kommunikationsformen und Aktionsfähigkeit beinhaltet, eigene Wege in die Öffentlichkeit, Modelle und Kristallisationspunkte, ökonomische Absicherungen, Solidarität und Perspektiven für die einzelnen AkteurInnen.

Wie sagen doch z.B. viele Antifas: Antifa heißt Angriff – und doch sind die meisten Tag für Tag mit der eigenen Isolation beschäftigt, überlassen den Organisationen mit faschistoiden Grundtendenzen (z.B. der "bürgerlichen Mitte") das Geschehen und beschränken vieles, was sie tun, nur auf ihren Bereich.

Aber das ist nur ein Beispiel. Wir müssen insgesamt dafür sorgen, daß diese Welt im allgemeinen und die politische Bewegung im speziellen nicht mehr länger in Ruhe gelassen wird von emanzipatorischen Ideen. Die Zeit muß vorbei sein, in der etablierte Organisationsspitzen von NGOs und anderen, oft mit Parteibüchern in der Tasche, sich als Bewegung ausgegeben haben und Schröder, Daimler & Co. als ihre GesprächspartnerInnen über die Zukunft der Welt ansahen. Die politische Bewegung ist der erste Punkt, an dem die Gesellschaft von unten Wirklichkeiten werden muß – von ihren (Macht-)Strukturen her genauso wie von ihren inhaltlichen Positionen und der Strategie, gegen die Welt von oben anzutreten statt deren Begleitmusik zu sein.

Robin Wut, unterwegs

Hinweis:
Dieses Strategiepapier soll auf dem A–Camp 1999 (30.7. – 8.8. nahe Hannover) Grundlage für einen Arbeitskreis zu Strategien autonomer und anarchistischer Politik sein. Info: A–Camp, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig.



seiner Gruppen und Mitglieder bezogen hatte.

Was bleibt, ist eine den Verein dominierende Gruppierung, die glaubt, mit dem Verkauf vorgeblich "fair" gehandelter Waren die Welt gerechter gestalten zu können und mit Hilfe ihres tendenziell antikommunistischen Anhangs versucht, dem BAOBAB einen politischen Anstrich zu erhalten.

Infoladengruppe im BAOBAB-Infoladen

Wuppertal

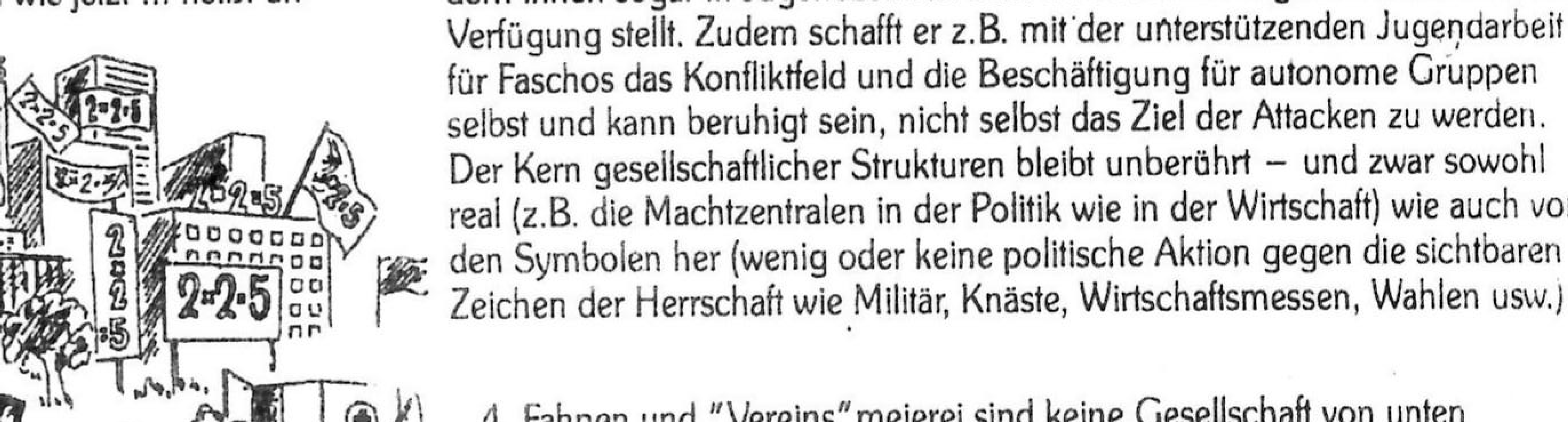
Unsere kurzfristigen Forderungen:

1. Kommunismus statt Kommunalwahl in allen Stadteilen
2. Bleiberecht für alle Flüchtlinge. Die SchreibtischtäterInnen des Ausländeramtes sollten sich in sog. sichere Drittstaaten retten
3. Das Sozialamt wird aufgelöst, das erkämpfte Existenzgeld, wird ohne Schikanen direkt überwiesen
4. Schließung der Gentechnologischen Forschungsanlagen bei Bayer. Keine Wupperverschmutzung durch die Giftmischer Bayer, Luhns und Co.
5. Angemessene Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen, von den Firmen finanzierte Besuchsprogramme etc.
6. Auflösung der Wuppertaler Staatssicherheit und Herausgabe aller Akten an die Betroffenen
7. Umwandlung des Polizeipräsidiums nach dem Vorbild von Dortmund in eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, und für die rassistischen Polizeiübergriffe. Polizisten regeln ausschließlich den Verkehr, die Staatschützer bekommen eine Fortbildung in der Pflanzenerkennung und müssen bis an ihr Lebensende im Botanischen Garten den kontrolliert ökologischen Raps-Anbau betreuen.
8. Der bergische Löwe vor der Rathausgalerie wird schwarz-rot gestrichen. Bismark in Barmen wird eingeschmolzen, lustige Statuen von Carl Biebighäuser, August Reinsdorf, Tante Elfriede und anderen Kämpferinnen für die soziale Revolution der Vergangenheit bestimmen das Stadtbild.
9. Ewiger Wiederaufstieg des Wuppertaler Sportvereins
10. Bestrafung der Verantwortlichen für den Abriß der Muno-Fabrik 1989.
11. Nulltarif in allen Verkehrsmitteln. Seilbahnen auf alle Höhen, die Schwebebahn fährt mindestens bis Hückeswagen.
12. Aufstauen der Wupper bis zur Schiffahrtsfähigkeit! Die Gerichtsinsel mitsamt der Gebäude und Archive wird geflutet, die UnterwasserarchäologInnen der Zukunft werden viel Spaß haben.
13. Windkrafträder auf allen Hochbunkern
14. Freie Drogenabgabe statt Kriminalisierung und Menschenhatz.
15. Kollektivierung aller Fabriken und Häuser, insbesondere der Bergischen Sonne. Ausbau der Riesenrutschbahn ins Tal
16. Nie wieder Richter in Elberfeld. Der ehemalige 3. Bürgermeister bekommt lebenslänglich antirassistischen Stubenarrest und darf aber ebenfalls lebenslänglich in Nächstebreck Müll sortieren, wenn es ihm Spaß macht.
17. Wiederaufbau des Wasserschlosses Elverfelde auf dem Gelände des ECE City-Arkaden

Zusammenfassend: menschenwürdiges Leben für alle in selbstbestimmten und kollektiven Strukturen. Kein Gott, keine Organisation, kein Vaterland!! Dafür aber ordentlich viel Freiheit und Glück !

hatte. In jedem Fall aber soll klar sein: So weitermachen wie jetzt ... heißt ungefähr soviel wie nicht weitermachen!

Provokationen



1. Nischenbildung: Wir fehlen überall dort, wo es wichtig ist!

Wo sich selbstorganisierte Gruppen an Aktionen (z.B. von Bündnissen) beteiligten, überlassen sie meist "den anderen" die Vorbereitungsarbeit. Damit nehmen sie nur wenig Einfluß auf Inhalte und vor allem die Form einer Aktion. Das hat Wirkung: Solche Organisationen, die ganz gezielt eine Dominanz aufbauen, hierarchische Strukturen und/oder Staatsnähe (zwecks Finanzierung u.ä.) wollen, können uneingeschränkt schalten und walten. Die einzige Ausnahme entsteht dann, wenn autonome Zusammenhänge spontan, seltener auch als geplantes Vorgehen, während einer Aktion überraschend mit eigenen Aktionen beginnen und die zentralen Organisationszentren damit übergehen.

Ähnlich fatal ist die Neigung, sich mit kritischen Positionen und Strategien aus politischen Debatten herauszuhalten. Mensch ist gerne unter sich und sucht nicht die offene Konfrontation. So laufen z.B. Parlamentssitzungen, Parteitage, Pro-Expo-Veranstaltungen, Vortragsreihen zur Nachhaltigkeit oder neuen sozialen (Demontage)Konzepten meist ohne Gegenaktionen oder Beteiligung emanzipatorischer Politikideen. Dieser Boykott stärkt die andere Seite, weil sie in Ruhe ihre Politik machen und die Köpfe beeinflussen kann. Durch eigene Veranstaltungen im eigenen Saft allein stellen wir hierzu kein Gegengewicht dar.

Folge: Autonome Politik hat nur geringe Wirkung, weil sie auf Zufallstreffer baut und sich nicht in strategische und organisatorische Debatten einmischt.

Beispiel Köln: Viele selbstorganisierte Gruppen und Netzwerke brachten sich in das große bürgerliche Bündnis Köln 99 ein – offenbar in der Erwartung, daß Größe (in Form von Mitgliedszahlen?) gleichbedeutend mit Qualität und politischer Wirkung sind. Sie nahmen weitgehend widerstandslos die politische Abflachung z.B. des Auf-

dern ihnen sogar in Jugendzentren oder Infoläden die eigene Infrastruktur zur Verfügung stellt. Zudem schafft er z.B. mit der unterstützenden Jugendarbeit für Faschos das Konfliktfeld und die Beschäftigung für autonome Gruppen selbst und kann beruhigt sein, nicht selbst das Ziel der Attacken zu werden. Der Kern gesellschaftlicher Strukturen bleibt unberührt – und zwar sowohl real (z.B. die Machtzentralen in der Politik wie in der Wirtschaft) wie auch von den Symbolen her (wenig oder keine politische Aktion gegen die sichtbaren Zeichen der Herrschaft wie Militär, Knäste, Wirtschaftsmessen, Wahlen usw.).

4. Fahnen und "Vereins"meierei sind keine Gesellschaft von unten

Kommt es zu Aktionen, so fehlt oft der Inhalt. Die eigene Ideologie, so sie besteht, wird in Kleidung sowie oftmals nichtssagenden, die eigenen Zusammenhänge bewerbenden Fahnen und Transparenten zum Ausdruck gebracht. Kaum eine Demo oder Aktion findet heute noch als vielfältiges Ereignis mit klaren politischen Aussagen statt – ob es nun eine gemeinsame Aussage ist oder verschiedene nebeneinander, spielt bei dieser Betrachtung keine Rolle, denn meist fehlen sie ganz. Innerhalb selbstorganisierter Gruppen fehlt der Wille, sich im Zusammenhang mit den Aktionen intensiv inhaltlich auseinanderzusetzen (positive Ausnahme: Veranstaltungsreihen z.B. in Infoläden und JuZes). Das hat zwei Folgen: Zum einen wird dadurch gefördert, daß in der Öffentlichkeit nur die Aktionsform (sei es nun als Fest oder als Randale) rüberkommt, zum anderen wirkt sich die fehlende politische Tiefe im Werdegang der Menschen aus, die nach meist nur wenigen Jahren Mitarbeit in politischen Gruppen ins Privatleben abtauchen und dann eine beachtliche politische Inhalts- und Prinzipienlosigkeit zeigen. Offenbar hatten sie diese nie, sondern die politische Arbeit aus einer reinen (wichtigen!) Unzufriedenheit zusammen mit einem Gruppengefühl (autonomen Gruppen als "Nest"?) durchgeführt.

Beispiel Köln: Mobilisiert wurde kaum nach Inhalten, sondern nach Gruppenzugehörigkeit. Auf den Demos waren Blöcke mit ihrer teiluniformen Kleidungen und Fahren zu sehen, aber sehr selten Inhalte. Auch im Nachhinein wurde von verschiedener Seite die Größe der Gesamtdemo oder des eigenen Blocks, die Tatsache seines Stattfindens (unfaßbar, was inzwischen schon alles ein Erfolg ist!) oder ähnliches abgefeiert – kaum dagegen erwähnt, daß die Aktionen kaum wahrgenommen wurden oder daß sie auch kaum inhaltliche Aussagen hatten.

Eu-Gipfel, WWG und die EXPO sind Varianten desselben Systems
Was gewöhnlich knallhart im Sinne der Profitmaximierung und im Glauben an den gerechten Sieg des Kapitalismus durchgezogen wird, kommt mit der Weltausstellung nur in einem anderen Gewand daher. Geläutert, aber keineswegs im Büßerhemd, stehen uns dieselben ProtagonistInnen wie immer gegenüber: Regierungen, multinationale Konzerne und internationale Organisationen. Unter dem Credo des "wir haben verstanden" versuchen sie, uns ihren alten Dreck neu zu verkaufen. Fehler in der Vergangenheit werden eingestanden, doch stehen sie weiterhin ungebrochen, pflicht- und verantwortungsbewußt auf dem Plan, um sich ihren fetten Anteil an der Zukunft zu sichern. Schaut man kurz hinter die Kulissen, entpuppen sich die Selbstinszenierungen rasch als das, was sie sind: als modernistische Phrasen der üblich gewordenen Nachhaltigkeitsrhetorik.

Strukturelle Änderungen sind nicht vorgesehen, hier modernisieren sich nur die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Die angeblich neuen Lösungen sind die alten: Gen- und Biotechnologien, Informationstechnologien, Atomtechnologie, usw. Daneben nach wie vor ein Dauerbrenner: Bevölkerungskontrolle.

Ausbeutung, Patriarchat, Rassismus sollen Fremdworte in der herrschenden Erkenntnistheorie über die globalen strukturellen Zusammenhänge bleiben, auch im nächsten Jahrtausend. Schuld an allem, wen wundert es, ist die "Bevölkerungsexplosion", die Unvernunft der anderen.

Wir kennen die Litanei, wir kennen die Protagonistinnen, wir kennen ihre Lösungen, und wir kennen unsere Antwort darauf – Widerstand!

TREFFEN + KONGRESS

3. bundesweites Anti-Expo-Treffen
Vom 6.-8. August in der Nähe von Hannover
Geplanter Schwerpunkt:
Inhaltliche strategische Entwicklung
Infos & Kontakt über
Gruppe Landfriedensbruch
Ludwigstraße 11
35447 Reiskirchen-Saasen
Telefon: 0171-6348430 Fax:06401-903285
e-mail:projektwerkstat_sa@apg.wwbnet.de

BUKO 22 – Macht Zukunft Spass
Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt
Vom 28.-31 Oktober in Hannover
Aktuelles Programm, Infos, Anmeldung über
BUKO-Geschäftsstelle
Telefon: 040-393156 Fax:040-3907520
[RTF bookmark start: _Hlt456461029]
[RTF bookmark end: _Hlt456461029]

INFOS UND KONTAKT

Anti-EXPO-AG
c/o AStA Uni Hannover
Welfengarten 2c
30167 Hannover
Fax: 0511-717441 (Anti-EXPO-AG draufschreiben!)

(Hier gibt's die neuen Reader für je 2,- in Briefmarken)

EXPO-Rundbrief
c/o Büro für mentale Randale
Wickingstraße 17
45657 Recklinghausen
Telefon: 02361-667318
(hier können Adressen angefordert werden)

eines Roma-Gemeindezentrums und die Roma-Union Frankfurt am Main angeschlossen:

Die Hintergründe
Gegenwärtig findet durch UCK-gelenkte Banden eine Massenvertreibung der Roma statt, die in ihrem Ausmaß, zumindest prozentual (gemessen an der Gesamtzahl der Kosovo-Roma) bereits die Vertreibung der Albaner übersteigt. Deutsche und andere Kfor-Truppen sehen (ohnmächtig?) zu. Schlimmer:Es genügt aber offenbar nicht, daß die Roma vertrieben, gebrandschatzt, gefoltert und ermordet werden, man nimmt ihnen auch noch die Ehre: Das von Kosovoalbanischen Nationalisten schon in den 80er Jahren propagierte Konzept des "ethnischen reinen Kosovo" (s.u.) wird jetzt exekutiert, am sichtbarsten zunächst an den Roma. Die westlichen Medien aber scheuen sich nicht, die plumpen Vorwände der UCK, dies alles sei eine Abrechnung mit Kollaborateuren der Serben, ungeprüft zu kolportieren.
Die internationale Presse, insbesondere amerikanische und britische Zeitungen berichten seit 1998 von Übergriffen auf Roma im Kosovo durch die UCK, seit Kriegsbeginn durch serbische Milizen und UCK und von Diskriminierung und Pogromen in Flüchtlingslagern Mazedoniens durch Kosovoalbaner.
Unser Verein hat die deutschen Medien, die bis vor wenigen Tagen keine Notiz von den Berichten ihrer internationalen Kollegen nahmen, bereits vor Wochen auf die katastrophale Lage der Roma als Opfer von Natobomben und beider Bürgerkriegsparteien in Kenntnis gesetzt. Nach dem Einmarsch der Truppen der Nato und der UCK hat sich die Lage der Roma so dramatisch verschärft, daß seit wenigen Tagen auch deutsche Medien dies nicht mehr ignorieren können: Folterräume der UCK in Prizren, "Albaner" überall.Die verleugneten Hintergründe: Es ist eine Sache, daß die Medien seit Monaten beharrlich ignorieren, daß es im Kosovokonflikt nicht nur um zwei Volksgruppen geht (stereotype Wiederholung: 90% Albaner, 10% Serben), sondern daß mindestens 15% der Einwoh- ner anderen Minderheiten angehören: den Goranen, Aromunen, Bosniern, Montenegrinern, Muslimen (Türken) und der größten dieser Gruppen: den Roma. Das Schicksal dieser Gruppen, nämlich Opfer beider Bürgerkriegsparteien zu sein, wird dann natürlich ebenso konsequent ausgeblendet. Dies alles ist bedauerlich genug. Schlimmer ist es aber, wenn die Medien die Sprachregelung der UCK übernehmen, daß ihre Leute jetzt lediglich die Roma als Kollaborateure der serbischen Massenmörder zur Rechenschaft ziehen. Solch einen Rachefeldzug finden einige Journalisten dann zwar nicht gerade schön, aber auch nicht ganz unverständlich. Im Handumdrehen wird eine Volksgruppe, die offensichtlich gerade Opfer einer endgültigen ethnischen Säuberung wird, insgesamt zu Tätern stilisiert, um eben diese Vertreibung zu rechtfertigen. Man trachtet den Roma nach dem Leben und nimmt ihnen auch noch ihre Ehre. Man nimmt möglicherweise vorgekommene (bis heute aber in keinem Fall bewiesene) Übergriffe einzelner Personen zum Anlaß die gesamte Volksgruppe zu verfolgen und einer Lynchjustiz auszusetzen. Das ist nur möglich auf Grund der seit Jahrzehnten heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Kosovoalbanern und Kosovoroma und auf Grund des politischen Ziels eines "ethnisch reinen Kosovo", das albanische Nationali- sten bereits in den 80er Jahren forderten (s.u.) und jetzt umsetzen wollen.

1.ROMA seit Jahrhunderten zwischen den Fronten des Kosovo

ROMA

Seit ca. 500 Jahren sind Roma im Kosovo ansässig. Sie geraten mit dem Aufkommen des großserbischen und großalbanischen Nationalismus, die sich seit dem 19 Jahrhundert um das Kosovo streiten, zwischen die Fronten wie andere Kosovominderheiten auch. Zunächst in den Balkankriegen 1912/13. Mit der Errichtung des großalbanischen Reiches von Mussolinis und Hitlers Gnaden werden neben den Serben auch Roma und Juden vertrieben und ermordet. Nach 1945 setzen sich die Pressionen gegen die Roma fort, weil sowohl Serben wie Albaner im Kosovo von den Roma und anderen Minderheiten absolute Loyalität fordern. Beide Seiten zwingen sie bei Volkszählungen als Nationalität "Serbe" oder "Albaner" einzutragen, um die Prozentzahlen für die jeweilige Seite nach oben zu manipulieren. Bei politischen Versammlungen und Demonstrationen werden Roma gezwungen sich zur jeweils lokal dominierenden Gruppe zu bekennen.
Dem Rom e.V. liegen zahlreiche Augenzeugenberichte vor, daß seit den 70er Jahren insbesondere während der "Autonomie" von kosovoalbanischer Seite solche Loyalitätsbezeugungen auch durch Drohungen, Prügel, Zerstörungen und Mordanschläge erzwungen wurden. Da Arbeitsplätze, gesundheitliche Versorgung und Bildungsmöglichkeiten nach einem Volksgruppenschlüssel von den beiden Hauptgruppen monopolisiert wurden, sahen sich viele Roma gezwungen auch bei der Beantragung von Pässen sich als Albaner oder Serben auszugeben.

misse und das Bildungsgefälle betrifft. Mehrere zehntausend Roma sind seit den 70er Jahren zudem aus dem Kosovo nach Westeuropa emigriert oder in den letzten Jahren geflohen; ihre Kinder inzwischen z.B.auch deutsch sozialisiert. Die religiöse, politische und soziale Zersplitterung der Roma verbietet es, sie in erster Linie als ethnische Einheit zu definieren: das ist die gewollte Außensicht ihrer Gegner, einheitlich ist allenfalls ihre Diskriminierung von allen Seiten. Es ist die mythologisierte ethnische Falle, in die deutsche Antisemiten auch die Juden immer wieder einsperrten, unabhängig davon wie groß deren Distanz zum Judentum oder ihre soziale Vielfalt war. Die ganze (Medien-) Wahrnehmung der Balkankonflikte läuft mittlerweile auf dem Hintergrund einer im Grunde rassistischen Neukonstruktion sog. ethnischer Einheiten.

3."Ethnische Reinheit" der Kosovo gegen die ROMA

Roma waren im Kosovo wie in ganz Jugoslawien bzw auf dem Balkan immer eine "Streuminorität", wenn auch insgesamt sehr zahlreich: im eh. Jugoslawien wurden bis zu einer Million Roma geschätzt, in Rumänien z.B bis zu 2 Millionen. Neben kulturellen Faktoren war dies ein Hauptgrund, daß Roma nie eine "Nationalbewegung" etwa gar mit territorialen Ansprüchen entwickelten. Zu keinem Zeitpunkt haben sie andere Volksgruppen unterdrückt oder gar bekriegt. Im Gegenteil sie waren in allen Balkankriegen vor allem Opfer. Sie waren auch die ersten Opfer des Zerfalls bzw. der Aufteilung Jugoslawiens, denn alle Nachfolgestaaten versuchten die Erteilung ihrer Staatsbürgerschaften so zu manipulieren, daß gerade Roma ausin ganz Jugoslawien.

5.ROMA - mißbraucht auch im Bürgerkrieg

Im Kosovokrieg trafen Natobomben zahlreiche Romaviertel und zwar deswegen weil Roma oft in der Nähe von „militärischen" Zielen wie Flughäfen, Kasernen, Raffinerien, Chemiefabriken etc. also in von der Mehrheitsbevölkerung gemiedenen Gebieten siedeln. Die Flucht wurde ihnen von serbischen Truppen oft verwehrt, z.B.nach Serbien, wie selbst heute noch, weil sie auch dort unerwünscht sind (trotzdem haben ca.10.000 Romaflüchtlinge mittlerweile in Serbien Unterschlupf bei Verwandten gefunden- unter unglaublich ärmlichen Verhältnissen). Auch die Flucht nach Mazedonien zu ihren Verwandten wurde oft verhindert, wie im April in Mitrovica, wo das Romaviertel wochenlang von serbischer Polizei umstellt war. Selbstverständlich rekrutierte das serbische Militär auch wehrpflichtige Roma zu Einsätzen im Kosovo, während die UCK in vielen Orten Roma zu Spenden zwang oder junge Männer ebenfalls rekrutierte. In anderen Orten suchten Albaner Zuflucht vor der serbischen Miliz bei Romanachbarn und wurden von diesen versteckt. Ältere Roma wurden von der serbischen Armee gezwungen, Hilfsdienste zu leisten: z.B. bei der Beseitigung von Masskeropfern. Nach der Zerstörung der Infrastruktur und von Häusern und der Verletzung und Tötung von Menschen aus allen Volksgruppen durch Natobomben, werden ohne Zweifel Zivilisten (Serben, Albaner oder auch Menschen anderer Minderheiten wie die Roma) die zurückblieben und obdachlos auch in Wäldern von Hunger und Krankheiten bedroht waren, sich auch fremdes Gut angeeignet haben, nicht

Natotruppen die Vertreibung aller Nichtalbaner nicht ungern sahen, weil dies die Sicherheitsprobleme erleichtere. Deutsche Kfor-Truppen lassen UCK-Terroristen einfach laufen auch wenn sie diese gerade beim Foltern von 12 Roma und 3 Serben erwischen, wie in.Prizren. Der ROM e.V. hat zusammen mit der Romani Union Berlin, der Roma Union Grenzland Aachen und dem Frankfurter Roma-Förderverein bereits vor Wochen gefordert, daß die Natostaaten, insbesondere die BRD eine besondere Verantwortung auch für die nichtserbischen und nichtalbanischen Minderheiten im Kosovo tragen. Romavertreter müssen jetzt erst recht als gleichberechtigte Partner an einer zukünftigen Ordnung des Kosovo mitbestimmen dürfen und in den Genuß internationaler Garantien für die volle Anerkennung ihrer kulturellen Autonomie kommen.
Angesichts der nunmehr nicht mehr zu leugnenden brutalen Verfolgung der Roma und anderer Minderheiten im Kosovo und der offensichtlichen Weigerung serbischer Stellen die Romaflüchtlinge aufzunehmen, steht die Verpflichtung der BRD diese Menschen jetzt Viel Beifall gab es, als anschließend die Männer und Frauen von der inter- nationalen Karawane ihr Solidaritätslied sangen. Aus dem aufzunehmen wohl endgültig außer Frage.

ANKÜNDIGUNGEN:
18.8. - Jahreshauptversammlung IG Farben in Frankfurt - Achtet auf Infos
3.10. „Tag der deutschen Einheit" (30.9. + 1.10 Konferenz in der Paulskirche / FFM; 2.+3.10 „Volksfest" in Wiesbaden - auch dazu soll was passieren...

Rassismus-Büro Bremen, ARGE Gemeinsam gegen Atomgefahr – St. Peter – Austria, Atom-Plenum Minden, ASO - Anarchistischer Störtrupp - Oldenburg, BBA-Infoladen Bremen, Bremer Anti-Atom-Forum (BAAF), BIU-Bürgerinitiative Umweltschutz – Budweis – Cech Republik, CASTOR-Gruppe Bremen, CASTOR-Gruppe Dahlenburg, Centrum ENERGIE – Budweis – Cech Republik, Dachverband der Oberpfälzer Initiativen gegen Atomanlagen - Schwandorf, DGB Jugendbildungsstätte Fulda, EA-Berlin, EA-Hamburg, EZM-Energie Zukunft Mühlviertel – St. Stefan – Austria, Leben nach Tschernobyl – Gießen, Ratschlag der Anti-AKW-Initiativen in Trebel vom 20.7.1999, OOe Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr – Austria, Soligruppe „Goldene Hakenkralle", Unorganisierte Anti-AKW GegnerInnen - Oldenburg.

<u>Gemeinsames Solikonto</u>:
Rote Hilfe e.V., Kto. 48 19 12 206, BLZ. 200 100 20, Postbank Hamburg, Verwendungszweck: „Goldene Hakenkralle"
Wir brauchen starke finanzielle Unterstützung. Damit Ihr eine Vorstellung habt: Bei 20 Betroffenen sind bisher etwa 20 AnwältInnen beteiligt.

<u>Info-Ordner</u> sind einzusehen:
Berlin: Info-Laden, H.G., Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin, Fax: 030 / 611 50 21.
Bremen: BBA-Info-Laden, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421 / 700 144.
MAUS-Archiv, Richard-Wagner-Str. 22, 28209 Bremen, Tel./Fax 0421 / 34 29 74.
Hamburg: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, Tel: 040/ 44 60 95, Fax: 040/ 410 8122.
Archiv der Sozialen Bewegungen, Rote Flora, Schulterblatt. Tel: 040/ 433 007, Fax: 040/ 4325 4754.
Anti-Atom-Büro Hamburg, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040/ 390 9222, Fax: 040/ 390 3527.
Lüneburg: Infocafe ‚Anna und Arthur', c/o Heinrich-Böll-Haus, Katzenstr. 2, 21335 Lüneburg, Tel: 04131/ 41094.
Oldenburg: Alhambra, Herrmannstr. 83, 26135 Oldenburg, Tel: 0441/ 14402, Fax: 0441/ 2488660.
Wendland: Büro BI-Lüchow-Dannenberg: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Tel: 05841/ 4684, Fax: 05841/ 3197.
Meuchefitzer Gasthof, Meuchefitz 12, 29482 Küsten. Tel: 05841/ 5977, Fax: 05841/ 6976.

Aktuelle Infos sind abzufragen bei: www.nadir.org

Weitere UnterzeichnerInnen oder Solidaritätserklärungen an: BBA-Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421 / 700 144.

Die Staatsanwaltschaft unterstellt, daß durch die reißenden Oberleitungen Gefahr für Leib und Leben von LokomotivführerInnen und Reisenden entstanden war. Dagegen geht aus den Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung ganz klar hervor, daß solche Aktionen so angelegt sind, daß keine Menschen gefährdet werden. In dem besagten Kommuniqué heißt es dazu: „Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden".

Es gibt elf „Beschuldigte" und neun weitere „Betroffene", wobei dieses Personen sind, die mit den Beschuldigten in Kontakt stehen sollen, oder zu deren Räumen die Beschuldigten Zugang haben sollen.

Die Durchsuchungen – zumindest bei den Beschuldigten – fanden in allen Räumen statt, zu denen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zugang haben. Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen. Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine AnwältIn zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden.

In Bremen gehört ein Mitarbeiter der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) zu den Beschuldigten. Sein Arbeitsplatz, sowie die Räume der Meßstelle und das gesamte Haus, in dem sich die Meßstelle befindet, wurden durchsucht. Geschäfts- und Arbeitsunterlagen wurden in einem Ausmaß beschlagnahmt, daß ein Weiterbetrieb gefährdet ist. Hier wurde vor Ort eine weitere Beschuldigung erhoben: „Anfangsverdacht des Betruges durch unzweckmäßig verwendete Fördergelder". Das geschah sicher nicht zufällig: Die Meßstelle hat z.B. die Kampagne gegen Atomtransporte durch Bremen und Bremerhaven ('97,'98) wissenschaftlich begleitet und politisch unterstützt. Diese Kampagne bekam durch den „CASTOR-Skandal" eine zusätzliche Bestätigung.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen beschlagnahmt: PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde – unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf. Weiterhin: medizinische Unterlagen und Therapieunterlagen, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben und Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarrettenkippen beschlagnahmt, was wohl im Zusammenhang mit den Speichelproben steht.

Erfahrungsgemäß kann es eine zweite Welle von Durchsuchungen geben. Darauf sollten wir uns vorbereiten!

rande der demo geführt, dies hätten die bullen nutzen können. Außerdem sind wir keine rote heilsarmee. Nichtsdestotrotz sollten wir aber nächstes jahr uns verstärkt darum kümmern, daß sowohl auf der demo selbst (lautsprecherdurchsagen) als auch im vorfeld (auf plakaten) darauf hingewiesen wird, daß zu großer alkoholkonsum eine gefährdung der konsumierenden und der umstehenden bedeutet. Auch ein flyer zu korrektem demoverhalten ist sicherlich sinnvoll.

2. Es ist der vorwurf erhoben worden, auf der demo seien politische inhalte unter den tisch gefallen oder nicht deutlich geworden. Diesen vorwurf finden wir ziemlich platt und weisen wir zurück. Auf der demonstration gab es zwei lautsprecherwagen. Vom ersten lautsprecherwagen aus, der relativ weit an der spitze fuhr, gab es neben hauptsächlich internationalistischer/politischer musik jede menge von redebeiträgen verschiedener gruppen und wurde immer wieder auf das hauptmotto der demo hingewiesen, nämlich weg mit dem pkk-verbot und schluß mit den imperialistischen kriegen in jugoslawien und kurdistan.. Dieses motto wurde ja auch in der mobilisierungsphase durch plakate, flugis, aufrufe etc massiv propagiert. Auf dem zweiten sah das etwas anders aus. Dort spielte eine musikgruppe, es hat aber auch von dort durchsagen gegeben. An sich finden wir das konzept von demo und konzert für richtig, denken aber auch, daß wir daran im nächsten jahr noch einiges verbessern müssen. So muß die musikgruppe sich den anweisungen der organisatorInnen fügen und kann nicht erwarten, von uns einen kostenlosen mega-werbe-gig geliefert zu bekommen, wo wir dann nichts mehr mitzubestimmen haben. Das primat bleibt in jedem fall die politik.
Wie absurd der vorwurf des „unpolitischen" ist, zeigt sich erst recht, wenn außer die regionalen auch die überregionalen zeitungen durchgeblättert werden, die schon im vorfeld, aber auch nach der demo immer wieder den politischen charakter der demo (wie z.b. obengenannte mottos) darstellten.

3.Während des bullenüberfalls auf dem Kottbusser Damm wurde (wieder einmal) sichtbar, wie wichtig organisierte strukturen sind: während die organisierten gruppen dem angriff so lange wie möglich standhielten, strömten große gruppen von unorganisierten teilweise panisch in allen richtungen davon. Auch aufrufe vom lauti, stehenzubleiben und ketten zu bilden, konnten daran nicht mehr viel ändern. Der massive einsatz von tränengas, den es in dieser intensität lange nicht mehr gegeben hatte, tat daran sein übriges. Wir hatten den eindruck, daß das deeskalationsgeschwafel der bullen bei vielen leuten durchaus angekommen ist insofern, als sie sich offensichtlich auch auf grund der größe der demo ziemlich sicher gefühlt haben, z.b. keine ketten bildeten. Der angriff bzw seine intensität kam dann umso überraschender.

hielten ihre türen offen und erteilten somit der staatslinie eine absage. Die bevölkerung verhielt sich auch im wesentlichen positiv gegenüber der demo und den anschließenden auseinandersetzungen.
Daß dabei die aktiven nicht immer die „autonome kleiderordnung“ eingehalten haben, sollte eigentlich kein problem für uns darstellen, sondern eher für die bullen, wenn sie gezwungen sind, dann gegen ganz „ normale“ bürgerInnen vorzugehen, was bei diesen auch nur zu neuer wut gegen die bullen führt. Besser wäre es natürlich, wenn alle aktiven maskiert wären, da z.b. auch das film- und photomaterial der bürgerlichen presse von den bullen ausgewertet wird. Wir fanden es positiv, daß zum zweiten mal in folge ein 1.mai-fest auf dem mariannenplatz stattfand und hoffen, daß auch in zukunft das fest möglich ist und als einheit mit der demo verbunden gesehen wird. Allerdings muß allen klar sein, daß die grünen nach ihrem parteitag auf dem fest nichts mehr zu suchen haben.
Eine zweite pressekonferenz gleich nach der demo abzuhalten, hat sich als vorteilhaft erwiesen, wurde so doch verhindert, daß nur die bullen mit ihrer darstellung in der öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Für das nächste jahr fordern wir diejenigen organisierten, die sich dieses jahr abwartend gegenüber der vorbereitung verhalten haben, auf, sich aktiv daran zu beteiligen.

FÜR DEN KOMMUMISMUS!!

kommunistische und autonome gruppen

Betr.: **Prozeß gegen Arbeitslose**

1. Verbrechen
Am 7.4.1998 sollen zum Ende der Arbeitslosen-Demo bei der Karstadt-Erstürmung 5 Tafeln Schokolade von mir (Angeklagte) entwendet worden sein

2. Verbrechen
Als ich von den sich offenbar durch mich bedroht fühlenden Polizeibeamten fast krankenhausreif geprügelt wurde, soll ich Widerstand geleistet haben.

Der Prozeß gegen mich findet voraussichtlich statt

am 16.8.99

um 10.45 Uhr

Amtsgericht Tiergarten

Zeugen des Polizei-Einsatzes vom 7.4.98 am Karstadt Hermannplatz sollen sich beim Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, Telefon 692 22 22) melden

Organisieren), das Autonome Wochenende gegen die Leere '97. Genauso wie Bündnisse zu 1.Mai-Demos, die Anti-Papst-Demo '96, gegen öffentliche Gelöbnisse und den Kosovo-Krieg der NATO, Anti-Umstrukturierungspolitik, Anti-Siemens-Kampagne, die Antira-Grenzcamps, Beteiligung am EX und natürlich die ersten Jahre vor allem gegen Olympia in Berlin. Ins Wendland sind wir bei Großmobilisierungen auch immer gern gefahren.
Nachdem wir jetzt mehrfach in VS-Berichten genannt wurden, sind wir offensichtlich reif für die Kriminalisierung. Nachdem einige erklärtermaßen militant kämpfende Gruppen wie die RAF, viele RZ - und Rote-Zora-Gruppen aufgegeben haben, braucht das BKA Legitimation und Arbeitsbeschaffung.
So halten sie sich an kontinuierlich arbeitende, für sie greifbare Strukturen, die für linksradikale, kämpferische Politik stehen. Mangels Greifbarkeit militanter Gruppen bauschen sie das Konzept der autonomen Gruppen, von denen es seit den 80ern in jeder Stadt welche gab und noch gibt, zu einem terroristischen Popanz auf.
Wenn jetzt das AOK möglicherweise zur 129a-Gruppe erklärt werden soll, kann das für viele öffentlich arbeitende Gruppen heißen, in „Terrorismus-Nähe“ gerückt zu werden. Wenn schon nichts prozeßfähiges bei den Durchsuchungen abfällt, und die Funde sprechen nicht dafür, so soll doch das Stigma des Terrorismus bleiben.

Für uns alle müßte das heißen, erst recht die Diskussionen um linksradikale Perspektiven und Widerstand auf allen Ebenen voranzutreiben.
Rot-Grün darf nicht durchkommen!
Lassen wir den nächsten Castor ins Leere laufen!
Wir haben weiter Oberleitung!
Wir grüßen auch die Betroffenen und Beschuldigten in den anderen Städten.

AOK



4. Transport des Verbrechers ohne Kneifen.

Vorsicht: Führungskader im AOK

Jetzt hat die BAW endlich aufgedeckt, womit wir Autonomen uns seit Jahren plagen: auch wir leiden unter Führungskadertum. Wochenlang sind unsere Kader vielbeschäftigt, die Kleinarbeit bleibt an uns hängen. Sie reisen überall rum, besuchen befreundete Kader, halten unzählige Treffen im Unterholz ab. Nur um dann bei ihrem Lieblingssport, dem Wurfanker - Weitwurf die DB-Fahrpläne tüchtig durcheinander zu bringen. Und jetzt werden sie noch als Juwel-RaucherInnen entlarvt!
Jetzt mal ehrlich: natürlich sind wir ein politisches Kollektiv, wo alle alles machen müssen, nur nicht rauchen. Und Führungskadertum würden wir niiiie im Leben dulden. (sagt unsere Chefin). Aber auch nicht, daß die BAW versucht, uns die „Goldene Hakenkralle" (so der Arbeitstitel der Bullen bei den Durchsuchungen) zu verleihen.

Da wo die Bullen mit ihren Ermittlungen wegen der erfolgreichen Anti-Castor-Aktionen gegen die Bahn seit Jahren nicht weiter kommen, versuchen sie sich, Leute zu krallen, die sich öffentlich gegen die Transporte engagieren, bzw. Teil der linksradikalen Opposition sind.
Der Zeitpunkt der Durchsuchungen am 6.7.99, der Beschluß war auf den 10.6. datiert, erklärt sich für uns aus dem Umstand, daß wir schon einige Tage vorher über das Verfahren informiert waren und für den 7.7. eine Pressekonferenz dazu geplant hatten. Ein Beschuldigter erfuhr zufällig im Rahmen eines nicht bewilligten Förderantrags an das Land Brandenburg für die antirassistische Gruppe „Opferperspektive", daß Vorbehalte gegen ihn bestünden, da er mit „Mitgliedern des AOK" zusammenwohne. (mehr dazu in der taz vom 15.7.)



Im Durchsuchungsbeschluß ist sich die BAW nicht zu blöde, ihre eigenen hierarchischen Strukturen auf uns zu übertragen. Mitglieder des AOK sollen „Führungskader für den Bereich Berlin" bei einer bundesweiten „terroristischen Vereinigung 'Autonome Gruppen'" sein. Bei einem Beschuldigten besteht sogar der Verdacht der „Kontaktschuld": er soll „intensive Kontakte zum AOK" haben.
Durch die Ermittlungen gegen einzelne von uns und die Durchsuchungen sollen wir als offen arbeitende Gruppe und Teil des linksradikalen Widerstandes in Berlin eingeschüchtert werden. Linke Opposition auf der Straße oder an sensiblen öffentlichen Orten soll in ihrer schönen neuen Hauptstadt noch mehr eingeschränkt werden. Diskussionen über Perspektiven, Utopien und Strategien linksradikaler Politik sollen nicht mehr öffentlich stattfinden und sich so nicht verbreitern können. So wurden beispielsweise Protokolle von Vernetzungstreffen und Diskussionspapiere beschlagnahmt. Wer öffentlich über Widerstand zum Beispiel gegen die Atompolitik diskutiert, soll befürchten müssen, auch strafbare Aktionen angehängt zu kriegen. Besonders der breite Anti-AKW-Widerstand gegen demnächst anstehende Castor-Transporte ins Wendland soll so getroffen werden. Daß Versuche wie dieser, ganze Gruppen zu kriminalisieren, nichts neues sind, zeigen zum Beispiel die Ermittlungen gegen die Göttinger Antifa (M) und die Passauer Antifa, die 129(a)-Verfahren angehängt bekamen. Der 129(a) ist

einen Prozess illegal macht. Öcalan wird von einem Staatssicherheitsgericht der Prozess gemacht. Um diplomatischen und politischen Druck vor allem aus Europa etwas abzufedern oder ins Leere laufen zu lassen, wurde der eine Militärrichter im dreiköpfigen Richterteam durch einen «zivilen» ersetzt. Abdullah Öcalan ist auf der Gefängnisinsel Imrali der einzige Gefangene und wird in strengster Isolation gehalten. Die Bilder von ihm bei der Entführung, aber auch bei den Gerichtsterminen, lassen darauf schliessen, dass er unter starkem Medikamenten-, Psychopharmaka- oder Drogeneinfluss steht, an ihm also «weisse Folter» praktiziert wird. Doch da fangen dann schon die Schwierigkeiten, beziehungsweise die Widersprüche an.

Prozessstrategie?

Am 27.2.99 bei der Grossdemonstration in Zürich für eine politische Lösung in Kurdistan und Freiheit für Abdullah Öcalan wurde in Reden von kurdischer Seite immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass ihr Vorsitzender mit Drogen misshandelt wird. Wie aber reagieren, wenn der Angeklagte, der unumstrittene Leader der Organisation, vor einem türkischen Staatssicherheitsgericht aussagt, dass er keiner Art von Folter unter-offen, beispielsweise mit Solileuten, diskutieren zu müssen. Möglich ist auch, dass Kritik an Abdullah Öcalan aus den eigenen Reihen aufgrund seiner Position praktisch unmöglich ist, dass sich also die vielkritisierten hierarchischen Strukturen und die fast schon religiös anmutende Überhöhung Öcalans an diesem Punkt rächen und die Partei politisch lähmen kann. In einem Moment, wo es eine ganz offene politische Auseinandersetzung bräuchte, wie es weitergehen kann.

Auffallend beim Prozess ist auch, dass Abdullah Öcalan die Türkei nicht gerade harsch kritisiert hat. Vielmehr hat er sich bemüht, die Türkei auch in eine Opferrolle zu stellen. Als Opfer der USA, die mit seiner Entführung die Türkei destabilisieren wolle. Ich glaube allerdings nicht, dass es den USA um eine Destabilisierung der Türkei geht. Die Türkei ist wohl der verlässlichste NATO-Partner der USA, und dafür kann sie sich auch einige Schnitzer in Menschenrechtsfragen leisten. Die geostrategische Lage der

lungen in den Aussagen Öcalans. (Wobei hier natürlich die staatliche Zensur in der Türkei zu berücksichtigen ist.) Dies gibt natürlich denjenigen Kräften Auftrieb, die schon lange behaupten, dass sich die PKK von der linken Politik verabschiedet habe. Fakt ist, dass im und um den Prozess ausschliesslich nationalistisch bis chauvinistisch argumentiert wird. Was dann auf einen (selbst-)ethnisierten Konflikt zwischen «Türken» und «Kurden» hinausläuft. Hinter dieser Frontstellung versickern dann die sozialen Widersprüche. Diese ethnische Aufladung lässt auch für die Zukunft nichts Gutes vermuten. Wenn mensch der NZZ einmal glauben schenken darf, dass Cemil Bayik vom Führungsrat der PKK tatsächlich mit einem «totalen Krieg» gedroht hat, falls Öcalan hingerichtet wird und es nicht zu einer politischen Lösung kommt, kann mensch sich getrost fragen, wer dann gegen wen, warum und für was kämpft. Eine Perspektive, dass die kurdischen Menschen für sich und ein befreites Leben kämpfen, sehe ich im Moment real nicht. Dann schon eher, dass bei vielen die Bereitschaft da ist, sich aus Rachegefühlen gegen die Türkei für ihren vergötterten Vorsitzenden aufopfern.

aus: megafoon, Bern rl

herrschenden Klassen weltweit!

Gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung!

Autonome Gruppe Gegenenergie

greifen" gesprüht. Die ... ermittelt wegen Sachbeschädigung und Beleidigung.

3

die neue **radikal** ist draußen!

DIE SEHNSUCHT NACH EINEM ANDEREM LEBEN, WIRD ES SEIN, DIE IHRE MACHT ZUM EINSTÜRZEN BRINGEN WIRD!

Inhalt

WOZ
Postfach
CH – 8031 Zürich

Adresse
Schreibt bitte im **doppelten Umschlag**. Auf den inneren schreibt ihr „Z. K." Dieser kommt dann in einen 2. Umschlag, auf den die Adresse kommt.

Die radikal besitzt nach wie vor **kein Bankkonto**, also bitte keine Verrechnungsschecks oder Banküberweisungen. Bitte keine Briefmarken oder Münzen, sondern einfach DM-Scheine – et voila.

Abo
Klar ist, daß die radikal lange nicht alle erreicht, die sie eigentlich lesen wollen. Von daher gibt es auch weiterhin unseren Direkt-Haus-Liefer-Service, in einer diskreten Verpackung. Die radikal kostet im Abo für 5 Ausgaben 50.- DM und für 10 Ausgaben 100.-. Um ehrlich zu sein, sind uns 10er-Abos weitaus angenehmer.

nummer 156 juni 1999

Seite und etwas was man spontan gewohnt ist, als „Menschenrechte" zu verstehen, auf der anderen Seite immer wieder von neuem den Raum für moralisch unterlegte Solidaritätskampagnen. Darin müssen die UnterstützerInnen in der Öffentlichkeit „Lebensgeschichten" von „guten" aber abschiebungsbedrohten Menschen erzählen, um in der Bürgerpresse ein für die wirklich Bedrohten eins der begehrten „Medienlose" zu ziehen. Denn nur die haben wenigstens eine minimale Aussicht darauf, nicht ganz so schlecht behandelt zu werden wie normalerweise alle anderen. Und angesichts dieser harten Staatspraxis kommen nun ausgerechnet wir mit einem Vers: „Denn ihr sollt wissen, kein mensch ist illegal". Fast zu schön, um tatsächlich wahr zu sein. Aber bitte: Was heißt denn heute ...

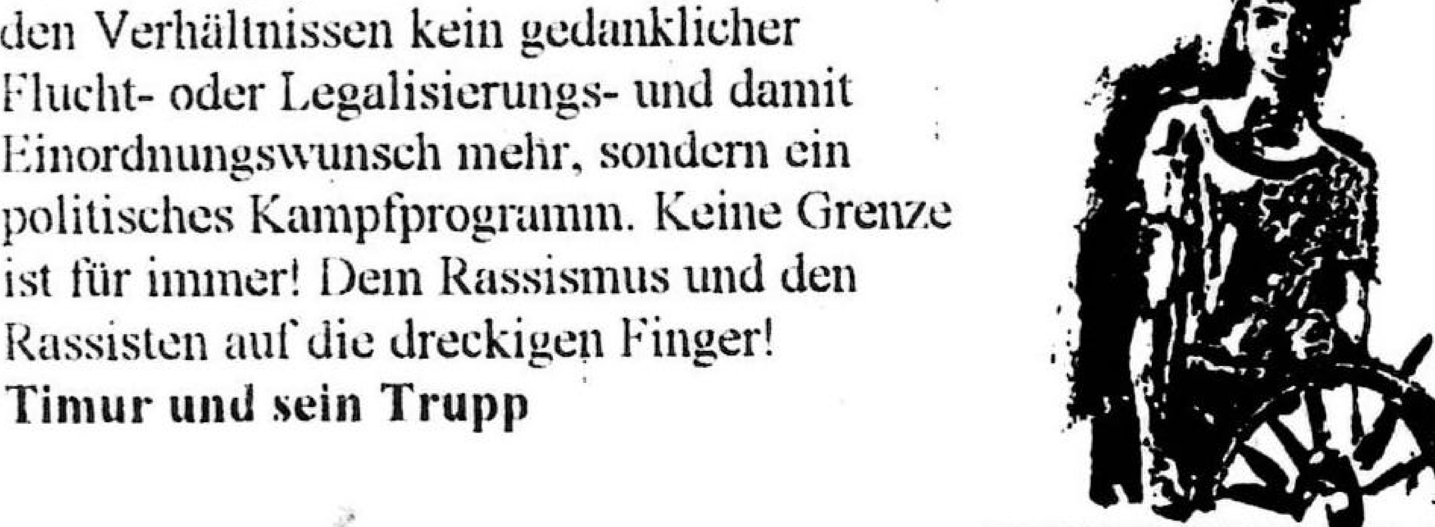
Antira-Politik ?...

Die während der Documenta in Kassel, d.h. im Umfeld eines Kulturevents (!), im Sommer des Jahres 1997 aus der Taufe gehobene Kampagne hat von Beginn an als eine Art Button für bereits bestehende unterschiedliche Antira-Aktivitäten fungiert. Manche davon waren eher „politisch" andere eher „karitativ" oder „sozial" ausgerichtet. Allen diesen Projekten der unterschiedlichsten Qualität und Alltagsintensität ist eigen, daß sie vorher weder über eine gemeinsame politische Antira-Strategie geschweige denn diesbezügliche Taktik verfügt haben. Insofern hätte dieser auf dem zweiten Blick und beim drittem Nachdenken ungeheuer attraktiv wirkende Slogan zwischen den Initiativen tatsächlich einen nicht bloß formalen Zusammenhang stiften können. Er hätte auch zum Focus für eine neue politische Diskussion über den Standort und die Perspektiven eines politischen Antirassismus in der Metropole werden können. Soweit wir aber die Camp-Vorbereitungstreffen haben beobachten können, ist genau das (noch) nicht geschehen. Noch einmal der Umstand, daß die schöne „kein mensch ist illegal-Aussage für sich weder Kritik, Provokation noch Konfrontation enthält, wurde bislang problematisiert. Denn dreht man diese Aussage einfach um, dann heißt sie: "Alle Menschen sind legal." Das wäre wiederum nur eine andere Beschreibung dafür, daß der Zustand der Legalität auf alle ausgedehnt werden soll. Ist nicht genau der Weltstaat, in dem alle einer Art Weltgesetz

in der Campvorbereitung, die aus einer politischen Tradition kommen, deren Slogan eher „legal - illegal - scheißegal" hieß, keine Irritation von der schönen Parole "kein mensch ist illegal" auszugehen scheint. Diese Parole ist offenbar so schön, daß das große "Ja", das ihr Klang hervorruft, alle Antira-Camp-Katzen in goldenes Licht taucht, so daß die politischen Unterschiede gar nicht mehr sichtbar zu sein scheinen. Und die auf den ersten Blick verflucht professionell brummende Orga-Maschine tut das übrige. Sie verspricht, daß dieses Camp, wie das 98'er auch, „ein Erfolg" wird. Und an „Erfolgen" wollen in dieser Gesellschaft viele beteiligt sein. Sind das nicht verheißungsvolle Aussichten: Goldenes Parolenlicht, eine summende Orgamaschine und schließlich das Gemeinschaftserlebnis bei Aktionen und beim Zelten im Wald?

Hoffentlich lassen sich die Campistas mit dem erwünschten Provokationseffekt gegenüber der Bevölkerung nicht in die perspektivlosen Identitätsidiotien des „Wir gut" gegen „Die doof" treiben. Und dann wäre da noch die Anstrengung, nicht alles in dem großen sprachlosen „JA" untereinander absaufen zu lassen. Gegen alle Harmoniesucht und gegen das nur zu plausible kleinbürgerliche Ordnungsregime wäre auf dem Camp die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, für eine „gute Politik" für das 21. Jahrhundert „zu philosophieren.". In diesem Sinne, nur Mut zur Lücke in Lückendorf bei Zittau mit der Parole: „Keine Störung ist illegal.". Zum einen entspricht das unserem politischen Selbstverständnis, zum anderen sind wir aus der Sicht des BGS und großer Teile der rassistischen Bevölkerung genau das, was z.B. Flüchtlinge in ihren Augen auch sind: Störer. Und wir sollten diese repressive Zuschreibung annehmen, anstatt zu versuchen, ihr auf freundliche "kein-mensch-ist-doch-illegal!" Art zu entkommen. Das wäre dann gegenüber den herrschenden Verhältnissen kein gedanklicher Flucht- oder Legalisierungs- und damit Einordnungswunsch mehr, sondern ein politisches Kampfprogramm. Keine Grenze ist für immer! Dem Rassismus und den Rassisten auf die dreckigen Finger!

Timur und sein Trupp



gestrichenen 5% Hürde ist zu vermuten, daß sich die Rechten nun in viele Stadtparlamenten breit machen. Was dagegen tun ?

6. dankenswerter Weise hat uns Spät aber immerhin eine Nachbereitung zum 1. Mai erreicht. Dabei möchten wir auch eine Aufarbeitung des Fehlverhaltens einiger Teilnehmer an der Gelöbnisdemo anmahnen. Wie wir gehört haben soll es Verletzte durch Flaschenwürfe aus den eigenen Reihen gegeben haben. Diesen wünschen wir gute Besserung, den Werfern soll die Hand abfallen.
7. dieser Ausgabe liegt eine redaktionsunabhängiges umfangreiches Kartenwerk zum Wandern anläßlich des Grenzcamps in Zittau bei. Für die Qualität können wir nix. Viel Spaß beim durch die Gegend irren.
8. weil viele im Urlaub verweilen und die Daheimgebliebenen nicht immer gut drauf sind, kann es passieren, daß ihr vielleicht auf die Interimausgabe am 26.8. verzichten müßt. Aber die nächste Ausgabe erscheint wie gewohnt. Auch wenn es einigen von uns peinlich ist, Gründe eines evt. Nichterscheinens sind auch im finanziellen und organisatorischen Bereich zu suchen. So haben einige zu Recht gejammert, daß ihre Post (Abo-Änderungen, Zahlungen u.s.w.) nicht bearbeitet wurde. Falsch, es dauert bei uns nur etwas länger !
9. Anschlagserklärungen, Thesenpapiere und sonstiges verseht doch bitte mit Ort und Datum eures Wirkens.

Inhaltsverzeichnis:
fällt heute weg, blättert doch einfach mal das Teil durch

Ordner:
nix, alles auf's nächste Mal verschoben, insbesondere „Vom Gipfel kann es.. - Perspektiven für eine ..."

IMPRESSUM
Herausgeberin: interim e.V.
GneisenauStr. 2a
10961 Berlin
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

(Landkreis Ostprignitz-Ruppin) demonstriert. Nach Angaben der Polizei zogen etwa 60 bis 70 Menschen vom Bahnhof zum Marktplatz, wo eine kurze Kundgebung abgehalten wurde. Störungen gab es nicht. Etwa 270 Polizeibeamte waren im Einsatz. Bereits seit dem frühen Morgen hatte die Polizei verstärkt Verkehrskontrollen durchgeführt.

Meist jugendliche Teilnehmer

In paramilitärischer Formation marschierten die NPD-Mitglieder vor dem Rathaus auf, die Reichsfahnen gehißt. Über Lautsprecher wurden Parolen wie „Wir sind der nationale Widerstand" skandiert. „Die Weimarer Republik läßt grüßen", sagte eine junge Frau. Nur wenige Monate nach dem Brandanschlag auf ein türkisches Dönerlokal in Wittstock empfanden manche Unbehagen, als die Parteigänger der rechtsextremistischen Partei durch die Stadt zogen.

Die meist jugendlichen Teilnehmer kamen vor allem aus der Umgebung, zum Beispiel aus Neuruppin, Dorf Zechlin, Pritzwalk und aus Wittstock selbst. Versuche der Stadtverwaltung, den Aufmarsch zu verhindern, waren zuvor gescheitert: Die Demonstration war als Wahlkampfveranstaltung angemeldet worden. Die NPD wurde am Freitag zu den Landtagswahlen am 5. September zugelassen. *(ul.)*

Berl. Ztg. 26.7.

Im August 99 kocht und informiert das

Anarcho -Vegan - Cafe ab 18
immer Mittwochs, wieder r
zu Militarismus + Krieg

in der Köpi (Köpenickerstr 137,Bus 140,147,265,Ostbhf, U-Bhf Heinrich Hei...
mittwochs ab 18°° vegan-fructo-vokü.
ab ca. 19 UHR 30 bis 20 Uhr 30 danach offenes Plenum
mit Infoständen

Film-Thema:
Krieg + Militarismus
4.8.99 ***Die Legion ist ihr Vaterland(Fremdenlgion),44 mi 97 arte***
11.8.99 ***Ich schiesse nicht (Bericht ueber Kriegsdienstverweigerer)1997/31min3Sat***







Nr.: 481

29.Juli 1999

Längenmaß
Hauswand
Besessenheit
Seeschaden
emsiges Streben
besitzanzeigendes Fürwort
Zeitabschnitt
gebratene Fleischschnitte
Zeichnung im Holz
Tiroler Freiheitsheld †
Schiffahrtsgesellschaft
Stechinsekt
politisches Gemeinwesen
wider
heftige Abneigung
Schiffslandeplatz
Sporttip
Überschrift
Eintänzer (Mz.)
männl. Wildschwein
fächerförm. Flußmündung
Märchengestalt (Frau...)
Zauberer, Schwarzkünstler
Kaukasushirsch
Hochland in Zentralasien
Sitz des Internat. Roten Kreuzes
verschroben, drollig
flexibel, elastisch
zu vorgerückter Stunde
Zauber
Gaffelsegel
Handbewegung
dt. Strom zur Nordsee
bulg. Politiker †
Verbandmaterial
wahrnehmen
dänische Insel südl. von Fünen
Fluß zum Po
junger Hund
eher, früher als
Geburtsschmerzen
Wasserstandsmesser
ein Sprengstoff
wild spielen
Handrührgerät
nichtssagend
Komponist v. „Nanon"
Reit- und Zugtiere
das Unsterbliche
Strom zum Kurischen Haff
Ureinwohner Japans/Mz.
Abfahrts-, Abflugssteig (engl.)
Lastenheber
Hotelboy
morgendl. Körperstählung
Angeh. e. orient. Völkergruppe
Gymnastikgerät
Hptst. Griechenlands
statist. erhobene Informationen
Ausflug zu Pferd
Faser
mohammedan. Frauengemach
Vervielfältigung
Figur i. „Boris Godunow"
dt. TV-Krimi-Serie
veraltet: Geheimnisträger
Seemannslohn
lat.: erbarme dich
Fußhebel
histor. südarab. Landschaft
chem. Element
lat.: für, je
Opfertisch
Antilopenart (Mz.)
einbalsamiert. Leichnam
Wohlbefinden
Riemenwerk der Zugtiere
beweglicher Zimmerschmuck
Marderart
franz. Atlantik-Hafenstadt
gemeinsame Überlegung
Inhaltslosigkeit
Anrede
abwertend: Weichling
schwarze Vögel
in der Nähe von, seitlich
jüd. Ostermonat
die Pole betreffend